

Die Jahre des politischen Wiederbeginns in Backnang 1945 und 1946*

Von Dieter Petschuch

Wir haben keine Geschichte, wir machen sie uns. Wir haben eine Vergangenheit und entwerfen uns ein Bild von ihr.

(Eberhard Jäckel)

1. Einleitung

Die nachfolgende Untersuchung über *Die Jahre des politischen Wiederbeginns* in Backnang nach 1945 ergab sich aus dem Besuch eines von Prof. Dr. Franz Quarthal im Sommersemester 1992 abgehaltenen Hauptseminars über *Die Entstehung Baden-Württembergs* und einer von mir damals verfaßten Hausarbeit zu den *Konzepten(n) der französischen Besatzungspolitik*. Auf Anregung von Herrn Quarthal, daraus im überschaubaren Rahmen meiner zumindest in den ersten Nachkriegswochen von Franzosen besetzten Heimatstadt Bietigheim-Bissingen ein Thema für eine „wissenschaftliche (Staatsexamens-) Arbeit“ zu machen, begab ich mich auf die Suche und mußte zu meiner Enttäuschung feststellen, daß sowohl die Zeit der französischen als auch die der nachfolgenden amerikanischen Besatzung in Bietigheim bereits behandelt worden waren.¹ Da ich mittlerweile an dem Thema Gefallen gefunden hatte, richteten sich meine Anstrengungen darauf, in der näheren und weiteren Umgebung eine Stadt aufzuspüren, die auf Grund ihrer Größe (Einwohnerzahl) als lohnenswertes Objekt einer derartigen Untersuchung in Frage kam und deren unmittelbare Nachkriegszeit bisher nicht Thema einer wissenschaftlichen Betrachtung war. So fiel meine Wahl auf (das lediglich von amerikanischen Truppen besetzte) Backnang.

Daß sich gerade die Betrachtung des Nachkriegs- bzw. Besatzungszeitraumes in Deutschland für eine auf einen lokalgeschichtlichen Rahmen beschränkte Arbeit anbietet, liegt u. a. daran, daß nach der deutschen Kapitulation am 8. Mai 1945 bedingt durch die Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen sowie auf Grund der kriegszerstörten Verkehrsverbindungen weder auf Reichs- noch auf Landesebene eine zentrale Verwaltung existierte. Lediglich die Gemeindeverwaltungen (z. T. auch die Verwaltungen der Landkreise) waren einigermaßen funktionsfähig geblieben,² weshalb der Wiederaufbau deutscher Verwaltungsstrukturen oder Organisationen (wie Gewerkschaften oder Parteien) – durchaus den Vorstellungen der Alliierten entsprechend – seinen Ausgangspunkt auf Gemeinde- oder Kreisebene nahm. Das darüber hinaus räumlich zu überblickende städtische Umfeld schließlich erlaubt einen detaillierten Blick auf die damals herrschenden Verhältnisse, unter denen sich dieser Wiederaufbau vollzog, und ermöglicht somit einen Einblick in das politische und gesellschaftliche Leben der Nachkriegszeit.

Die hier für Backnang vorgenommene Untersuchung dieser Zeit betrachtet vorrangig die Jahre 1945 und 1946, ohne sich jedoch nur auf diese beiden Jahre zu beschränken. Thematisch stehen u. a. die damalige Lage für die Bevölkerung und der sich unter diesen Bedingungen vollziehende Wiederaufbau der kom-

* Bei der nachfolgenden Abhandlung über Backnang vornehmlich in den ersten beiden Jahren unter amerikanischer Besatzung 1945 und 1946 handelt es sich ursprünglich um eine im September 1995 an der Universität Stuttgart bei Prof. Dr. Franz Quarthal eingereichte *Wissenschaftliche Arbeit für die Zulassung zur wissenschaftlichen Prüfung für das Lehramt an Gymnasien im Fach Geschichte*, wobei der hier zum Abdruck gelangte Text im wesentlichen mit der damaligen Version übereinstimmt und lediglich der Anmerkungsapparat dem im Backnanger Jahrbuch *Üblichen* angepaßt werden mußte.

¹ Schirpf, Michael: Kriegsende und französische Besatzung in Bietigheim. In: *Blätter zur Stadtgeschichte*, Heft 2 (1984) Hrsg. vom Archiv der Stadt Bietigheim-Bissingen. Bietigheim-Bissingen 1984, S. 57 bis 106 und *ders.*: Amerikanische Besatzung und Wiederaufbau 1945 bis 1948. In: *Blätter zur Stadtgeschichte*, Heft 4 (1985) Hrsg. vom Archiv der Stadt Bietigheim-Bissingen. Bietigheim-Bissingen 1985.

² Sauer, Paul: Demokratischer Neubeginn in Not und Elend. Das Land Württemberg-Baden von 1945 bis 1952. Ulm 1978, S. 16.

munalen Verwaltung bzw. die allmähliche Wiederbelebung des politischen Lebens in der Stadt im Vordergrund. Am Anfang der Arbeit steht eine kurze Betrachtung der Hintergründe und Ziele der amerikanischen Besatzungspolitik gefolgt von der Beschreibung der Vorbereitungen und der Organisation der amerikanischen Militärregierung in Deutschland. Ein Blick auf die letzten Kriegstage und die Situation bei der Besetzung Backnangs vervollständigt dieses erste Kapitel. Im darauffolgenden zweiten Kapitel wird zunächst der Aufbau der in Backnang ansässigen Militärregierung sowie die Ausbildung des dortigen Militärregierungs-personals betrachtet, um darauf die von den Amerikanern eingesetzten Bürgermeister vorzustellen. Die „Sofortmaßnahmen“ und Anordnungen der amerikanischen Militärregierung und deren Auswirkung auf die von vielfältigen Sorgen und Nöten geprägte Situation der Bevölkerung, v. a. während den ersten Wochen und Monaten der amerikanischen Besatzung, beschließen diesen dritten Teil. Der allmähliche Wiederbeginn des politischen Lebens in Backnang, der sich in der von den Amerikanern unterstützten Einsetzung eines Gemeindebeirates und in der von ihnen streng reglementierten Wiederezulassung demokratischer Parteien abzuzeichnen beginnt, bildet das vierte Kapitel, während sich der abschließende fünfte Abschnitt mit dem Wahljahr 1946 und den ersten demokratischen Wahlen in Backnang auseinandersetzt.

Nicht betrachtet werden konnten aus Platz- und Zeitgründen, aber auch auf Grund des (nicht-)vorhandenen Quellenmaterials die weiten Bereiche der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung sowie die ab Mitte 1946 in Backnang einsetzende Entnazifizierung durch deutsche Stellen. Zwar war auch dort infolge des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946 im Mai 1946 eine Spruchkammer gebildet wor-

den, die Ende August 1946 ihre ersten Verfahren eröffnete. Jedoch fiel der Großteil ihrer Arbeit auf die von mir nicht mehr näher betrachteten Jahre 1947 und 1948, nachdem der anfänglich nur von einer Kammer wahrgenommene Spruchkammerbetrieb auf drei Kammern erweitert worden war, so daß eine eigenständige Erforschung dieses Themenkomplexes als wünschenswert angesehen werden kann. Im übrigen ist ein Teil der im Staatsarchiv Ludwigsburg verwahrten Spruchkammerverwaltungsakten³ (v. a. was die Personalangelegenheiten betrifft) nur unter Beachtung bestimmter Regeln einzusehen, die eine anonymisierende und damit allgemeine und weniger aussagekräftige Darstellung notwendig machen würden. Da wie gesagt der Schwerpunkt der Spruchkammerarbeit auf den Jahren 1947 und 1948 liegt, kam es auch erst in diesen Jahren zu einer verstärkten Auseinandersetzung zwischen den einzelnen daran beteiligten Parteienvertretern (namentlich der KPD auf der einen sowie den Vertretern der CDU, DVP und SPD auf der anderen Seite). Und was den am 19. Oktober 1946 auf die Backnanger Spruchkammer verübten Sprengstoffanschlag angeht, so finden sich über diesen in Zusammenhang mit ähnlichen Anschlägen in Stuttgart und Esslingen stehenden Vorfall seltsamerweise außer den in der Stuttgarter Zeitung zu diesen Ereignissen erschienenen Artikeln⁴ (in denen der Backnanger Anschlag lediglich als Randnotiz erscheint) weder im Backnanger Stadtarchiv noch in den Backnang betreffenden Unterlagen der amerikanischen Militärregierung nähere Einzelheiten des dortigen Geschehens.

Da die im von der Stadt Backnang eher stiefmütterlich behandelten Stadtarchiv vorgefundene Quellenlage sich als äußerst dürftig erwies,⁵ stützt sich die Arbeit neben den im Archiv vorhandenen Gemeinderatsprotokollen vorwiegend auf die unter verschiedenen Titeln⁶ publizierten und wöchentlich erschienenen

³ Staatsarchiv Ludwigsburg (im nachfolgenden kurz StAL) EL 900/3.

⁴ Stuttgarter Zeitung (23. Oktober, 23. November 1946 und 22. Januar 1947).

⁵ Der Grund hierfür ist, daß die städtischen Behörden noch keine Aktenablieferungen ihrer Aktenbestände nach 1945 vorgenommen haben. Ob jedoch von den einzelnen Ämtern umfangreichere Bestände überliefert sind, erscheint mir nach Auskunft des für die Registratur des Backnanger Rathauses zuständigen Hauptamtsleiter Herrn Hamann fraglich. Dieser berichtete mir nämlich (wenngleich unter Einschränkungen), daß zumindest an den in der Ablage vorgesehenen Stellen keine Akten über die amerikanische Besatzungszeit vorhanden sind, nachdem ein früherer städtischer Angestellter „aushilfsweise“ mit Aktenausscheidungen beauftragt worden war.

⁶ *Amtsblatt für Kreis und Stadt Backnang* (vom 26. Mai bis 21. Juli 1945), *Amtliche Nachrichten für den Stadt- und Landkreis Backnang* (vom 28. Juli 1945 bis 2. April 1946) und *Amtsblatt für den Landkreis Backnang* (ab 9. April 1946), die im folgenden alle einheitlich als *Amtsblatt* angesprochen und in den Anmerkungen mit „AB“ abgekürzt werden.

Mitteilungen und Bekanntmachungen der amerikanischen Militärregierung bzw. des Landratsamtes sowie der Bürgermeisterämter. Eine zweite wichtige Informationsquelle bildeten die auf Mikrofilm verfilmten und in den Archiven in Stuttgart bzw. Ludwigsburg zugänglichen Akten der amerikanischen Militärregierung des Kreises Backnang, denen zum einen Angaben über die dortige Militärregierung (d. h. über das dort stationierte Personal), zum anderen aber auch relevantes Material über die damals neu- bzw. wiedergegründeten Parteien zu entnehmen war. Als ausgesprochener (und einziger) Glücksfall hinsichtlich dieses zuletzt genannten Punktes, entpuppte sich das 50jährige Jubiläum des Backnanger CDU-Stadt- und ehemaligen Kreisverbandes, zu dessen Feierlichkeiten in den kommenden Oktoberwochen eine Festschrift angefertigt wurde, die sich hauptsächlich auf Material ihres ersten Geschäftsführers Kurt Pohl stützt und deren zweiter bzw. dritter Entwurf mir als Kopie vorliegen. Im Unterschied zu der 1989 erschienenen SPD-Schrift,⁷ die einen Überblick ihrer 100jährigen Parteigeschichte in Backnang zum Inhalt hatte, beschränkte man sich bei der CDU auf die ersten Nachkriegsjahre, die dafür eine ausführliche Behandlung erfahren konnten. Nicht unerwähnt bleiben soll an dieser Stelle eine zum gleichen Thema verfaßte bzw. aus verschiedenen Kopien von Amtsblattartikeln zusammengestellte Schülerarbeit des Max-Born-Gymnasiums aus dem Jahre 1976,⁸ deren Bedeutung in den darin enthaltenen Aussagen heute nicht mehr lebender Zeitzeugen liegt. Von mir dagegen wurden keine Zeugenbefragungen durchgeführt, da die sich hierfür anbietenden, damals politisch aktiv tätigen und heute noch lebenden Kurt Pohl (CDU) und Wilhelm Traub (SPD) nicht erreicht werden konn-

ten.⁹ Ebenso wenig konnte ich einem in den letzten Wochen auf dem Backnanger Stadtarchiv eingegangenen Schreiben einer ehemaligen amerikanischen Besatzungsangehörigen aus Kalamazoo/Michigan nachgehen, wobei allerdings ungeklärt ist, ob diese überhaupt als Zeitzeugin für meine Untersuchung in Frage gekommen wäre. Keine bzw. hier nicht zu verwendende Informationen waren den von mir auf dem evangelischen Dekanat in Backnang eingesehenen Akten zu entnehmen. Gleichfalls als Fehlanzeige stellte sich der im Staatsarchiv Ludwigsburg liegende, unverzeichnete und nach dem Aktenplan für Landratsämter (von 1938) geordnete Aktenbestand des ehemaligen Landratsamtes Backnang¹⁰ heraus. Der in Backnang bis April 1945 erschienene und von den Amerikanern erst 1949 wieder zugelassene *Murrthal-Bote*¹¹ diente mir u. a. für wichtige Hinweise zu den politischen Verhältnissen in der Stadt vor 1933. Ansonsten konnte die Verwendung von diversem statistischen Material, Kopien von damaligen Wahlkampfplakaten sowie einiger zu bestimmten Einzelaspekten der Backnanger Geschichte und in den dortigen Periodika veröffentlichten kleinerer und größerer Beiträge meine Arbeit abrunden.

2. Rahmenbedingungen und Ausgangssituation

a) Hintergründe der amerikanischen Besatzungspolitik

Schon bald nach dem Kriegseintritt der USA im Dezember 1941 erörterte die amerikanische Öffentlichkeit lebhaft die Frage, wie das noch zu besiegende Hitler-Deutschland nach Kriegsende behandelt werden sollte.¹² Grundsätzlich

⁷ 100 Jahre SPD Ortsverein Backnang. Versuch einer Partei- und Stadtgeschichte über die Jahre 1889 bis 1989. Hrsg. vom SPD Ortsverein Backnang. Backnang 1989.

⁸ Der demokratische Neubeginn 1945/46 in Backnang unter Berücksichtigung der Initiativen aus Stuttgart. (= Schülerarbeit der Klasse 11b des Max-Born-Gymnasiums Backnang). 1976; einzusehen im Stadtarchiv Backnang unter der Signatur Pa 29.

⁹ Während Pohl in Freiburg wohnt, lag Traub schwer erkrankt im Krankenhaus.

¹⁰ StAL FL 20/2.

¹¹ Im nachfolgenden kurz MB; ansonsten vgl. zur Frage der Zeitungen Kap. 3c.

¹² Welche Relevanz dieses Thema besaß, zeigt die in Wilhelm Treues Buch: Die Demontagepolitik der Westmächte nach dem Zweiten Weltkrieg, Hannover 1967 auf S. 9 aufgeführte Auswahl aus der Fülle an Titeln, die Journalisten, Gelehrte oder andere sich dazu befähigt haltende Personen des öffentlichen Lebens hierüber veröffentlichten:

- L. P. Lachner: What about Germany? New York 1942.

- E. Ludwig: How to treat the Germans? New York 1943.

- G. H. Seger/S. V. Marck: Germany: To be or not to be? New York 1943.

- L. Nizer: What to do with Germany? Chicago 1944.

taten sich in ihrer Beantwortung zwei verschiedene Lager hervor. Im Vordergrund dieser kontrovers verlaufenden Auseinandersetzung stand dabei das Problem, von deutschem Boden ausgehende Aggressionen ein für allemal unmöglich zu machen, um einen dritten von Deutschland zu verantwortenden Weltkrieg von vornherein zu unterbinden. Während jedoch auf der einen Seite die Befürworter eines gemäßigten Friedens an die Möglichkeit der zukünftigen Friedenssicherung allein durch Abrüstung und Rüstungsindustrieabbau

ohne Gebietsabtretungen glaubten, hielten andererseits meist unzureichend über Deutschland informierte Hardliner, eine lediglich auf Entmilitarisierung beruhende Befriedung Deutschlands langfristig für ungenügend. Nur ein darüber hinaus politisch geschwächtes, d. h. ein in mehrere Teile zergliedertes und/oder ein wirtschaftlich von Reparationsforderungen und Industrieabbau stark in Anspruch genommenes Deutschland erschien ihnen als dauerhafter Garant des europäischen Friedens.

Sonder-Ausgabe

9. Mai 1945

Anfragen, Briefe und Mitteilungen sind durch die örtliche Verwaltung der alliierten Besatzungsbefehlsbereiche zu richten an: „Die Mitteilungen“, 6th Army Group, c/o Military Government Office.

Die Mitteilungen

ALLIIERTES NACHRICHTENBLATT

DER ALLIIERTEN 6. HEERESGRUPPE FÜR DIE DEUTSCHE ZIVILBEVÖLKERUNG

Kapitulation!

Das OKW unterzeichnet die bedingungslose Übergabe

Truman, Churchill, Stalin und de Gaulle verkünden Freudenbotschaft vom Triumph über das besiegte Deutschland
Nach der vorläufigen Übergabe in General Eisenhowers Hauptquartier wird die endgültige Kapitulation der gesamten Wehrmacht in Europa in Berlin von den Alliierten und Deutscher unterzeichnet

Das Dritte Reich brach gestern zusammen, und der von fünfjährender Krieg erdette mit der vernichtenden Niederlage der Wehrmacht durch die Hammerschläge der Alliierten.

Sämtliche deutschen Streitkräfte ergaben sich bedingungslos Montag morgen um 2.41 Uhr den Alliierten.

Der Krieg endete offiziell heute morgen um eine Minute nach Mitternacht.

Die Kapitulation aller deutschen Armeen erfolgte vor Vertretern der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, der Sowjetunion und Frankreichs in dem in der französischen Stadt Reims gelegenen roten Schulhaus, wo General Dwight D. Eisenhower der oberste alliierte Befehlshaber, sein Hauptquartier aufgeschlagen hat.

General Bedell Smith, der der Generalstabschef des obersten alliierten Befehlshabers ist, unterzeichnete für Großbritannien und die Vereinigten Staaten; General Susloparow zeichnete für die Sowjet-Union und General François Sevez für Frankreich.

Die endgültige Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulationsdokumente findet in Berlin zwischen den Alliierten und Deutschen statt.

Abb. 1: Der Krieg war beendet: Bericht einer amerikanischen Zeitung für die deutsche Zivilbevölkerung über die Kapitulation am 8. Mai 1945.

Ähnlich konträre Ansichten vertraten die Minister und Mitarbeiter der verschiedenen Washingtoner Ministerien,¹³ die sich seit Anfang des Jahres 1942 mit den Planungen der amerikanischen Außenpolitik nach dem Ende der Kampfhandlungen in Europa beschäftigten. Ohne an einem früher oder später erfolgenden alliierten Sieg zu zweifeln, verliefen die Fronten zwischen den Verfechtern eines harten Friedens und den Anhängern einer eher gemäßigten Friedenslösung z. T. quer durch die einzelnen Ressorts,¹⁴ was die Ausarbeitung amerikanischer Vorschläge zur Vorlage auf den nach Kriegsende anstehenden Friedenskonferenzen alles andere als erleichterte und lange keine konkreten Formen annehmen ließ. So ist die vom amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt im Januar 1943 in Casablanca eher beiläufig erhobene Forderung nach einer bedingungslosen Kapitulation Deutschlands, Japans und Italiens, die das Entstehen einer neuerlichen Dolchstoßlegende verhindern sollte und fortan zunehmend den Hintergrund der alliierten Nachkriegspläne mit Deutschland bildete, bis zu diesem Zeitpunkt die einzige politische Erklärung über Deutschland von offizieller amerikanischer Seite.¹⁵

Nachdem auch das erste Zusammentreffen der *Großen Drei* in Teheran am Jahresende 1943 einmal abgesehen von der Absprache des weiteren militärischen Vorgehens und der Bildung der European Advisory Commission (EAC) ansonsten keine konkreten Ergebnisse hinsichtlich der deutschen Frage gebracht hatte,¹⁶ bestimmte schließlich die militärische Lage und die sich abzeichnende deutsche Niederlage die Ausarbeitung entsprechender Direktiven. Am 28. April 1944 (d. h. im nachhinein gerechnet gerade sechs Wochen vor der Landung angloamerikanischer Streitkräfte in der Normandie) übersandten die Vereinigten Stabschefs in Washington dem Oberbefehlshaber der alliierten Landungstruppen General Dwight D. Eisenhower auf dessen wiederholtes Drängen unter dem Aktenzeichen CCS 551

eine von ihnen beschlossene *Gemeinsame Direktive für eine Militärregierung in Deutschland vor dessen Niederlage oder Kapitulation*.¹⁷ Sofort gingen die Beamten der Alliierten Militärregierung im Obersten Hauptquartier (SHAEF) in London daran, auf der Grundlage dieser Direktive ein in einzelne Befehle gehendes Militärregierungshandbuch zu erarbeiten, das im August 1944 fertiggestellt wurde.¹⁸ Die darin zum Ausdruck gebrachte konstruktive, nicht auf eine Bestrafung Deutschlands abzielende Einstellung der Militärs stieß jenseits des Atlantiks jedoch v. a. beim amerikanischen Finanzminister Henry Morgenthau jr. auf heftige Kritik und veranlaßte diesen, sich nun seinerseits energisch in die Deutschlandplanungen seiner Kollegen, aus denen er sich bislang zurückgehalten hatte, einzumischen. Ergebnis dieser in der Literatur unter dem harmlosen Stichwort Morgenthau-Plan firmierenden Bemühungen war ein von Morgenthau wichtigstem Mitarbeiter Harry Dexter White ausgearbeitetes *Programm to prevent Germany from starting a world war III*, das letzten Endes darauf hinauslief, Deutschland in ein Agrarland zu verwandeln, seine Industrien zu vernichten und seine Bergwerke zu ersäufen. Hinzu kamen die von anderen bereits zuvor aufgestellten und von Morgenthau bzw. White übernommenen Forderungen nach einer territorialen Aufteilung Deutschlands in mehrere Kleinstaaten, Gebietsabtretungen und Reparationszahlungen. Den Tod von 20 bis 30 Millionen Deutschen, die in Folge der geplanten Umstrukturierungen der deutschen Wirtschaft verhungern würden, hätten dabei beide billigend in Kauf genommen. Für die Sicherung des Weltfriedens erschien ihnen dies ein geringes Opfer. Von einer Wiederbelebung des demokratischen Lebens in Deutschland war dagegen keine Rede.¹⁹

Roosevelt, der die Pläne des gemäßigten Lagers von Anfang an allein deshalb mit Mißtrauen betrachtet hatte, weil er sich auf deren Basis keine Einigung mit Stalin vorzustel-

¹³ Hier sind v. a. das Außen-, das Kriegs- und das Finanzministerium zu nennen.

¹⁴ Im *State Department* beispielsweise konkurrierte die gemäßigte Haltung des *Secretary of State*, Cordell Hull, mit der radikalen Ansicht des *Undersecretary of State*, Sumner Wells. *Treue* (wie Anm. 12), S. 10.

¹⁵ Latour, Conrad F. und Thilo Vogelsang: *Okkupation und Wiederaufbau. Die Tätigkeit der Militärregierung in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands 1944 bis 1947*. Stuttgart 1973. S. 9.

¹⁶ Ebd. S. 11.

¹⁷ Ebd. S. 12 (Hervorhebung durch die Verfasser der Direktive).

¹⁸ Ebd. S. 13.

¹⁹ *Treue* (wie Anm. 12), S. 15ff.

len vermochte, vertrat in jenen Tagen um die Ausarbeitung des Morgenthau-Planes (zwischen August und September 1944) eine vergleichbare radikale Haltung und machte diesen gegen den Widerstand seiner Berater zur Diskussionsgrundlage der in Quebec für die zweite Septemberwoche 1944 mit dem britischen Premierminister Winston Churchill anberaumten Verhandlungen.²⁰ Daß Morgenthau Deutschlandentwurf jedoch trotz dieser zeitweisen Unterstützung Roosevelts letztendlich nur eine Episode blieb, hat verschiedene Gründe. Unter anderem versagte das britische Kabinett Churchill die Unterstützung seiner in Quebec gegenüber dem amerikanischen Präsidenten gegebenen Zusage zu den Absichten Morgenthau, nachdem in Presseberichten auf beiden Seiten des großen Teiches Einzelheiten des Planes bekannt geworden waren und eine heftige öffentliche Reaktion befürchtet werden mußte. Im übrigen schickte sich in den USA der republikanische Präsidentschaftskandidat Thomas Dewey an, den Morgenthau-Plan als Wahlkampfmunition zu nutzen, was Roosevelt rasch die Freude an den Vorstellungen seines Finanzministers verlieren ließ. Endgültig vom Tisch waren dessen Ideen deshalb aber noch lange nicht.²¹

Als Fortführung der von Morgenthau in die Debatte geworfenen Vorschläge entstanden im amerikanischen Außenministerium weitere Pläne, von denen letztlich nur die als Interimslösung gedachte Akte JCS 1067 grundlegende Bedeutung erhielt.²² Hintergrund für deren Entstehen war das mittlerweile an einigen Teilabschnitten der Front erfolgte Vorrücken alliierter Truppen auf deutsches Territorium und die daraus bei den verantwortlichen Planern in Washington resultierende Einsicht, daß die für Deutschland zuständigen Militärregierungsstellen im Falle eines deutschen Zusammenbruchs außer der als zu „weich“ kritisierten Direktive CCS 551 jeglicher weitergehender Weisungen entbehrten. In nicht weniger als fünf z. T. erheblich voneinander abweichenden Umar-

beitungen, die der ursprüngliche Direktiventwurf seit seiner Ausarbeitung im September 1944 bis zu Roosevelts Tod im April 1945 erfahren hatte, bemühten sich seine Verfasser indessen vergeblich, die verschiedenen Vorstellungen der einzelnen Ministerien aufeinander abzustimmen. Angesichts der sich in Europa überstürzenden Ereignisse²³ wurde die Direktive schließlich in ihrer achten Fassung²⁴ am 11. Mai 1945 (also bereits nach der deutschen Kapitulation) von Harry S. Truman, der dem im April verstorbenen Roosevelt im Amt des Präsidenten nachgefolgt war, genehmigt und unter ihrer offiziellen Bezeichnung *Direktive JCS 1067/8 für die Behandlung Deutschlands in der Zeit unmittelbar nach der Niederlage* an den Oberkommandierenden der Besatzungstruppen der USA in Deutschland, General Eisenhower, übermittelt.

Inhaltlich gliederten sich die darin enthaltenen Richtlinien der gegenüber Deutschland einzuschlagenden Politik in drei große Teilbereiche.²⁵ So erläuterten die in ihrem ersten Teil angesprochenen allgemeinen politischen Angelegenheiten zunächst die Rechte und die Machtbefugnisse der amerikanischen Militärregierung in Deutschland bzw. des in Berlin noch zu installierenden Alliierten Kontrollrates. Die daran anknüpfende Auflistung der grundlegenden Ziele der Militärregierung erstreckte sich von den Bereichen der Entnazifizierung und Entmilitarisierung über Wirtschaftskontrollen, die Verhaftung von Kriegsverbrechern, die Regelung der politischen Tätigkeit, die Kontrolle des öffentlichen Nachrichtendienstes und des Nachrichtenwesens, die Aufsicht über deutsche Gerichte und die deutsche Polizei, die Freilassung von politischen Gefangenen, die Überwachung des deutschen Erziehungswesens bis hin zur Erhaltung von historischen Archiven, Museen, Bibliotheken oder Kunstgegenständen. Im zweiten Abschnitt kamen die wirtschaftlichen Ziele der Amerikaner und deren Ansichten über den zukünftigen deutschen Lebensstandard zum Ausdruck, während

²⁰ Latour/Vogelsang (wie Anm. 15), S. 15.

²¹ Ebd. S. 15.

²² Ebd. S. 17.

²³ An dieser Stelle sei nur auf Hitlers Selbstmord am 30. April 1945 und die deutsche Kapitulation gegenüber den westlichen Alliierten am 7. Mai 1945 in Reims bzw. gegenüber den Russen am 9. Mai 1945 in Karlshorst bei Berlin verwiesen.

²⁴ Latour/Vogelsang (wie Anm. 15), S. 22 bzw. S. 185.

²⁵ Vgl. den Text der Direktive JCS 1067 in: Ursachen und Folgen: Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Hrsg. von Herbert Michaelis und Ernst Schröpler. Berlin o. J. Bd. 24. Dok. Nr. 3662. S. 25 bis 45.

umfangreiche finanzielle Sachfragen den dritten Teil der Direktive bildeten.

Diese sich bei einer näheren Betrachtung als recht streng erweisenden einzelnen Bestimmungen, die z. T. wortgleich Morgenthausches Gedankengut übernahmen, ließen die Direktive zum Ausdruck der sterilen, negativ-harten Art der amerikanischen Haltung gegenüber Deutschland in der ersten Phase der Besetzung nach der Kapitulation²⁶ werden. Ihr offizielles Ende fand jene auf eine Bestrafung Deutschlands hinauslaufende Politik der Amerikaner erst im Juni 1947,²⁷ auch wenn sich bereits vor diesem Zeitpunkt im weiteren Verlauf der Besetzung eine zunehmende Abkehr von einer buchstabengenauen Auslegung der einzelnen JCS-Vorschriften durch das verantwortliche Militärregierungspersonal vor Ort abzuzeichnen begonnen hatte.

Zuvor dienten die in der Direktive festgehaltenen Bestimmungen den in Potsdam (vom 17. 7. bis zum 2. 8. 1945) zu ihrer ersten Nachkriegskonferenz versammelten alliierten Regierungschefs als Vorlage, welcher die dort gefaßten Beschlüsse mit Ausnahme des Reparationsproblems und drei weiterer Abweichungen weitestgehend folgten.²⁸ Von den letzteren sind v. a. die im Abschnitt *Politische Grundsätze* des sogenannten Potsdamer Protokolls festgelegten Bestimmungen für die nachfolgende Untersuchung von besonderem Interesse. Denn während die ursprünglichen amerikanischen Planungen von einem Verbot jedweder politischer Betätigung ausgegangen waren,²⁹ sahen die in Potsdam getroffenen Vereinbarungen der Alliierten möglichst schnell die Wiederherstellung der lokalen Selbstverwaltung, die Wiederzulassung und Förderung demokratischer politischer Parteien und baldige Wahlen auf Gemeinde-, Kreis-, Provinz- und Landesebene vor.³⁰

b) Der organisatorische Aufbau der amerikanischen Militärregierung in Deutschland

Waren im vorangegangenen Abschnitt aus Gründen des besseren Überblicks beinahe ausschließlich die Vorstellungen amerikanischer Politiker in bezug auf die in Deutschland zu errichtende Militärregierung angesprochen worden, so beinhaltet dieses Kapitel zuerst kurz die wichtigsten, meist zeitgleich dazu ablaufenden Vorbereitungen auf seiten der amerikanischen Militärs. Diese beschäftigten sich bereits seit dem Frühjahr 1942 mit der Ausbildung von qualifiziertem Militärregierungspersonal, das in Ermangelung von regulären Armeeeoffizieren mehrheitlich aus seinen Zivilberufen heraus rekrutiert werden mußte.³¹ In Charlottesville an der *University of Virginia* war eigens zu diesem Zweck eine Militärregierungsschule eingerichtet worden, wo die auf Grund ihrer beruflichen Qualifikation zu Offizieren beförderten ehemaligen Zivilisten bzw. ausgewählte Offiziere bestehender Einheiten in zwei- bis dreimonatigen Kursen auf ihre künftigen Militärregierungsaufgaben vorbereitet wurden.³² Ähnliche Schulen befanden sich u. a. am Ausbildungszentrum des Chefs der Militärpolizei (= *Provost Marshall General*) in Fort Custer/Michigan oder an einer Reihe anderer amerikanischer Universitäten wie Harvard, Yale, Boston etc., wobei die Ausbildung an den einzelnen Unterrichtsstätten in Form und Inhalt bisweilen sehr differierte.³³ Weitere Probleme entstanden durch den Mangel an geeigneten Ausbildern und aktuellem Lehrmaterial, so daß besonders das Sprachtraining und die Vorbereitung auf die örtlichen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und historischen Gegebenheiten in Deutschland einiges zu wünschen übrig ließen.

²⁶ *Latour/Vogelsang* (wie Anm. 15), S. 23.

²⁷ *Overesch, Manfred: Deutschland 1945 bis 1949, Vorgeschichte und Gründung der Bundesrepublik. Ein Leitfadens in Darstellung und Dokumenten.* (= Athenäum-Droste-Taschenbücher, 7221: Geschichte). Königstein/Taunus 1979, S. 267.

²⁸ *Latour/Vogelsang* (wie Anm. 15), S. 24.

²⁹ Ebd. S. 25; vgl. Ursachen und Folgen (wie Anm. 25), Bd. 24, Dok. Nr. 3662, S. 31f.

³⁰ Vgl. die Politischen Grundsätze § 9 I. bis III, der Amtlichen Verlautbarung über die Berliner Konferenz der drei Mächte (Potsdam am 2. August 1945) in: Ursachen und Folgen (wie Anm. 25), Bd. 23, Dok. Nr. 3657, S. 477 bis 491; hier S. 480 bis 482.

³¹ *Latour/Vogelsang* (wie Anm. 15), S. 29.

³² Ebd. S. 29.

³³ Ein besonders augenscheinlicher Kontrast bestand zwischen der in Fort Custer befindlichen Anstalt und der als *gentleman's school* geltenden Einrichtung in Charlottesville. Beginn in letzterer der Unterricht nicht vor 8,00 Uhr morgens, wurden in Fort Custer die Auszubildenden bereits um 6,20 Uhr geweckt (und dies auch während des eisigen Winters in Michigan). Außerdem lebten die Charlottesville-Offiziere in Hotels bzw. Privatunterkünften, während ihre Kollegen in Fort Custer in Gl-Baracken mit Gemeinschaftsschlafsälen untergebracht waren. *Zink, Harold: The United States in Germany, 1944 bis 1955.* Princeton 1957, S. 11f.

Von zeitgenössischen Beobachtern trotz deren sonstiger Kritik an einzelnen Ausbildungspunkten, als *verantwortungsbewußte und fähige Leute*¹⁴ eingestuft, bereiteten den durchschnittlich 45jährigen Absolventen daneben v. a. das obligate, für diese Altersgruppe jedoch zu harte Gefechts- und Ausdauertraining der Armee sowie die nicht immer komfortablen Unterbringungsmöglichkeiten Schwierigkeiten. Nicht wenige der sich für Zivilisten in Uniform haltenden Offiziere kehrten daraufhin enttäuscht und vom langen Warten auf ihren Einsatz zermürbt nach dem Ablauf ihrer Dienstzeit so schnell wie möglich der Armee und Europa den Rücken.¹⁵

Dorthin, genauer gesagt in das ca. 100 km Luftlinie westlich von London gelegene Shrivenham, war ein Großteil dieser insgesamt über 2 000 für den Einsatz in Deutschland vorgesehenen Offiziere noch im Frühjahr 1944 verschifft worden.¹⁶ Nach der bald darauf in Shrivenham unter vielen Vorbehalten vorgenommenen Personalverteilung auf die geplanten einzelnen Militärregierungsbezirke,¹⁷ folgten weitere Stationen in Manchester bzw. Eastborne und in der Nähe von Paris, von wo aus vorübergehend erste Detachments im allmählich befreiten Frankreich und in Belgien eingerichtet wurden.¹⁸ Die auf deutschem Boden nicht sofort benötigten Offiziere konnten hier ihre ersten praktischen Militärregierungserfahrungen sammeln. Schließlich gelangte das jeweilige Detachmentpersonal mit den kämpfenden Truppen in den für sie vorgesehenen Verwaltungsbezirk.¹⁹

Währenddessen hatten sich auf den oberen militärischen Kommandoebenen, nicht zuletzt auf Grund der lange Zeit ausbleibenden politischen Vorgaben, mehrere Stellen für die Deutschland betreffenden Planungen verantwortlich gefühlt. Insbesondere zwischen der US-Gruppe im Kontrollrat für Deutschland (*U. S. Group, Control Council for Germany/USGCC*) und der G-5-Abteilung der *US Forces European Theater/USFET*²⁰ war es dabei zu einer regelrechten Rivalität gekommen, die bis über den Sommer 1945 hinaus andauerte. Den Ausgangspunkt dieser Auseinandersetzung bildete die befehlsgemäße Umwandlung der ursprünglich als Planungsstelle eingerichteten aber schon damals als oberstes Hauptquartier für Militärregierungsfragen in Deutschland vorgesehenen USGCC nach der Einstellung der Kämpfe in Europa. Das bereits seit Februar 1944 mit Deutschlandfragen betraute G-5-Personal dagegen vertrat die Ansicht, auch nach Kriegsende für die Überwachung der gesamten Militärregierungstätigkeit in Deutschland zuständig zu sein, während es den Verantwortungsbereich der USGCC auf die Zusammenarbeit mit entsprechenden französischen, britischen und sowjetischen Stellen bzw. auf in allen vier Zonen gleich zu behandelnde Fragen beschränkt wissen wollte.²¹ So erhielten die während der ersten Besatzungswochen noch Armee-Einheiten bzw. deren G-5-Abteilungen unterstellten Kreisdetachments ihre Anweisungen der obersten Militärregierungsbehörde (USGCC oder später OMGUS) auf verschlungenen Befehlskanälen über den Kommandie-

¹⁴ *Latour/Vogelsang* (wie Anm. 15), S. 29f.

¹⁵ Eiligst aus Kampfeinheiten versetzte und nicht für Militärregierungsaufgaben ausgebildete Offiziere mußten die freigewordenen Plätze einnehmen. *Zink* (wie Anm. 33), S. 18.

¹⁶ Ebd. S. 15.

¹⁷ Dadurch daß es zwischen Washington, London und Moskau bis zum September 1944 keine endgültige Einigung über die Einteilung Deutschlands in Besatzungszonen gab (Frankreich bekam erst im Februar 1945 in Jalta eine eigene Besatzungszone zugesprochen und stritt sich bis Ende Juli 1945 mit den USA um die Festlegung der Grenzen), war eine größere Zahl an Alternativplänen erstellt worden, von denen der später unter der Bezeichnung *Carpet Plan* bekannt gewordene Vorschlag zur Ausführung kam. Dieser auf der Annahme basierende Plan, daß die USA Bremen und den südwestlichen Teil Deutschlands besetzen sollten, sah die Aufteilung der zukünftigen amerikanischen Besatzungszone in 213 Detachments vor. Da deren Größe und Zusammensetzung vom Auftrag und Gebietsumfang des einzelnen Detachments abhing, wurden die in Deutschland zum Einsatz bestimmten Militärregierungseinheiten in fünf Klassen unter der Bezeichnung E, F, G, H und I unterteilt. Dabei handelte es sich bei den H-Detachments (wie im Falle Backnang) um die kleinsten und häufigsten. Ihre in aller Regel von fünf oder sechs Offizieren und rund zehn einfachen Soldaten wahrgenommene Aufgabe bestand darin, normalgroße Landkreise oder kleinere Stadtkreise zu kontrollieren. Jedoch vermochten die meist für vier oder mehr Sachgebiete verantwortlichen Offiziere auf speziellen Gebieten nur wenig oder nichts auszurichten, so daß sie sich zumeist auf eine bestimmte Aufgabe konzentrierten. *Latour/Vogelsang* (wie Anm. 15), S. 38f. bzw. *Zink* (wie Anm. 33), S. 37 und S. 39.

¹⁸ *Zink* (wie Anm. 33), S. 16f.

¹⁹ *Latour/Vogelsang* (wie Anm. 15), S. 39.

²⁰ Nach der Auflösung des Alliierten Hauptquartiers der Alliierten Expansionsstreitkräfte (SHAEF) war die dortige G-5-Abteilung unter das Kommando der in *US Forces European Theater* (USFET) umbenannten ETOUSA (*European Theater of Operations, US Army*) gestellt worden. *Latour/Vogelsang* (wie Anm. 15), S. 81.

²¹ Ebd. S. 81 bzw. *Zink* (wie Anm. 33), S. 28.

renden USFET-Offizier und die verschiedenen Hauptquartiere der Armeegruppen.⁴² Auf Grund der meist verspätet, z. T. mit abgeändertem Inhalt eintreffenden Befehle blieben die örtlichen Militärregierungsgouverneure in der schwierigen Anfangsphase der Besetzung deshalb vielfach auf sich selbst gestellt. Die Verlegung der in Höchst bei Frankfurt am Main stationierten G5/USFET-Abteilung nach Berlin und die dort am 1. Oktober 1945 erfolgte Verschmelzung mit der USGCC zum *Office of Military Government of the United States in Germany* (OMGUS) sowie die Auflösung der einzelnen Armeehauptquartiere zum Jahresende beendete schließlich (zumindest vorübergehend)⁴³ dieses Kompetenzgerangel. Und die Kommunikation der verschiedenen Militärregierungsbehörden, deren Unterbau mit der Einrichtung regionaler Militärregierungen⁴⁴ in den von Amerikanern besetzten Landesteilen bis zum Januar 1946 vervollständigt wurde, konnte sich nunmehr auf direktem Wege vollziehen.⁴⁵

Zusätzlich zu diesen Kompetenzstreitigkeiten behinderte der im Herbst 1945 innerhalb der US-Streitkräfte einsetzende Demobilisierungsprozeß die beginnende OMGUS-Arbeit.⁴⁶ Nicht selten nämlich kam es vor, daß ein gerade neu auf einen Posten versetzter Offizier bereits nach einer Woche oder einem Monat in die USA zurückkehrte und sein Amt einem Nachfolger übergab, der es vielleicht noch kürzere Zeit bekleidete. Die mit diesen Personalumschichtungen einhergehenden Aufgabenumverteilungen ließen in den örtlichen Militärregierungsbehörden lange Zeit keine Kontinuität und Vertrautheit mit den speziellen Pro-

blemen vor Ort entstehen. Allzu gravierende Folgen hatte dies freilich nicht, da mit den anlaufenden OMGUS-Aktivitäten und der fast gleichzeitig einsetzenden Zusammenarbeit mit den neuen deutschen Länderregierungen ein Aufgabenwandel für die örtlichen Militärregierungen vollzogen worden war.⁴⁷ Eine am 21. November 1945 an die einzelnen Detachments herausgegebene USFET-Direktive sah binnen 30 Tagen die Einstellung der seit Besatzungsbeginn praktizierten direkten Eingriffe in die deutsche Zivilverwaltung vor, lediglich eine allgemeine Aufsicht war beizubehalten.⁴⁸ Nach den im Januar bzw. im April 1946 abgehaltenen ersten Gemeinde- und Kreistagswahlen wurden die auf Kreisebene amtierenden Militärregierungen im Sommer 1946 von sogenannten *Liaison and Security Offices* (= Verbindungs- und Sicherheitsämter) ersetzt, die (...) *nur mehr den Kontakt zwischen Zivilverwaltung und Besatzungstruppe aufrechterhalten, von Zeit zu Zeit über die Tätigkeit der deutschen Landräte und Bürgermeister berichten sowie die Trends in der öffentlichen Meinung feststellen (...)*⁴⁹ sollten. Insgesamt bestand diese Form der Militärregierung bis zur Gründung der Bundesrepublik im Jahre 1949, als OMGUS die amerikanische *Hohe Kommission für Deutschland* nachfolgte.⁵⁰ Die Einsetzung einer Bundesregierung unter Konrad Adenauer im September 1949 und das einen Tag nach deren Vorstellung am 21. September 1949 in Kraft getretene Besatzungsstatut beendeten schließlich die knapp viereinhalbjährige Militärregierungszeit in Deutschland.⁵¹ Zwar blieben die westlichen Siegermächte in den alten Zonengrenzen präsent und erhielten wei-

⁴² Zink (wie Anm. 33), S. 34.

⁴³ Eine von G-5/USFET in Frankfurt verbliebene kleine und mit derselben Anordnung in OMGUSZ (= *Office of Military Government of the United States, US Zone*) umbenannte Gruppe sollte die von OMGUS beschlossene Politik in der amerikanischen Besatzungszone ausführen. Da jedoch die Aufgabenverteilung zwischen OMGUS und OMGUSZ nur ungenau umrissen blieb, waren erneute Zuständigkeitschwierigkeiten vorprogrammiert, bis schließlich am 1. April 1946 auch die OMGUSZ-Gruppe in das *Office of Military Government of the United States* (OMGUS) eingegliedert wurde. Latour/Vogelsang (wie Anm. 15), S. 82.

⁴⁴ In Württemberg-Baden war dies das *Office of Military Government for Württemberg-Baden* (OMGWBB) unter Oberst William W. Dawson in Stuttgart.

⁴⁵ Latour/Vogelsang (wie Anm. 15), S. 84.

⁴⁶ Ebd. S. 83.

⁴⁷ Ebd. S. 84.

⁴⁸ In der amerikanischen Besatzungszone betraf die Zahl direkter Anweisungen an deutsche Beamte bzw. an die deutsche Bevölkerung ohnehin fast ausschließlich die ersten Besatzungsmonate und hatte Ende Juli 1945 bereits merklich abgenommen, nachdem die meisten Detachmentbefehle nun über die eingesetzten Bürgermeister und Landräte gingen. Ebd. S. 84.

⁴⁹ Ebd. S. 85.

⁵⁰ Zink (wie Anm. 33), S. 45f.

⁵¹ Sauer (wie Anm. 2), S. 457.

terhin Besatzungskosten, die Gesprächspartner Adenauers und der übrigen Regierungsmitglieder aber waren nun nicht mehr Militärgouverneure, sondern zivile *Hohe Kommissare*. John McCloy, der letzte US-Militärregierungsgouverneur, wurde erster *Hoher Kommissar* der USA in Deutschland, der seitherige Direktor der Militärregierung für Württemberg-Baden Charles P. Gross erster US-Landeskommissar in Stuttgart.⁵² Und an die Stelle der *Liaisons and Security Offices* in den Stadt- und Landkreisen traten sogenannte *Kreis Resident Offices*, die bis 1952 mit einem um etwa die Hälfte verringerten Personalbestand als *eyes and ears* des amerikanischen *Hohen Kommissars* fungierten.⁵³

c) Die letzten Kriegstage und die Besetzung Backnangs

Nachdem es den Alliierten im Juni 1944 in einem großangelegten Landungsunternehmen gelungen war, an der französischen Nordwestküste Fuß zu fassen, entwickelte sich die Situation auf dem westlichen Kriegsschauplatz endgültig zum Nachteil der dortigen deutschen Verbände. Bereits Ende Juli waren die gelandeten alliierten Truppen zahlen- und waffenmäßig so überlegen, daß es gelang, die deutschen Linien zu durchbrechen. Der Bewegungskrieg begann. Noch im September erreichten die Alliierten die Reichsgrenze. Und auch die Mitte Dezember in den Ardennen einsetzende deutsche Gegenoffensive vermochte den weiteren alliierten Vormarsch nur kurzfristig aufzuhalten. Zu Beginn des Jahres 1945 standen alliierte Truppen zunächst am Niederrhein und rückten in Richtung mittlerer und oberer Rhein vor. Die im Süden dieser Frontlinie zwischen Mannheim und Karlsruhe agierende 7. US-Armee unter General Jacob Loucks



Abb. 2: Eugen Wohlfarth, Backnanger Kommunist und zeitweiliger Nachkriegsbürgermeister.

Devers konnte Ende März nördlich von Mannheim einen Brückenkopf bilden, die Stadt selbst am 29. März erobern und daraufhin weiter nach Osten bzw. Südosten vordringen.⁵⁴ Nach der Eroberung des schwer umkämpften Heilbronn und dem Übergang über den Neckar gelangten amerikanische Einheiten der 100. Infanteriedivision am 18. April 1945 an die nördlichen Grenzen des Kreises Backnang und eroberten diesen innerhalb der beiden nächsten Tage, ohne auf nennenswerten Widerstand zu stoßen.⁵⁵

⁵² Ebd. S. 457f.

⁵³ Zink (wie Anm. 33), S. 63ff.

⁵⁴ Außerdem setzten von Norden im Raum Frankfurt durchgebrochene und rasch bis zum unteren Main vorgedrungene US-Einheiten bzw. im Westen bei Speyer und Germersheim über den Rhein gelangte Truppen der französischen 1. Armee unter General Jean de Lattre de Tassigny zur Eroberung Württembergs an. Bardua, Heinz: Kriegsschäden in Baden-Württemberg 1939 bis 1945. In: Historischer Atlas von Baden-Württemberg. Hrsg. v. d. Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg. Beiwort zur Karte VII,11. 4. Lieferung Stuttgart 1975. S. 9.

⁵⁵ Blumenstock, Friedrich: Der Einmarsch der Amerikaner und Franzosen im nördlichen Württemberg im April 1945. (= Darstellungen aus der württembergischen Geschichte. Bd. 41) Stuttgart 1957. S. 197.

Backnang selbst war trotz der hauptsächlich für Hitlers Wehrmacht tätigen ortsansässigen Industrie⁵⁶ und einiger hierher ausgelagerter kriegswichtiger Betriebe,⁵⁷ bis zu diesem Zeitpunkt weitgehend vom Krieg verschont geblieben. Lediglich vereinzelt kleinere Luftangriffe seit Februar 1944 hatten die Stadt v. a. in Bahnhofsnähe und im Zentrum bzw. rund um den Murrtaalviadukt in Mitleidenschaft gezogen.⁵⁸ Der dabei entstandene Sachschaden verteilte sich auf etwas weniger als 280 Gebäude,⁵⁹ von denen die meisten leichte bis mittlere, z. T. noch während des Krieges behobene Schäden (an ihren Dächern und Fenstern) davongetragen hatten. Die Zahl der schwer beschädigten bzw. völlig zerstörten Gebäude dagegen war gering.⁶⁰ Daran änderte auch der am Nachmittag des 18. April 1945 einsetzende und am 19. April fortgesetzte feindliche Artilleriebeschuss aus Richtung Löwenstein wenig,⁶¹ so daß sich amerikanischen Angaben zufolge die Anzahl der von Kriegseinwirkungen beschädigten Gebäude bei Kriegsende in Backnang auf 14 total zerstörte und 60 beschädigte Häuser (von

kreisweit 213 Totalschäden bzw. 142 beschädigten Gebäuden) beschränkte. Dies entsprach gerade 0,4% (1,41%) der 1941 in der Stadt (im gesamten Kriegsgebiet) gezählten ca. 3 500 (25 212) Wohnhäuser.⁶² Außerdem fanden bei den Bomben- und Tieffliegerangriffen auf Backnang 61 Zivilisten (darunter 4 Russen, 3 Letten und 1 Bulgare) den Tod, wobei allein im April 1945 mit 48 Toten die meisten Opfer zu beklagen waren.⁶³ Hinzu kommen 16 in der Umgebung von Backnang gefallene deutsche Soldaten, deren Tod hier beurkundet wurde.⁶⁴

Darüber, was sich sonst noch in Backnang während der letzten Kriegstage und bei der Besetzung der Stadt durch amerikanische Truppen am 20. April 1945 ereignete, geben gleich mehrere Zeugnisse Auskunft.⁶⁵ Zusammengefaßt ergibt sich daraus in etwa folgendes Bild: Nachdem sich die Alliierten im Herbst 1944 gefährlich der Reichsgrenze genähert hatten, war im November 1944 in Backnang, ebenso wie in anderen Städten des Reiches, aus den in der Stadt verbliebenen einigermaßen wehrdienstfähigen Jugendlichen und Männern zwi-

⁵⁶ Wie in anderen Städten des Dritten Reiches war die Wehrmacht für etliche Backnanger Betriebe nach der Verkündung des Vierjahresplanes von 1936 zum Großauftraggeber geworden. Dies betraf z. B. die Firmen Adolff (= Spinnerei), Kaelble (= Maschinenfabrik) oder verschiedene Gerbereien Backnangs. Durch den Krieg wurden diese dann noch stärker in den nationalsozialistischen Kriegswirtschaftskreislauf eingebunden. Heinz, Gérard: Backnang von 1933 bis 1939. Untersuchungen zu den Friedensjahren des Dritten Reiches in einer württembergischen Industriestadt. In: Backnanger Jahrbuch Bd. 3 (1995), S. 158 f.

⁵⁷ U. a. befand sich ein Motorenprüfstand von Mercedes-Benz vor Ort.

⁵⁸ Wie einer 1948 bei einzelnen Gemeinden verschiedener Kreise durchgeführten Umfrage des Statistischen Landesamtes in Stuttgart zu entnehmen ist, war Backnang zwischen dem 21. Februar 1944 und dem 15. April 1945 insgesamt elfmal das Ziel feindlicher Fliegerangriffe. Hauptstaatsarchiv Stuttgart (im nachfolgenden kurz HStAS) J 170/Bü 2.

⁵⁹ Die sich aus der oben zitierten Umfrage ergebende Gesamtzahl der infolge eines Luftangriffes beschädigten oder zerstörten Gebäude in Backnang beträgt 275, da zumindest das Volksschulgebäude (am 22. Februar bzw. am 2. März 1945), der Bahnhof (am 22. Februar und am 31. März 1945) und das Württembergische Warenlagerhaus (am 2. März und am 15. April 1945) jeweils zweimal getroffen wurden. Inwieweit dies für andere Bauten zutrifft, kann jedoch auf Grund des ansonsten recht allgemein gehaltenen Quellenmaterials (vgl. z. B. den Eintrag vom 6. April 1945: *Bomben-Schwerpunkt Benzwasen, 36 Gebäude leicht beschädigt*) nicht gesagt werden. Ebd.

⁶⁰ Auch hierüber ist der Umfrage keine genaue Angabe abzugewinnen (vgl. den Eintrag vom 31. März 1945: (...) *18 Gebäude zum Teil schwer beschädigt*). Mit Sicherheit aber handelte es sich um mindestens acht schwer bzw. total zerstörte Gebäude. Ebd.

⁶¹ Ebd. bzw. Bruder, Adelheid (Hrsg.): Zu den letzten Kriegstagen 1945 in Backnang. Aufzeichnungen aus einem Tagebuch von Karl Bruder. In: Beiträge zur Geschichte von Backnang und Umgebung. (= Schriftenreihe des Heimat- und Kunstvereins Backnang, Bd. 6). Backnang 1988. S. 203 bis 215; hier S. 213.

⁶² Reports; RG 260 OMGWB 12/194-1/9/folder 6.

⁶³ HStAS J 170/Bü 2.

⁶⁴ Ebd.

⁶⁵ Zwei der hier angesprochenen Quellen finden sich im Anhang an die bereits zitierte Umfrage des Statistischen Landesamtes: 1. *Aufzeichnungen von Bürgermeister a. D. Rienhardt über die letzten Tage vor und die ersten Tage nach der Besetzung von Backnang* (bisher unveröffentlicht), in denen tagebuchartig der Zeitraum vom 15. bis 21. April 1945 behandelt wird, ohne daß zweifelsfrei geklärt werden könnte, ob Rienhardt die Aufzeichnungen gänzlich aus dem Gedächtnis heraus oder zumindest teilweise an den jeweiligen mit einem Datum versehenen Tagen niedergeschrieben und lediglich nachträglich ergänzt hat; und 2. *Wer war die Widerstandsbewegung vor dem Einmarsch der Amerikaner? Einige Berichte und Tatsachen von Eugen Wohlfarth*. Mittlerweile unter geringfügiger Abänderung des Titels veröffentlicht in: 750 Jahre Stadt Backnang. Beiträge zur Geschichte der Stadt. (= Schriftenreihe des Heimat- und Kunstvereins Backnang, Bd. 5). Backnang 1987. S. 153 bis 168. Hinzu kommen ebenfalls veröffentlichte Tagebuchaufzeichnungen des Backnanger Studienrats Karl Bruder (vgl. Bruder (wie Anm. 61)) und von Ursula Schwenk [Fritz, Gerhard (Hrsg.): Ursula Schwenk: Tagebuch über das Kriegsende. Eugen Gurr; Murrhardter Chronik 1945/46. (= historegio Quellen, Bd. 1). Remshalden 1995].

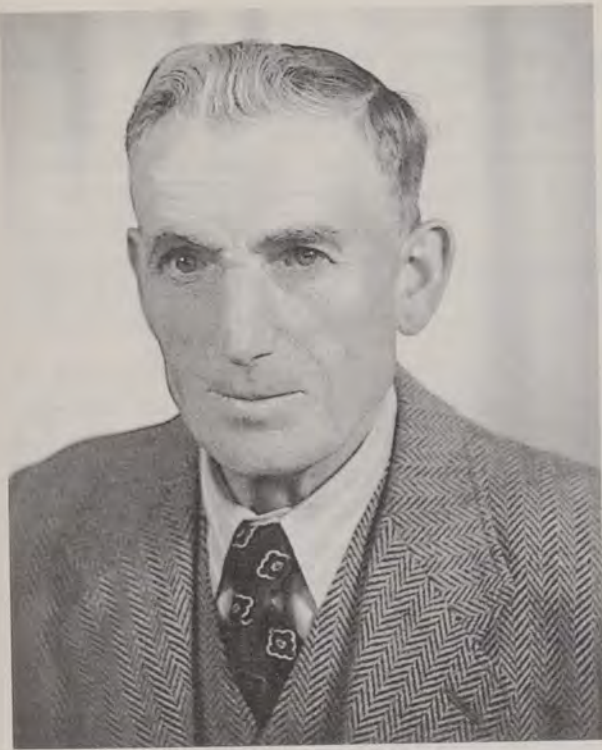


Abb. 3: Die Backnanger Kommunisten Franz und Emilie Hopfensitz.

schen 16 und 60 Jahren der Volkssturm gebildet worden. Sofort plante man auf seiten der ehemaligen Arbeiterführung Backnangs, diesen als ein mögliches Instrument gegen den Nationalsozialismus umzufunktionieren,⁶⁶ zumal die mit dem Volkssturm verbundene militärische Ausbildung an zwei Abenden in der Woche und an Sonntagen nach einer bis zu 60stündigen Arbeitswoche von den meisten Volkssturmmännern als zusätzliche Last empfunden wurde.⁶⁷ So hatten es sich die ehemaligen KPD-Mitglieder Franz Hopfensitz und Eugen Wohlfarth sowie der trotz seiner NSDAP-Mitgliedschaft an sie herangetretene Kompanieführer der 2. Volkssturmkompanie Richard Copen-

rath⁶⁸ zum Ziel gesetzt, den Backnanger Volkssturm im Verteidigungsfalle den Befehlen der Partei zu entziehen, um die Stadt kampfflos und möglichst unbeschadet den Amerikanern übergeben zu können. Unter Beachtung größtmöglicher Sicherheitsvorkehrungen wurden im Laufe der letzten Kriegsmonate weitere Mitwisser gewonnen, ohne daß es sich hierbei ausschließlich um ehemalige Kommunisten gehandelt hätte.⁶⁹

Auf der anderen Seite offenbarte die heranrückende Front immer deutlicher die Absichten der Kreisführung bzw. der zuständigen Wehrmachtsdienststellen, die Backnang verteidigen wollten.⁷⁰ Die führenden Parteistellen der Stadt

⁶⁶ Wohlfarth (wie Anm. 65), S. 154.

⁶⁷ Blumenstock (wie Anm. 55), S. 21f.

⁶⁸ Der bei der Firma Adolff als Direktor tätige Richard Copenrath (geb. 1898) war 1943 wegen eines Magenleidens aus der Armee entlassen, nachdem er zuletzt als Major und Abteilungskommandeur in Rußland an der Front gestanden hatte. Als dienstältester Reserveroffizier in Backnang wurde er im November 1944 zum Kompanieführer der zweiten Kompanie des Backnanger Volkssturms berufen, blieb aber Parteileuten im Range eines Unteroffiziers oder Feldwebels gleichgestellt. Der frühere Freimaurer galt als politisch unzuverlässig und war trotz seiner Mitgliedschaft in der NSDAP durch einen Gaugerichtsbeschuß von der Übernahme eines Amtes in der Partei auf Lebenszeit ausgeschlossen worden. Copenrath, Richard: Lebenslauf meines Vaters Richard Copenrath. Die Backnanger Widerstandsbewegung ist nicht politisch zu sehen. In: Beiträge zur Geschichte von Backnang und Umgebung. (= Schriftenreihe des Heimat- und Kunstvereins Backnang. Bd. 6). Backnang 1989. S. 216f. bzw. Wohlfarth (wie Anm. 65), S. 154.

⁶⁹ U. a. konnte der Studienrat Karl Bruder (geb. 1887) und eine Reihe nicht namentlich genannter Männer, die z. T. in der SA oder anderen nationalsozialistischen Organisationen einen aktiven Rang bekleideten, zur Mitarbeit bewegt werden. Copenrath (wie Anm. 68), S. 217. Bruder, der in Copenraths zweiter Kompanie als Hauptfeldwebel Dienst tat, war außerdem bei einer eventuellen Übergabe der Stadt an die Amerikaner als Dolmetscher vorgesehen. Am 26. März 1945 hatte er dies gegenüber Landrat Dr. August Reuß zugesagt. Bruder (wie Anm. 61), S. 204 bzw. S. 206.

⁷⁰ U. a. wurden Panzersperren und Erdaushübe für Maschinengewehrmuster vorbereitet. Wohlfarth (wie Anm. 65), S. 155.

verloren jedoch infolge des am 26. März 1945 für Backnang ausgelösten Panzeralarms rasch die Nerven.⁷¹ Im übrigen befolgte von der Bevölkerung ohnehin kaum jemand den von der Kreisleitung wiederholt über die Blockleiter nach unten durchgegebenen und mit diversen Drohungen oder Greuelmärchen über die herannahenden Feinde versehenen Befehl zur Massenevakuierung der Stadt. Damit waren der vor den Toren Backnangs gelegenen 17. SS-Panzerdivision *Götz von Berlichingen* die Möglichkeiten genommen, die einrückenden amerikanischen Truppen ohne Gefährdung der eigenen Bewohner zu beschießen.⁷²

Angesichts der äußerst desolaten physischen wie psychischen Verfassung der deutschen Soldaten, die Backnang in der ersten Hälfte des Aprils 1945 haufenweise abgekämpft und in aller Regel unmotorisiert durchzogen hatten, mußte es auch dem letzten klar geworden sein, daß der Krieg endgültig verloren war. Um so erstaunlicher erscheint es, wenn es dennoch einzelne Soldaten gab, die an einen für Deutschland günstigen Kriegsausgang glaubten.⁷³ Backnangs führende Parteigrößen taten dies nicht. Stattdessen waren in aller Stille Vorbereitungen für eine baldige Flucht getroffen worden.⁷⁴ Die nach Backnang gelangenden Meldungen über die Erfolge der amerikanischen und französischen Truppen in der näheren und fernerer Umgebung und das seit dem 18. April zunehmende Artilleriefeuer auf die Stadt ließen die Backnanger Parteispitze und etliche prominente Parteigenossen endgültig die Koffer packen. *Nach gehöriger Stärkung mit Alkohol und unter Mitnahme erheblichen Pro-*

*viant und Benzin*⁷⁵ verließen sie in der Nacht vom 19. auf den 20. April fluchtartig die Stadt. Zuvor hatte man sich aber offenbar in aller Eile noch die Zeit genommen, den Kassenschrank in den Büroräumen der Kreisleitung zu leeren und belastendes Beweismaterial beiseite zu schaffen, während die Bevölkerung verängstigt und *ohne jede Unterrichtung seitens der Kreis- und Ortsgruppenleitung*⁷⁶ in den Bunkern ihrem Schicksal überlassen wurde.

Unterdessen waren in den Reihen des in Backnang verbliebenen Volkssturms die Vorkehrungen für die kampflose Übergabe der Stadt in ihre entscheidende Phase getreten. Eine letzte Lagebesprechung in den frühen Morgenstunden des 20. April ließ dabei zwei Ziele deutlich werden:⁷⁷ Zum einen sollte der von der Wehrmacht auf 4.00 Uhr früh festgesetzte Befehl zur Sprengung der Brücken boykottiert werden. Und zum anderen wurde eine Kontaktaufnahme mit den vordringenden Amerikanern beschlossen, um diese über die Lage in der Stadt zu informieren, eine drohende Bombardierung zu verhindern und die sofortige Besetzung der Stadt vorzuschlagen. In keinem Falle durfte Backnang ein ähnliches Schicksal wie Crailsheim erleiden, das mehrfach zwischen den Amerikanern und der Wehrmacht seinen Besitzer wechselte.

Trotz der vom *Murrthal-Boten* in dessen letzter Ausgabe veröffentlichten abschreckenden Beispiele⁷⁸ wie mit den im Nazi-Jargon genannten *Volksverrätern* verfahren werden sollte, fanden sich mit Hermann Krimmer und Fritz Munz zwei Volkssturmmänner, die sich bereit erklärten, mit den Amerikanern in Verbindung

⁷¹ So findet sich in Karl Bruders Tagebuchaufzeichnungen unter dem 26. März 1945 folgender Eintrag: (...) *Die Kreisrauschschaftsleiterin packt eiligst, um Habe wegzubringen. Der Ortsgruppenleiter ist abends, wie ich zur NSV komme, sinnlos betrunken, aus Angst.* (...) Bruder (wie Anm. 61), S. 206.

⁷² Wohlfarth (wie Anm. 65), S. 155.

⁷³ Bruder (wie Anm. 61), S. 208.

⁷⁴ Anfang April 1945 hatte es sich herausgestellt, *daß die Frau des Ortsgruppenleiters Stadtmitte nach Innsbruck abgefahren sei und daß auch die Frauen der Frauenschaft, die sich besonders hervorgetan, flüchten wollten.* Ebd., S. 206.

⁷⁵ HStAS I 170/Bü 2 (Bericht Rienhardts).

⁷⁶ Ebd.

⁷⁷ Wohlfarth (wie Anm. 65), S. 158.

⁷⁸ MB (17. April 1945); unter der Überschrift *Tod den Verrätern* hatte der Murrthal-Bote in seiner Ausgabe vom 17. April 1945 von zwei sich in den letzten Tagen zugetragenen Vorgängen in Heilbronn bzw. in Brettheim berichtet, wo von Standgerichten gegen die Bevölkerung Todesurteile ausgesprochen und verhängt worden waren, weil weiße Flaggen gezeigt wurden (Heilbronn) bzw. ein Dorfbewohner die Durchführung des Auftrages eines *Panzerjagdkommandos* (= 4 mit Panzerläufen bewaffnete Hitlerjungen) verhinderte (Brettheim). Daß dies nicht den Tatsachen entsprach (im Falle der Erschießungen in Heilbronn kam es überhaupt nicht zur Bildung eines Standgerichts), tat dabei nichts zur Sache und gelangte erst nach Kriegsende ans Licht der Öffentlichkeit. Vgl. Schnabel, Thomas: *Württemberg zwischen Weimar und Bonn 1928 bis 1945/46.* (= Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württemberg. Bd. 13). Stuttgart u. a. 1986, S. 591f. Außerdem war bereits am 13. April 1945 im *Murrthal-Boten* eine Bekanntmachung des Reichsverteidigungskommissars und Gauleiters Wilhelm Murr erschienen, der jeden Versuch, eine Panzersperre zu öffnen bzw. ihren Bau zu verhindern, ebenso unter die Todesstrafe stellte wie das Hissen von weißen Fahnen. MB (13. April 1945).

zu treten. Munz, Vater von fünf Kindern, hat diesen Versuch mit seinem Leben bezahlt, als er nördlich von Oppenweiler mit seinem Fahrrad beim Überqueren einer Lauterbrücke auf eine deutsche Mine fuhr. Krimmer dagegen erreichte die Amerikaner unversehrt in Bernhalden (ca. 10 km nördlich von Backnang), von wo aus er über deren Regimentsgefechtsstab in Neulautern bis hinter Löwenstein zurückgebracht wurde, um den dortigen Offizieren Bericht zu erstatten. Nachdem Krimmer nun seinerseits die Fragen der Amerikaner u. a. nach seinen Auftraggebern, die Größe und Art der Backnanger Industriebetriebe, nach einem eventuell in der Nähe befindlichen KZ oder Ausländerlager und nach einem zukünftigen Bürgermeister für Backnang beantwortet sowie die von ihm passierten Panzersperren in einer Karte verzeichnet hatte, teilte man ihn einem amerikanischen Soldaten an der Spitze des Aufbruch bereiten Kampfverbandes zu. Und Fahrzeug an Fahrzeug setzte sich in Richtung Backnang in Bewegung.⁷⁹

In der Gerberstadt war es indessen weder den Antifaschisten des Volkssturms noch dem vom Abrücken der Kreisleitung nicht in Kenntnis gesetzten Bürgermeister Dr. Albert Rienhardt gelungen, die Sprengung der Murrbrücken durch die sich auf eine neue Hauptkampflinie östlich Maubachs zurückziehende Wehrmacht zu verhindern.⁸⁰ Insgesamt wurden dabei fünf Brücken (inkl. des großen Murrtaal-Viadukts) und drei Fußgängerstege zerstört sowie fünf weitere Fußgängerüberwege beschädigt, so daß die rechts der Murr gelegenen Stadtteile von der Strom-, Gas- und Wasserversorgung abgeschnitten und ohne Telefonanschluß waren. Hinzu kamen mehr oder weniger starke Schäden (in der Hauptsache zersplit-

terte Fensterscheiben) an rund 1000 Häusern im gesamten Stadtgebiet, wobei die Gebäude in unmittelbarer Umgebung der Brücken die schwersten Zerstörungen davontrugen.⁸¹ Der Gesamtschaden der Sprengungen übertraf damit alle bisherigen Schäden durch Artilleriebeschießungen oder Bombardierungen Backnangs zusammengenommen um ein Vielfaches.⁸² Für die gegen 12.30 Uhr aus Richtung Strümpfelbach am Ortsrande erscheinenden Amerikaner, die von der Bevölkerung mit *Schnaps und Most in Krügen*⁸³ begrüßt wurden, bedeuteten die gesprengten Brücken jedoch kein größeres Hindernis. Noch am Nachmittag begannen US-Pioniere bei der Aspacher Brücke ein provisorisches eisernes Brückengerüst zu errichten, das am Abend bereits stand. Die ohnehin nur eingesackte Sulzbacher Brücke⁸⁴ konnte durch Auffüllen von Schutt ebenso leicht wieder begehbar und für leichte Fuhrwerke befahrbar gemacht werden.

Zuvor, etwa gegen 13.00 Uhr, hatten 2 bis 3 Offiziere und noch 1 niedere Charge den bei Sauer (= Metzgerei) zum Mittagessen weilenden Bürgermeister vor dessen Amtszimmer erwartet, um sich von diesem die Stadt übergeben zu lassen. Rienhardt, bei dem die Amerikaner einen korrekten, nicht anmaßenden, loyalen, etwas unsicheren, geradezu ängstlichen und vorsichtigen Eindruck hinterließen, wurde nach den obligatorischen Fragen zu Parteimitgliedschaft und Parteiämtern von einem der anwesenden Offiziere ersucht, sein Amt weiterzuführen.⁸⁵ Außer Bruder, der erst während den bereits in Gang befindlichen Verhandlungen zwischen Rienhardt und dem vorläufigen Ortskommandanten Oberleutnant Yaffee auf das Rathaus gelangte,⁸⁶ um zu dolmetschen, sind keine weiteren Mitglieder des Backnanger

⁷⁹ Wohlfarth (wie Anm. 65), S. 161ff.

⁸⁰ Unabhängig voneinander hatten sich sowohl der in der Stadt zurückgebliebene Dr. Rienhardt (an der Aspacher Brücke), als auch mehrere Volkssturmmänner (u. a. an der Eisenbahn- und an der Sulzbacher Brücke) vor dem festgesetzten Sprengtermin bei den einzelnen Sprengkommandos bemüht, diese von der Sinnlosigkeit einer Sprengung zu überzeugen. Ausdrücklich wollte man auf Seiten des Volkssturms auf eine Gewaltanwendung gegenüber den unschuldigen Befehlsempfängern verzichten, mußte aber schließlich deren Waffengewalt weichen. Wohlfarth (wie Anm. 65), S. 158f. bzw. HStAS J 170/Bü 2 (Bericht Rienhardts).

⁸¹ U. a. mußte das an der Aspacher Brücke gelegene Gasthaus zur Krone auf Grund seiner Sprengschäden ganz abgerissen werden. Bomm, Helmut: Das Ende, das ein Anfang war. Der Zweite Weltkrieg und die letzten Kriegstage in Backnang und im Murrtaal. Backnang 1985, S. 42.

⁸² HStAS J 170/Bü 2.

⁸³ Bericht von Copenrath in: Wohlfarth (wie Anm. 65), S. 167.

⁸⁴ Dort war es einem Volkssturmmann gelungen, wenigstens einen Teil der Sprengdrähte zu durchschneiden. Ebd., S. 160.

⁸⁵ HStAS J 170/Bü 2 (Bericht Rienhardts).

⁸⁶ Bruder (wie Anm. 61), S. 214.

Widerstands bei den Übergabemodalitäten bezeugt.⁸⁷ Coppenrath und Wohlfarth, die den Amerikanern noch am Morgen zusammen mit Bruder taschentuchschwenkend entgegengegangen und daraufhin nach Hause zurückgekehrt waren, überließen es gewissen Maulhelden, sich den Amerikanern gegenüber als Retter der Stadt Backnang aufzuspielen.⁸⁸ Ein letzter deutscher Artilleriebeschuss aus Richtung Winnenden am darauffolgenden Tag, forderte neben einigen Gebäudeschäden noch einmal drei Todesopfer.⁸⁹ Danach war der Krieg für Backnang endgültig zu Ende.

3. Die ersten Monate unter amerikanischer Besatzung

a) Die amerikanische Militärregierung in Backnang

Oberleutnant Yaffee, der auf amerikanischer Seite die Übergabeverhandlungen mit Dr. Rienhardt geführt hatte, war nach deren Abschluß am Abend zu seinen Truppen in Stellung gegangen. Bevor er Backnang jedoch verließ und seinem zwischenzeitlich weitervorrückenden Kampfverband endgültig folgen konnte, kehrte er am nächsten Morgen noch einmal kurz von der Front auf das Rathaus zurück, um den anwesenden Deutschen Captain George D. Burchell vorzustellen, dem die Errichtung der zukünftigen Militärregierung für die Stadt und den Landkreis Backnang oblag.⁹⁰ Dieser nunmehr unter amerikanischer Leitung

stehende und erst 1938 aus Teilen der ehemaligen Oberämter Marbach, Gaildorf, Welzheim und dem gesamten Oberamtsbezirk Backnang gebildete Verwaltungsbezirk umfaßte eine Fläche von ca. 590 km². Gegenüber 1939 hatte sich seine Einwohnerzahl in den 49 Kreisgemeinden bei Kriegsende um rund 10 000 Personen auf annähernd 65 000 Menschen erhöht. Neben Backnang (ca. 12 000 Einwohner) besaß lediglich das in der Kreismitte gelegene Murrhardt (ca. 7 000 Einwohner) eine über 5 000 Bewohner hinausreichende Einwohnerzahl. Haupterwerbsquellen für die Bevölkerung des ländlich strukturierten Kreises waren an erster Stelle die Land- und Forstwirtschaft sowie zahlreiche Gerberei- und lederverarbeitende Betriebe. Im weitgehend industrialisierten Backnang selbst fanden sich außer den dortigen sechs größeren Gerbereien zusätzlich eine Spinnerei und ein Werkzeugmaschinen- bzw. Fahrzeugbauunternehmen.⁹¹

Die von Burchell angeführte amerikanische Militärregierung nahm ihren Sitz fürs erste in einigen Räumen des Backnanger Rathauses, zog aber schon bald in das Gebäude der ehemaligen NSDAP-Kreisleitung in der Marktstraße 42.⁹² Im Zuge der Reorganisation innerhalb der amerikanischen Militärverwaltung Ende Sommer, Anfang Herbst 1945 wurde das anfänglich unter der Bezeichnung I3C3 firmierende Detachment schließlich in H-50 umbenannt⁹³ und erreichte seine endgültige organisatorische Ausformung am 30. September 1945 mit Captain Burchell, drei weiteren

⁸⁷ Ob der nach eigenen Angaben ebenfalls von Anfang der amerikanischen Besatzung an bei Verhandlungen anwesende Willy Riexinger auch zur Backnanger Widerstandsbewegung gehörte, konnte nicht geklärt werden. In Wohlfarths bzw. Bruders Aufzeichnungen ist er jedenfalls nicht erwähnt. Fest steht jedoch, daß Riexinger bereits am 6. bzw. am 7. April 1945 (d. h. also 12/13 Tage vor der amerikanischen Besetzung Backnangs) gemäß dem *Landkriegsabkommen der Haager Friedenskonferenz* von 1899 in Anbetracht der immer näherrückenden Front vom damaligen stellvertretenden Landrat Dettinger beauftragt wurde, bei Feindbesetzung die Dienstgeschäfte beim Landrat und Kreisverband Backnang zur Betreuung der zurückgebliebenen Bevölkerung unter den Besatzungsstellen weiterzuführen. (Kopien von Riexingers Ernennung finden sich in der Schülerarbeit auf S. 19/20). Nachdem er bereits 1934 eine vierteljährige KZ-Haft verbüßt hatte und danach 1940 nur mit Hilfe guter Beziehungen wenigstens als Hilfsarbeiter beim Kreiswirtschaftsamt angestellt worden war, galt Riexinger 1945 als politisch unbelastet, so daß ihm Captain Burchell, Backnangs erster Militärgouverneur, am 18. Mai 1945 auch von amerikanischer Seite die Leitung des Wirtschaftsamt übertrug, StAB Schülerarbeit (wie Anm. 8), S. 17ff.

⁸⁸ Wohlfarth (wie Anm. 65), S. 168.

⁸⁹ HStAS J 170/Bü 2.

⁹⁰ Bruder (wie Anm. 61), S. 214f.

⁹¹ Operations Report on Military Government Detachment H-50. First Report (3. November 1945); RG 260 OMGWB 5/10-2/7/folder 1; bei den sechs (von den Amerikanern nicht namentlich genannten) Gerbereien dürfte es sich im einzelnen um die Betriebe von Fritz Häuser, Louis Schweizer, Paul Breuninger, Carl Kaess (Lederwerke Backnang), Carl Pommer und Carl Robitschek gehandelt haben. In denen 1939 zusammen 1 750 Personen beschäftigt waren; bei der Firma Adolff (Spinnerei) bzw. bei der Firma Kaelble (Maschinen- und Fahrzeugbau) arbeiteten 1939 1 645 (Adolff) bzw. 550 (Kaelble) Personen, damit entfielen 75,9% (= 3 945) aller Backnanger Arbeitsplätze auf diese acht Firmen; Heinz (wie Anm. 56), S. 151f.

⁹² HStAS J 170/Bü 2.

⁹³ Mit der Umwandlung des Backnanger Detachments in ein sogenanntes *Liaison and Security Office* im Juni 1946 erfolgte eine erneute Umbenennung, dieses Mal in S-50.

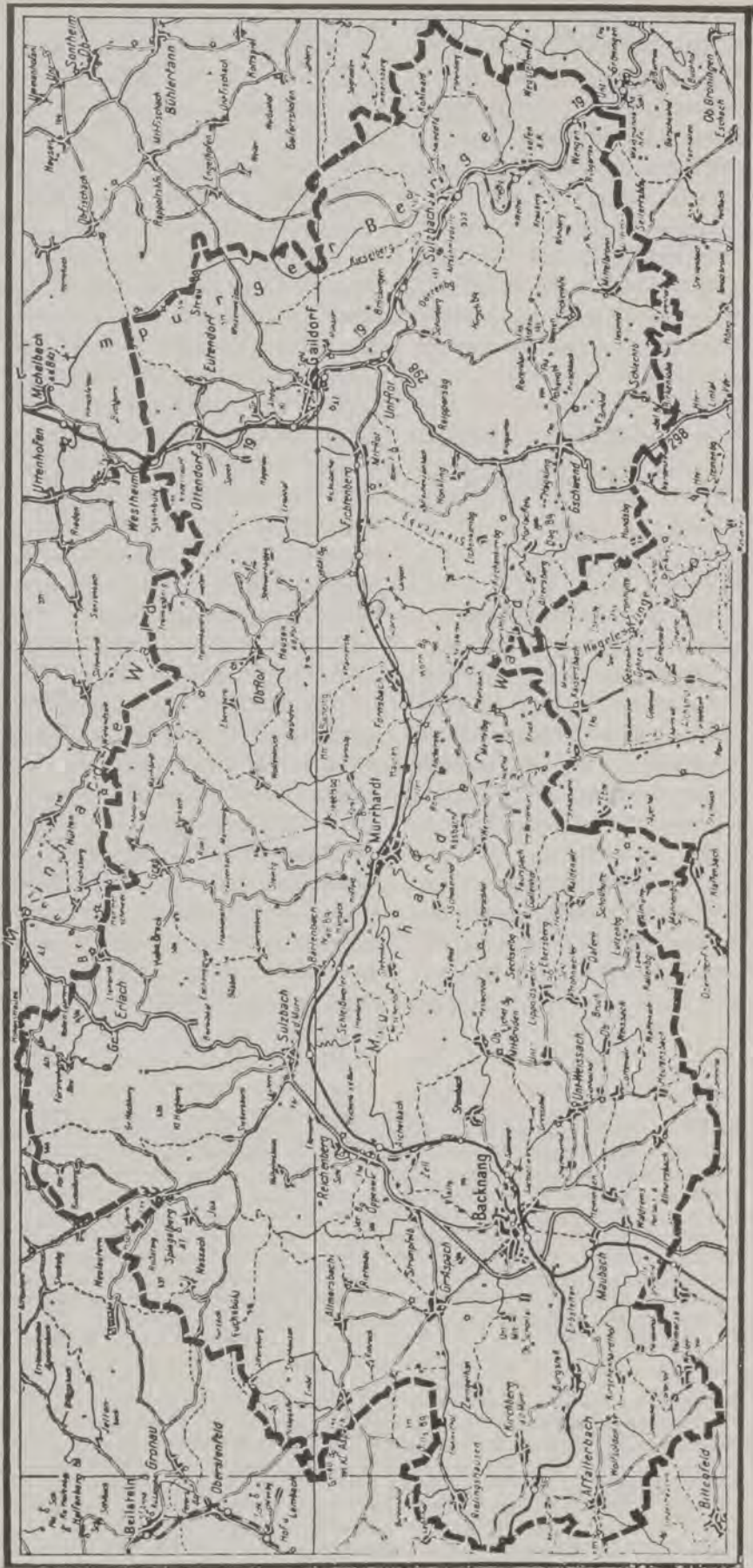


Abb. 5: Der Landkreis Backnang in den von 1938 bis 1972 bestehenden Grenzen.

Offizieren und elf einfachen Soldaten, sogenannten *Enlisted Men*.⁹⁴ Über die Personalstärke der Militärregierung während der ersten Besetzungstage liegen dagegen keine näheren Angaben vor. Vermutlich dürfte es keine nennenswerten Abweichungen gegeben haben, handelte es sich doch um ein I- bzw. H-Detachment, für das die Amerikaner bis zu einem halben Dutzend Offiziere und ca. 10 einfache Soldaten vorgesehen hatten.⁹⁵

Erste detailliertere Informationen über die Ausbildung des Militärregierungspersonals in Backnang entstammen einem auf den 3. November 1945 datierten internen amerikanischen Bericht⁹⁶ über das dortige Detachment, dem zu diesem Zeitpunkt bereits fünf Offiziere, aber formal nur noch ein einziger einfacher Soldat angehörte. Demnach hatte der im März 1942 in die Armee eingetretene und in seinem bürgerlichen Beruf als Rechtsanwalt tätige George D. Burchell die Ausbildungsprogramme für den Militärregierungsdienst in Fort Custer und an der Universität von Michigan absolviert, bevor er im April 1944 auf den alten Kontinent gelangte. Schließlich wurde er als Militärregierungsoffizier im belgischen Rochefort für die Übernahme des Detachments in Backnang vorgesehen. Neben der lokalen Gemeindeverwaltung der westlichen Kreishälfte umfaßte sein dortiger Aufgabenbereich Baudenkmäler, Künste und Archive, das Rechtswesen sowie das Verfassen von historischen und politischen Berichten über den Kreis. Außerdem bekleidete Burchell das Amt eines Summarischen Gerichtsoffiziers.

Burchells Stellvertreter, Captain Vincent J. Manno, war ebenfalls seit dem Beginn seines Armeedienstes Ende 1941 mit zivilen Verwaltungsangelegenheiten betraut, nachdem er zuvor für eine Zeitung, die *Atlantic City Daily World*, und als Repräsentant des Senats von New Jersey bzw. Sekretär des Bürgermeisters von Atlantic City gearbeitet hatte. Im Anschluß an die Landung der Alliierten in Frankreich konnte er erste praktische Militärregierungserfahrungen sammeln, bis er im August 1945 nach Gaildorf versetzt wurde. Infolge der Zusammenlegung des dortigen Detachments

I-156 mit der Backnanger Militärregierung im Oktober 1945 bestellte man Manno daraufhin zu Burchells Stellvertreter, in dessen Verantwortungsbereich nun die Gemeindeverwaltung der östlichen Kreishälfte, das Erziehungswesen, die Post bzw. der Telefonverkehr sowie die anderen öffentlichen Versorgungsbetriebe lagen.

Der Ende Juni 1945 nach Backnang berufene Oberleutnant Bartholomew Panettiere betätigte sich in den Bereichen Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Wohnen, Sozialversicherung und in der Überwachung des Besitzes von ehemaligen NSDAP-Parteigenossen. Auf Grund seines juristischen und wirtschaftlichen Berufshintergrundes – Panettiere hatte vor seiner Armeezeit (ab November 1942) als Rechtsanwalt für eine größere New Yorker Aktiengesellschaft gearbeitet – erschien er geradezu prädestiniert für diesen Posten. In Harvard auf die Aufgaben eines Militärregierungsoffiziers vorbereitet, war er vor seiner Versetzung nach Backnang zunächst in Belgien und Luxemburg u. a. als stellvertretender Detachmentkommandeur tätig. Mit Oberleutnant Frank R. Tidwell kümmerte sich seit Juli 1945 ein ehemaliger Highway-Streifenpolizist aus Florida um die öffentliche Sicherheit und das Transportwesen des Kreises, nachdem er (ebenso wie Burchell) ab Mai 1943 in Fort Custer für seinen Dienst in Übersee ausgebildet worden war. Einzig der in Backnang für Nahrungsmittel und Landwirtschaft, die Versorgung der Bevölkerung, das öffentliche Gesundheits- und Wohlfahrtswesen sowie für *Displaced Persons* zuständige Captain Michael B. Watson hatte vor seiner Verschiffung nach Europa in den USA keinerlei Militärregierungsvorbereitung erhalten und mußte sich mit der vornehmlich aus Gefechts- und Ausdauertraining bestehenden Ausbildung im britischen Shrivenham begnügen. Dennoch betrachtete der Verfasser des Berichts den davor als Bezirksleiter eines bundesstaatlichen Projekts agierenden Watson als geeignete Besetzung für diese Art von Arbeit, zumal jener früher im texanischen Lubbock an der dortigen Technischen Universität mit dem Hauptfach „Landwirtschaft“ eingeschrieben war.

⁹⁴ Reports of Events in Landkreis Backnang and of the Action of Military Government Detachment S-50 from 5 May 1945 until 8 July 1947; RG 260 OMGWB 12/194-1/11/folder 1.

⁹⁵ *Latour/Vogelsang* (wie Anm. 15), S. 39.

⁹⁶ Operations Report on Military Government Detachment H-50. First Report (3. November 1945); RG 260 OMGWB 5/10-2/7/folder 1.

Wann genau Watson nach Backnang gelangte, geht aus den Angaben dagegen nicht hervor. Ebenso wenig sind etwa die Deutschkenntnisse oder das Alter der in der Stadt stationierten Militärregierungsbeamten vermerkt. In aller Regel dürfte es sich bei diesen, ihrem beruflichen Werdegang (und den bei Zink⁹⁷ gemachten Angaben über die Vorbereitungen der amerikanischen Militärs auf die Besatzungszeit) nach zu urteilen, um Männer in den 40er Jahren gehandelt haben. Da bis auf Watson und Burchell, der zum damaligen Zeitpunkt einer weiteren Beschäftigung innerhalb der amerikanischen Militärregierung auf ziviler Basis nicht abgeneigt schien, alle übrigen Offiziere baldige Rückkehrwünsche hegten, ist jedoch im Laufe der nachfolgenden Umbesetzungen⁹⁸ des Backnanger Detachments vermehrt mit jüngeren Nachfolgern zu rechnen. Außerdem war von den einst elf im Backnanger Detachment arbeitenden einfachen Soldaten auf Grund der amerikanischen Demobilisierungsbestrebungen im November 1945 nur noch der Obergefreite (= *Private First Class*) John C. Prout verblieben, der neben seiner eigentlichen Tätigkeit als Bürovorsteher auch für andere anfallende Arbeiten herangezogen werden mußte. Um Prout ein wenig zu entlasten, hatte man sich in Backnang deshalb von den umliegend stationierten Sicherheitstruppen zwei hinreichend für die Militärregierungsarbeit ausgebildete Soldaten „ausgeborgt“ und die Zahl der zu Schreibarbeiten eingesetzten polnischen *Displaced Persons* und deutschen Zivilangestellten erhöht.⁹⁹ Dennoch wurden dringend weitere Soldaten benötigt. Zusätzlich erschwerten die mit einigen Tagen Verspätung eintreffenden und über mehrere Zwischen-

stationen hinweg versandten Direktiven der in Stuttgart ansässigen Militärregierung für Nordwürttemberg-Nordbaden die Arbeit der Backnanger Offiziere. Meist erwiesen sich die deutschen Nachrichtenkanäle an den Landrat und die Bürgermeister des Kreises um Tage schneller.¹⁰⁰

Trotz dieses offensichtlichen Mangels an geeignetem niederen Verwaltungspersonal und den verbesserungsbedürftigen Kommunikationsstrukturen bescheinigte der Bericht dem Backnanger Detachment, in den vergangenen Wochen und Monaten erfolgreiche Arbeit geleistet zu haben.¹⁰¹ Ein Grund hierfür lag sicherlich daran, daß die ersten etwas länger in Backnang tätigen Offiziere mit dem entsprechenden Engagement und Ehrgeiz ihrer Arbeit nachgingen, auch wenn die Mehrheit von ihnen es sich nicht vorstellen konnte, über das Ende ihrer Dienstzeit hinaus in Deutschland zu bleiben. Im übrigen handelte es sich bis auf eine Ausnahme um in den USA spätestens seit November 1943 gewissenhaft auf ihre künftigen Aufgaben geschulte Männer, die größtenteils bereits vor ihrer Versetzung nach Backnang mit Militärregierungsangelegenheiten konfrontiert waren und auf einschlägige praktische Erfahrungen verweisen konnten. Um deren notwendiges und durchweg vorhandenes Interesse an ihrem neuen Arbeitsplatz aufrecht zu erhalten, wurden ihnen Betätigungsfelder zugeordnet, die in etwa ihrem früheren Zivilberuf oder ihrer ehemaligen Ausbildung entsprachen. Daß dabei nicht jeder Offizier in allen seinen Aufgabenbereichen glänzen konnte und gewisse Prioritäten gesetzt werden mußten, liegt angesichts der Komplexität der einzelnen Teilbereiche in der Natur der Sache.

⁹⁷ Zink (wie Anm. 33), S. 14.

⁹⁸ In Ermangelung weiterer amerikanischer Quellen über das Backnanger Militärregierungspersonal lassen sich diese Umbesetzungen allerdings zumeist nur indirekt und ungenau durch die im *Amtsblatt* veröffentlichten und namentlich gekennzeichneten Aufrufe der amerikanischen Militärregierung erschließen. So dürften Manno von Ende Januar bis Februar 1946 und Panettiere von März bis Mai 1946 dem Backnanger Detachment vorgestanden haben, bis Ende Mai 1946 Oberleutnant Robert R. Mayer vorübergehend Kommandeur der Militärregierung wurde. [Fritz (wie Anm. 65), S. 26]. Diesen wiederum löste Captain Richard Forrest am 1. Oktober 1946 ab. [Fritz (wie Anm. 65), S. 50]. Forrests Nachfolger im Dezember 1947 war der damals erst 27-jährige Captain Eugene E. Oja aus Virginia, ein ehemaliger Student der Psychologie und Außenpolitik, den man aus Ludwigsburg nach Backnang versetzt hatte. Württembergisches Zeitecho/Backnanger Nachrichten (im nachfolgenden kurz WZE/BN), 13. Dezember 1947). Und wie einer von Oberleutnant (und Gerichtsoffizier) Marion B. Findlay unterzeichneten Mitteilung in der Amtsblattausgabe vom 27. Juli 1946 zu entnehmen ist, gab es daneben mindestens seit Juli 1946 auch weibliche Offiziere in der Backnanger Militärregierung. AB 127, Juli 1946).

⁹⁹ Allerdings sind hierüber keine Zahlenangaben vorhanden.

¹⁰⁰ Operations Report on Military Government Detachment H-50. First Report 13. November 1945; RG 260 OMCWB 5/10-27/folder 1.

¹⁰¹ Lobende Worte finden sich v. a. für die auf amerikanischer Seite als Hauptaufgabe eines Detachments betrachtete und von Captain (bzw. ab 1. Oktober 1945 Major) Burchell äußerst ernst genommene Entnazifizierungspolitik. Vgl. Kap. 3C.

b) Die ersten Bürgermeister in Backnang unter der amerikanischen Militärregierung

Wie bereits kurz angeklungen, war Dr. Albert Rienhardt (1877 bis 1953), Backnangs amtierender Bürgermeister, nach dem Einmarsch der Amerikaner zunächst trotz seiner NSDAP-Parteimitgliedschaft in seinem Amt bestätigt worden. Rienhardt, der die Geschäfte der Stadt seit 1921 unangefochten führte, hatte sich zuletzt bei seiner Wiederwahl am 7. Juni 1931 mit der Unterstützung der SPD, des Zentrums und der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), aber auch mit Hilfe der rechts-konservativen Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) und der NSDAP gegen seinen einzigen Gegenkandidaten, den kommunistischen Landtagsabgeordneten Karl Schneck, durchzusetzen vermocht und 71,5% der abgegebenen Stimmen erhalten.¹⁰² 1926 aus der DDP ausgetreten und von da an formal parteilos, tendierte er mit dem Ende der Weimarer Republik politisch immer weiter nach rechts, so daß er die nationalsozialistische Machtergreifung 1933, nicht zuletzt auf Grund seiner ausgezeichneten Kontakte zur alten württembergischen Verwaltungselite einerseits, andererseits zum NSDAP-Gauleiter von Württemberg, Wilhelm Murr, unbeschadet in seinem Amt überstand und am 20. Juli 1933 zum Bürgermeister auf Lebenszeit ernannt wurde.¹⁰³ Die im Januar 1935 reichsweit vorgenommene Einführung einer neuen *Deutschen Gemeindeordnung* (DGO), mit der die bisher vom Gemeinderat wahrgenommenen Aufgaben, die Gemeinde nach außen zu vertreten und zu verwalten, allein den Bürgermeistern übertragen wurden, stärkte Rienhardts Stellung zusätzlich, während den nunmehr in *Ratsherren* umbenannten Gemeinderäten lediglich eine beratende Funktion zukam.¹⁰⁴ Das gleichsam im Zuge der *Deutschen Gemeindeordnung* 1935 geschaffene Amt des *Beigeord-*

neten der NSDAP, der u. a. die Entscheidungen des Bürgermeisters überwachen sollte, dürfte auf Grund Rienhardts guten persönlichen Beziehungen daran nur wenig geändert haben.¹⁰⁵ Der von Gérard Heinz als gewandter, opportunistischer Machtmensch und bei seinen unmittelbaren Untergebenen als gefürchteter Despot geschilderte, in der breiten Masse der Bevölkerung jedoch ob seines nicht zu leugnenden sozialen Handelns ein hohes Ansehen genießende Rienhardt trat schließlich am 1. Mai 1937 in die NSDAP ein, nachdem eine bis zu diesem Zeitpunkt bestehende allgemeine Aufnahmesperre aufgehoben worden war.¹⁰⁶

Bereits kurze Zeit nach der Besetzung Backnangs bestellte man Rienhardt zum kommissarischen Landrat.¹⁰⁷ Als solcher repräsentierte er die oberste Spitze der staatlichen Autorität, da es weder eine Reichs- noch eine Landesregierung gab und die seither von den übergeordneten Finanz-, Zoll-, Gesundheits-, Arbeits-, Straßen- und Wasser-, Messungs-, Bezirksschul- sowie staatlichen und privaten Forstämtern ausgeübten Befugnisse nunmehr jeweils von den Landräten der einzelnen Kreise wahrgenommen werden mußten. Am 8. Juni 1945 tat Rienhardt dies der Kreisbevölkerung kund.¹⁰⁸ Keine zwei Wochen später kam es auf Rienhardts Initiative zur ersten überregionalen Zusammenkunft deutscher Politiker in den von Amerikanern besetzten Landesteilen Württembergs.¹⁰⁹ Mit Genehmigung des Landeskommandanten der US-Militärregierung, Oberst William W. Dawson, hatte er die Landräte aller zur amerikanischen Besatzungszone gehörenden württembergischen Landkreise für den 20. Juni 1945 in den Gasthof *Sonne-Post* nach Murrhardt zu einer Konferenz eingeladen, an der u. a. auch der frühere württembergische Wirtschaftsminister und spätere württembergbadische Ministerpräsident Reinhold Maier bzw. der spätere Landtagspräsident Wilhelm Keil teilnahmen. Obgleich offiziell als *Besprechung über die*

¹⁰² Heinz (wie Anm. 56), S. 160.

¹⁰³ Ebd. S. 160 bzw. S. 172f.

¹⁰⁴ Schiefeler, Hans-Eckart: Die kommunalpolitische Entwicklung der Stadt Backnang von der zusammengesetzten Gemeinde in der Zeit von 1806 bis zur Erhebung zur Großen Kreisstadt im Jahre 1956. (= Diss. Tübingen). Stuttgart 1961. S. 164f. und

Heinz (wie Anm. 56), S. 172.

¹⁰⁵ Heinz (wie Anm. 56), S. 172.

¹⁰⁶ Ebd. S. 172f.

¹⁰⁷ HStAS J 170/Bü 2.

¹⁰⁸ AB (8. Juni 1945).

¹⁰⁹ Schnabel (wie Anm. 78), S. 598 bzw. Sauer (wie Anm. 2), S. 40f.

Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten deklariert,¹¹⁰ konnten innerhalb des fünfständigen Konferenzverlaufs sämtliche die Landräte damals bewegenden Sorgen und Nöte in bemerkenswerter Offenheit zur Sprache gebracht werden, so daß sich der selbst nicht anwesende Dawson später sehr zufrieden über die im Beisein eines Vertreters der amerikanischen Militärregierung abgehaltene Unterredung äußerte und vom *ersten Sprießen der Demokratie*¹¹¹ sprach. Den im Anschluß an Murrhardt weiter beibehaltenen Landrätekonferenzen zunächst in Schwäbisch Gmünd (11. Juli 1945), später in Ludwigsburg (15. August 1945), Bad Boll (10. Oktober 1945) und Schnait (23. November 1945), die sich im Laufe der Zeit zu einer Art *Vorparlament*¹¹² entwickelten, sollte Rienhardt freilich nicht mehr beiwohnen können, da er auf Grund seiner nationalsozialistischen Vergangenheit Ende Juni/Anfang Juli 1945 als Landrat abgelöst und durch den früheren Bürgermeister von Gschwend, Josef Schäfer, ersetzt worden war.¹¹³

Unterdessen hatte in Backnang am 23. April 1945 Wilhelm Hörger¹¹⁴ mit Zustimmung der amerikanischen Militärregierung die Nachfolge des inzwischen als Landrat tätigen Rienhardts angetreten. Der 1879 in Lauffen a. N. geborene Hörger war vor seiner Tätigkeit auf dem Backnanger Rathaus u. a. Bürgermeister.¹¹⁵ Zuletzt arbeitete er bis Ende 1943 im Polizeiverwaltungsdienst (in Stuttgart?), bevor ihn Rienhardt im Januar 1944 für die Dauer des Krieges zum stellvertretenden Stadtpfleger berief und ihn mit der Leitung der Stadtpflege (einschließlich

den Stadtwerken sowie der Liegenschafts- und Friedhofsverwaltung) beauftragte. Ebenso wie Rienhardt, mit dem ihn eine persönliche Freundschaft verband, gehörte Hörger seit 1937 der NSDAP an.¹¹⁶ Dies wurde von der *antinazistischen Bevölkerung Backnangs* zum Anlaß genommen, sich in einem Brief¹¹⁷ an Captain Burchell zu wenden, um diesen darüber zu informieren, daß *die Männer, die heute noch an der Spitze von Stadt und Kreis Backnang stehen (gemeint sind Rienhardt und Hörger, D. P.), mit dem Makel nationalsozialistischer Tätigkeit und Gesinnung in der Vergangenheit belastet sind und längst nicht mehr das Vertrauen der breiten Schichten der Backnanger Bevölkerung*¹¹⁸ genießen. Weiter heißt es darin:

(...) Die unterzeichneten Bürger aller Stände der Stadt Backnang betrachten es als ihre vornehmste Aufgabe, die Militärregierung in dem Bemühen zu unterstützen, Stadt- und Landkreis Backnang von allen Nazieinflüssen zu säubern und einer wirtschaftlichen, geistigen und kulturellen Wiedergesundung entgegen zu führen. Nach unserer Meinung kann das nur geschehen, wenn an der Spitze von Stadt und Kreis Backnang Männer stehen, die auch in der Vergangenheit durch ihren Einsatz bewiesen haben, daß es ihnen mit der Beseitigung des Nationalsozialismus und einer Wiedergesundung unseres Volkes nach den Prinzipien einer wahren Volksdemokratie ernst ist. (...) ¹¹⁹

Außerdem enthielt das Schreiben jeweils drei Neubesetzungsvorschläge für das Amt des Landrats bzw. des Bürgermeisters in Back-

¹¹⁰ Sauer (wie Anm. 2), S. 31.

¹¹¹ Maier, Reinhold: Ein Grundstein wird gelegt. Die Jahre 1945 bis 1947. Tübingen 1964, S. 99ff. zit. nach: Sauer (wie Anm. 2), S. 31.

¹¹² Ebd. S. 35.

¹¹³ Bei der im *Amtsblatt für Kreis und Stadt Backnang* vom 7. Juli 1945 veröffentlichten Kurzmitteilung, daß Rienhardt am 3. Juni 1945 von Josef Schäfer als Landrat abgelöst wurde, handelt es sich meines Erachtens nach um einen Druckfehler, da die letzte mit Rienhardts Namen versehene Bekanntmachung eine Woche davor (also am 30. Juni 1945) in der vorhergehenden Amtsblattausgabe erschienen war. Demzufolge wäre entweder der 30. Juni oder der 3. Juli 1945 als Entlassungstermin Rienhardts zu vermuten. AB (7. Juli 1945).

¹¹⁴ Wenn nicht anders vermerkt, sind die nachfolgenden Angaben über Wilhelm Hörger dessen Personalakte auf dem Backnanger Rathaus entnommen.

¹¹⁵ Wo und wann Hörger Bürgermeister war, geht aus den dortigen Angaben jedoch nicht hervor.

¹¹⁶ Stadtarchiv Backnang (im nachfolgenden kurz StAB) Schülerarbeit (wie Anm. 8), S. 49.

¹¹⁷ Da das mir lediglich in der Schülerarbeit des Max-Born-Gymnasiums vorliegende (und aus dem Privatbesitz von Willy Rie-xinger stammende) Dokument weder datiert ist, noch an den dafür vorgesehenen Stellen von den Vertretern der Industrie, der Landwirtschaft, der Beamten und Angestellten, des Gewerbes und des Handels sowie des *Freien deutschen Gewerkschaftsbundes* unterzeichnet wurde, lassen sich keine Rückschlüsse ziehen, wer sich im einzelnen hinter dieser *antinazistischen Bevölkerung Backnangs* verbirgt. Religiöse Organisationen waren dagegen auffälligerweise von den Verfassern nicht als Unterzeichner ins Auge gefaßt worden. StAB Schülerarbeit (wie Anm. 8), S. 48 bis 50.

¹¹⁸ Ebd. S. 48.

¹¹⁹ Ebd. S. 48.

nam.¹²⁰ Als Landrat wurden Max Denker (Gewerkschaftssekretär in Stuttgart, z. Zt. Burgstall); Willy Riexinger (Kaufmann, Backnang) und Richard Pflüger (Studienrat, Backnang) vorgeschlagen, während als Bürgermeisterkandidaten Eugen Wohlfarth (Angestellter, Backnang); Karl Bauer (Studienrat, Backnang) und Eugen Beck (Landwirt, Backnang) in Frage kamen. Das Auffällige beider Vorschläge ist, daß mit dem späteren SPD-Landessekretär Max Denker und dem ehemaligen Backnanger KPD-Gemeinderat (1931 bis 1933) Eugen Wohlfarth zunächst jeweils zwei bereits politisch erfahrene und mehr oder weniger „links“ einzuordnende Männer an erster Stelle der Kandidatenlisten für die zu besetzenden Ämter standen, denen bisher politisch nicht in Erscheinung getretene, aber dennoch ihres Berufes wegen bekannte und in weiten Teilen der Backnanger Bevölkerung geschätzte Männer folgten. Im übrigen arbeiteten außer Riexinger, der das Wirtschaftsamt in Backnang leitete, auch Wohlfarth sowie die beiden Studienräte Bauer und Pflüger seit der Besetzung Backnangs für die dortige Stadtverwaltung, allerdings auf dem Wohnungsamt.¹²¹

Inwieweit man auf seiten der amerikanischen Militärregierung auf die Vorschläge einging bzw. in diesen einen Ansporn zum Handeln sah, ließ sich nicht feststellen, da wie gesagt das Abfassungsdatum des Briefes nicht zu ermitteln war und der am 16. Juni 1945 zu Hörgers Nachfolger bestellte Friedrich Tränkle bis zu diesem Zeitpunkt überhaupt nicht als möglicher Bürgermeisterkandidat zur Debatte gestanden hatte. Einzig der in einem Artikel der Backnanger Kreiszeitung¹²² aus dem Jahre 1966 anlässlich Wohlfarths Pensionierung nach über 20jähriger Tätigkeit auf dem Backnanger Rathaus auftauchende Hinweis, daß die Amerikaner ursprünglich doch den von einem 20köpfi-

gen Gremium gewählten Wohlfarth im Juni 1945 zum neuen kommissarischen Bürgermeister ernennen wollten, dieser aber Tränkle auf Grund dessen Englischkenntnissen den Vorrang ließ und sich mit dem Posten des Stellvertreters begnügte, könnte auf einen Zusammenhang mit der *Stellungnahme der antinazistischen Bevölkerung Backnangs zur Frage Landrat – Bürgermeister*¹²³ hindeuten. Nur ist mir von der Existenz eines derartigen Gremiums, das angeblich von der amerikanischen Militärregierung einige Wochen nach dem Einmarsch berufen worden war und das einen Querschnitt der damaligen Bevölkerung Backnangs bilden sollte,¹²⁴ weder aus meinen amerikanischen Unterlagen noch aus dem von mir eingesehenen deutschen Quellenmaterial (inkl. Wohlfarths Personalakte) etwas bekannt.

Sicher dagegen ist, daß der aus Großaspach bei Backnang stammende Friedrich Tränkle (geb. 1886) am 16. Juni 1945¹²⁵ von der amerikanischen Militärregierung in Backnang zum kommissarischen Bürgermeister der Stadt und Eugen Wohlfarth zu seinem Stellvertreter bestimmt wurde. Tränkle war zuvor von 1932 bis 1939 zunächst in Südafrika (in Pretoria) und danach im damaligen Portugiesisch Ostafrika, dem heutigen Moçambique (in Beira), als selbständiger Bauingenieur tätig, bevor er kurz nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zurück nach Deutschland kam, um sich nach Stationen in Frankfurt am Main und im belgischen Florennes in Backnang niederzulassen.¹²⁶ Am 19. Dezember 1945 ernannte die amerikanische Militärregierung Tränkle sogar zum kommissarischen Landrat in Backnang, nachdem der bisherige Amtsinhaber Josef Schäfer seines Amtes enthoben worden war, weil dieser laut amerikanischen Quellen¹²⁷ das Vertrauen seiner Mitarbeiter bzw. der Zivilbevölkerung verloren hatte.

¹²⁰ Ebd., S. 49f.

¹²¹ StAB Gemeinderatsprotokolle (13. Februar und 11. März 1946; im nachfolgenden kurz GRP); außerdem gehörte Pflüger später dem im August gebildeten *Beirat an* (GRP 6. September 1945), und Eugen Beck wurde im Januar 1946 für die CDU zum Gemeinderat gewählt AB (28. Januar 1946).

¹²² Backnanger Kreiszeitung (im nachfolgenden kurz BKZ, 14. Mai 1966).

¹²³ StAB Schülerarbeit (wie Anm. 8), S. 48.

¹²⁴ BKZ (14. Mai 1966).

¹²⁵ HStAS J 170/Bü 2, StAL EL 901/3 Bü 23 und StAB GRP (6. September 1945).

¹²⁶ StAL EL 901/3 Bü 23; weitere biographische Angaben zu Tränkles Person sind nicht möglich, da auf dem Backnanger Rathaus keine Personalakte „Tränkle“ existiert, nachdem dieser nur rund ein halbes Jahr bei der Stadt angestellt war.

¹²⁷ Historical Report (December 1945); RG 260 OMGWB 5/10-2/7/folder 1; nach übereinstimmenden Aussagen der von den Schülern des Max-Born-Gymnasiums befragten Willy Riexinger, Eugen Dietermann und Emil Erlenbusch soll Schäfer Auslagerungen Stuttgarter Familien veruntreut haben; StAB Schülerarbeit (wie Anm. 8), S. 47.

Gleichzeitig mit Tränkles Ernennung zum Landrat übernahm dessen seitheriger Stellvertreter Eugen Wohlfarth auf Erlaß des Landratsamtes das Amt des kommissarischen Bürgermeisters.¹²⁸ Wohlfarth war 1902 in Backnang geboren.¹²⁹ Nach dem Besuch der Volks- und Gewerbeschule arbeitete er von 1919 bis 1923 als Schreiner in verschiedenen Backnanger Betrieben. In Schloß Tienz bei Gera in Thüringen besuchte er 1924 die Heimvolkshochschule, kehrte aber noch im gleichen Jahr nach Backnang zurück und trat bei der Verbrauchergenossenschaft eine Stelle als Lagerist an. Zur Gemeinderatswahl 1928 kandidierte er erstmals für die KPD, ohne jedoch gewählt zu werden.¹³⁰ Doch schon bei seinem zweiten Anlauf drei Jahre später gelang ihm der Sprung in den Backnanger Gemeinderat.¹³¹ Nachdem Wohlfarth bereits im Januar und Februar 1933 aus *politischen Gründen* verhaftet worden war, beendete der Ausschluß der kommunistischen Gemeinderäte aus dem Backnanger Stadtparlament am 23. März 1933¹³² endgültig dessen kommunalpolitische Tätigkeit. Weitere Haftaufenthalte (im Juni 1933, Mai 1934, November 1939 und im August 1944) in Backnang und Stuttgart sowie im Konzentrationslager Welzheim folgten. Ebenfalls aus *politischen Gründen* kündigte man ihm im Dezember 1933 seinen Arbeitsplatz bei der Verbrauchergenossenschaft. In einer Backnanger Lederfabrik kam er schließlich nach knapp viermonatiger Arbeitslosigkeit Ende April 1934 zunächst als Arbeiter (und ab April 1943 bis Kriegsende als Angestellter) unter. Wohl nicht zuletzt auf Grund von Wohlfarths maßgeblichem Anteil daran, daß Backnang in den letzten Kriegstagen von größeren Zerstörungen (von den Sprengungen der Brücken einmal abgesehen) verschont geblieben war und kampflos den vorrückenden

Amerikanern übergeben werden konnte,¹³³ wurde er bereits einen Tag nach dem amerikanischen Einmarsch von Wilhelm Hörger zur Mitarbeit auf dem Backnanger Wohnungsamt aufgefordert. Im Juni 1945 durch die amerikanische Militärregierung zum Stellvertreter des kommissarischen Bürgermeisters Friedrich Tränkle beordert, ernannte ihn dieser am 23. August 1945 (rückwirkend zum 16. Juni 1937) mit der Amtsbezeichnung *Stadtamtmann* zum Beamten auf Lebenszeit und übertrug ihm die freie Stelle des Ratschreibers. Und nach dem pensionsbedingten Ausscheiden des Backnanger Standesbeamten versah Wohlfarth ab 16. Oktober 1945 zusätzlich auch dessen Aufgaben, da alle vier bisherigen Stellvertreter wegen ihrer Zugehörigkeit zur NSDAP entlassen worden waren.

c) Die ersten Maßnahmen der amerikanischen Militärregierung und die Situation für die Bevölkerung

Im Namen des von den Amerikanern zunächst zur Weiterführung seiner Amtsgeschäfte beauftragten Rienhardt wurden sofort nach dessen Bestätigung im Amt die ersten Aufrufe an die Backnanger Bevölkerung erlassen.¹³⁴ Diese sollte an ihren Häusern weiße Fahnen hissen, sämtliche Waffen (und Munition) auf der Polizei abgeben und sich an die Ausgangssperren von 19.00 bis 6.00 Uhr bzw. 9.00 bis 15.00 Uhr¹³⁵ halten. Selbst auf den Feldern hatte während dieser Verbotszeiten die Arbeit zu ruhen. Außerdem durften Zivilisten die Stadt nicht verlassen, wie im umgekehrten Falle niemand von draußen hereingelassen wurde, Straßen waren zu meiden, und die Banken wurden für zwei Tage geschlossen. *Je besser diese Vorschriften befolgt werden*, ließ sich der

¹²⁸ StAB GRP (27. Dezember 1945).

¹²⁹ Wenn nicht anders vermerkt, sind die nachfolgenden Angaben dessen Personalakte auf dem Backnanger Rathaus entnommen.

¹³⁰ MB (11. Dezember 1928).

¹³¹ MB (8. Dezember 1931).

¹³² StAB GRP (11. März 1946).

¹³³ Vgl. Kap. 2c.

¹³⁴ HStAS J 170/Bü 2 (Bericht Rienhardts).

¹³⁵ In der aus Anlaß zum 40-jährigen Kriegsende des Zweiten Weltkrieges in der Beilage der Backnanger Kreiszeitung *Unsere Heimat* (Nr.2/3 Mai 1985) veröffentlichten Reportage *Das Kriegsende hat viele Gesichter*. Wie Bürger von Backnang und Umgebung das Ende des Zweiten Weltkrieges erlebten, erinnerte sich eine Frau X. aus Backnang dagegen, daß die Ausgangszeiten zunächst auf jeweils zweimal eine Stunde pro Tag begrenzt waren. Später wurden die von einem Sirenenklon angezeigten Sperrzeiten in Backnang schrittweise ausgedehnt, und zwar spätestens ab dem 26. Mai 1945 auf 6.00 bis 21.00 Uhr (AB 26. Mai 1945) und auf 15.00 bis 22.30 Uhr (AB 4. August 1945). In der Landwirtschaft tätige Personen konnten sich außerdem auf den Bürgermeisterämtern Ausnahmegenehmigungen ausstellen lassen, um von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang auf den Feldern ihrer Arbeit nachgehen zu können. AB (30. Juni 1945).

Stadtbefehlshaber gegenüber Rienhardt vernehmen, *umso bald er werden sie aufgehoben*.¹³⁶

Eine erste Überraschung erlebte Rienhardt am Abend, als ihm bei seinem Gang durch die Stadt K(arl?) Kaelble¹³⁷ zusammen mit einem namentlich nicht genannten amerikanischen Offizier in einem Gefechtswagen begegnete und Kaelble ihm mitteilte, daß dieser Offizier ihn gerade zum Backnanger Bürgermeister ernannt habe. Rienhardt protestierte, woraufhin der Offizier Kaelbles Amtsbereich kurzerhand auf die Aspacher Vorstadt beschränkte, während er Rienhardt die Zuständigkeit für die restlichen Teile der Stadt zusprach. Da in Backnang aber letztlich niemand von dieser Verfügung Kenntnis genommen hatte, blieb sie nur Episode, und Kaelble kam nie zur Amtsausübung.¹³⁸

Der bis gegen 21 Uhr anhaltende Durchzug amerikanischer Truppen in Richtung Süden nach Schorndorf verlief diszipliniert und korrekt, ohne daß es zu einer Belästigung der Bevölkerung gekommen wäre. Ein Zwischenfall ereignete sich erst am nächsten Nachmittag (21. April 1945), als auf einen amerikanischen Offizier geschossen wurde. Jedoch blieb die von Rienhardt sofort nach dem Bekanntwerden der Tat erlassene Mitteilung an die Bevölkerung, bei der Ermittlung der Täter mitzuhelfen, ebenso erfolglos wie die Bemühungen der Polizei, die mit der *Abstreifung* eines bestimmten Gebietes (bis Sechselberg/Allmersbach) beauftragt worden war.¹³⁹ Auch der oder die Täter, die am 17. Mai 1945 in der Sulzbacher Straße an mehreren Stellen die Telefonleitung durchgeschnitten hatten, konnten nicht aufgespürt werden.¹⁴⁰ Die in der Folgezeit ohne *nennenswerte Zwischenfälle*¹⁴¹ verlaufenden weiteren Besatzungsmonate lassen diese Vorfälle allerdings als Ausnahme erscheinen, zumal der mittlerweile zum Landrat aufgerückte Rienhardt am 26. Mai die Kreisbevölkerung eindringlich vor unbesonnenen Handlungen

gegen die Anordnungen der Militärregierung oder vor Sabotageakten gewarnt und auf die Folgen für die übrige Bevölkerung hingewiesen hatte.¹⁴²

Displaced Persons

Weitaus mehr Schwierigkeiten bereitete die mit der Besetzung Backnangs einsetzende Freilassung der in Lagern internierten und bisher in diversen Industriebetrieben der Stadt beschäftigten Zwangsarbeiter. Ohne auf die vorhergehende Situation (d. h. während des Krieges) dieser sogenannten *Displaced Persons (DPs)* einzugehen, schildern die bei Kriegsende von Ausschreitungen und Plünderungen Betroffenen die damalige Situation wie folgt:

*(...) In abgewandelter Form aber erfüllte sich am Stammwerk das Schicksal aller Besiegten. Im Kriege heil davongekommen, wurde es durch Plünderungen und mutwillige Vernichtung schwer mitgenommen. Am 20. April 1945 war das Werk auf Besatzungsbefehl innerhalb einer Viertelstunde zu räumen. Drei Wochen lang durften Polen und Russen dann plündern und rauben, was nicht niet- und nagelfest war. Alle Safes wurden erbrochen, im Sitzungszimmer dienten die Bilder an den Wänden als Schießscheiben. Als sich die Werksleitung anschickte, den Wiederaufbau einzuleiten, hatten die Sieger auf diese Weise reinen Tisch gemacht. (...)*¹⁴³

Und Rienhardts Sicht der Ereignisse war diese:

*20. 4. 1945: (...) Die Ausländer (Gefangene, Arbeiter) treiben sich bereits auf der Straße herum und begehen Anmassungen und Ausschreitungen; sie dürfen nicht ins Lager gewiesen werden, sondern sind den Militärbehörden zu übergeben. (...)*¹⁴⁴

Was den *Displaced Persons* zuvor jedoch von deutscher Seite widerfahren war, läßt sich allenfalls aus einer Anordnung von Rienhardt vom 26. Mai errahnen, in der es u. a. heißt: (...)

¹³⁶ HStAS J 170/Bü 2 (Bericht Rienhardts).

¹³⁷ Carl Kaelble (1877 bis 1957) leitete zusammen mit seinem Bruder Hermann, der später (ab Januar 1946) für die CSV bzw. die CDU im Gemeinderat saß, die in Backnang ansässige Motoren- und Maschinenfabrik Kaelble.

¹³⁸ HStAS J 170/Bü 2 (Bericht Rienhardts).

¹³⁹ Ebd.

¹⁴⁰ Loderer, Klaus J.: Der Einmarsch der Amerikaner in den Kreis Backnang. In Backnanger Stadtarchiv. Mitteilungen und Berichte. Heft 3, 13. Jg. (1985), S. 5 bis 21; hier S. 18.

¹⁴¹ HStAS J 170/Bü 2.

¹⁴² AB (26. Mai 1945).

¹⁴³ Sachsthal, Kraft: Einhundertünfundzwanzig Jahre J. F. Adolff Aktiengesellschaft in Backnang/Württemberg 1832 bis 1957. Backnang 1957, S. 69.

¹⁴⁴ HStAS J 170/Bü 2 (Bericht Rienhardts).

Ausländer können nicht zur Arbeit gezwungen werden (...),¹⁴⁵ so wie dies wohl bisher gang und gäbe war. Da *laufend vom Tage der Besetzung ab Übergriffe, Diebstähle und Mißhandlungen Einheimischer durch die Insassen der in Lagern untergebrachten Ausländer vorkamen*,¹⁴⁶ gehörte die Bildung einer 60 bis 70 Personen umfassenden Hilfspolizei zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung ebenfalls zu einer der ersten Maßnahmen der Backnanger Militärregierung. Ihrem Eingreifen jedoch blieben enge Grenzen gesetzt, nachdem den Polizisten das Tragen von Waffen und nächtliche Streifengänge verboten worden waren.¹⁴⁷ Spätestens bis November 1945 hatte sich die Lage „normalisiert“, zumindest sprechen amerikanische Quellen¹⁴⁸ davon, daß sich die *Displaced Persons* im Kreis Backnang gesetzestreu (*law-abiding*) und friedlich (*orderly*) verhielten und es unter diesen nur eine Verhaftung auf Grund ungehörigen Benehmens (*disorderly conduct*) und dies auch nur wegen eines innerfamiliären Problems gegeben habe. Außerdem wußten die Amerikaner von keinen Verwüstungen durch *DPs* zu berichten.

Die nach ihrer Befreiung weiterhin in Lagern versammelten *DPs* hatten sich ebenso wie alle anderen Bewohner Backnangs an die bestehenden Ausgangssperren zu halten und mußten durch die Stadt verpflegt werden, *möglichst gut*, wie Rienhardt meinte, *dann kommen sie bald weg! – Das sind für die Stadt plötzlich große Sorgen* (...).¹⁴⁹ Im Verlauf des Jahres übernahm schließlich ein Team der unter dem Schutz der US-Armee gebildeten *United Nations Relief and Rehabilitation Administration* (UNRRA) die Versorgung (bis auf Kartoffeln und Gemüse) der beiden Backnanger Lager bei der Spinnerei Adolff und bei den Leba-Werken

(= Lederwerke Backnang), in denen zusammen 749 Polen campierten.¹⁵⁰ Hinzu kam eine nicht näher genannte Zahl an in der Umgebung lebenden Esten. Die von der UNRRA für nicht bewohnbar gehaltenen Lager machten einen von der Militärregierung unterstützten raschen Ausbau neuer Unterbringungsmöglichkeiten (u. a. auf der Bleichwiese) noch vor dem Winter notwendig, so daß der Backnanger Zivilbevölkerung der Auszug aus ihren Wohnungen (wie in Stuttgart oder Schwäbisch Hall zur Unterbringung von *DPs* geschehen) erspart blieb.¹⁵¹ Wie eine Umfrage ergeben hatte, wünschten rund 50% der polnischen *DPs*, in ihre Heimat zurückzukehren.¹⁵² Wie viele *DPs* jedoch von einem für den 30. November 1945 festgesetzten Repatriierungsangebot Gebrauch gemacht haben, ist nicht überliefert. Der bis März 1946 erfolgte Abtransport der Polen¹⁵³ bedeutete für Backnang allerdings keineswegs das Ende dieses Problems, denn wie das Württembergische Zeitecho/Backnanger Nachrichten im August 1948 meldete, warteten zu diesem Zeitpunkt noch immer 600 zumeist jüdische *DPs* (v. a. aus Polen, der Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien und Ungarn), die seit dem Sommer 1946 im ehemaligen Backnanger Lehrerseminar untergebracht waren, auf eine Ausreisegenehmigung vorrangig nach Palästina oder in die USA.¹⁵⁴ Im übrigen beschränkten sich die verübten Plünderungen und Diebstähle nicht allein auf *DP-Kreise*. Auch in den Reihen der deutschen Zivilbevölkerung ließ sich ganz allgemein ein *betrüblisches Absinken* der Moral wahrnehmen, wie die gestiegene Kriminalitätsrate oder die nach Kriegsende erschreckend in die Höhe geschwellte Zahl an Geschlechtskrankheiten beweisen.¹⁵⁵ Den Hintergrund dafür bildeten

¹⁴⁵ AB (26. Mai 1945).

¹⁴⁶ HStAS J 170/Bü 2.

¹⁴⁷ Vgl. den Rechenschaftsbericht von Eugen Wohlfarth am Ende seiner kommissarischen Bürgermeisterstätigkeit in Backnang; StAB GRP (11. März 1946).

¹⁴⁸ Operations Report on Military Government Detachment H-50, First Report (3. November 1945); RG 260 OMGWB 5/10-2/7/folder 1.

¹⁴⁹ HStAS J 170/Bü 2 (Bericht Rienhardts).

¹⁵⁰ Operations Report on Military Government Detachment H-50, First Report (3. November 1945); RG 260 OMGWB 5/10-2/7/folder 1.

¹⁵¹ StAB GRP (11. März 1946; Rechenschaftsbericht Wohlfarths); vgl. auch Sauer (wie Anm. 2), S. 275.

¹⁵² Operations Report on Military Government Detachment H-50, First Report (3. November 1945); RG 260 OMGWB 5/10-2/7/folder 1.

¹⁵³ StAB GRP (11. März 1946; Rechenschaftsbericht Wohlfarths).

¹⁵⁴ WZE/BN (18. August 1948).

¹⁵⁵ StAB GRP (11. März 1946; Rechenschaftsbericht Wohlfarths, ohne daß darin konkrete Zahlen genannt werden), dafür liefert Wohlfarth jedoch Beispiele, daß v. a. von ehemaligen Parteigenossen handwagenweise Vorräte (z. B. Lebensmittel und Textilien) aus verschiedenen Lagern der Stadt für den eigenen Bedarf weggeführt wurden.

(zumindest was die Diebstähle anbelangt) neben der herrschenden Not die Auswirkungen der nationalsozialistischen Propaganda (ungefähr in dem Sinne, daß die Amerikaner die deutsche Bevölkerung berauben und ihr die Lebensmittel wegführen würde) sowie eine bei vielen Zivilisten weit verbreitete Auffassung,

daß es sich bei der damaligen Situation um einen gesetzlosen Zustand handelte.¹⁵⁶

Beschaffung von Unterbringungsmöglichkeiten

Kaum weniger problematisch dürfte die Beschaffung von Unterbringungsmöglichkeiten

OFFICIAL NOTICE

FOR THE COUNTY AND CITY OF BACKNANG
Approved of by the Military Government

A m t s b l a t t

für Kreis und Stadt Backnang
Erscheint mit Genehmigung der Militärregierung

1945

Backnang, den 26. Mai 1945 24.584

Nr. 1

Zur Einführung

Die erste Ausgabe des „Amtsblatts für Kreis und Stadt Backnang“ erscheint heute. Es wird voraussichtlich einmal wöchentlich erscheinen und die wichtigsten Mitteilungen des Landrats und der Bürgermeister für die Einwohnerschaft von Kreis und Stadt bringen. Damit ist dem dringenden Bedürfnis nach rascher und zuverlässiger Unterrichtung der Aemter und der Bevölkerung entsprochen.

Es ist gehoben und nützlich, das Blatt sogleich zu lesen und gewissenhaft zu befolgen.

Der Bürgermeister und die anderen Behörden und Ämter des Kreises können das Blatt für Bekanntmachungen und Anzeigen benützen, soweit dies Raum und Zeit zulassen. Zwischen der Einsendung und der Ausgabe des Blattes werden mehrere Tage verstreichen, was eilt, kann daher von auswärts nicht aufgenommen werden.

Das Blatt wird den Bürgermeistern zugestellt und kann bei ihnen in beschränkter Zahl unentgeltlich abgeholt werden; es wird außerdem in üblicher Weise angeschlagen.

Allgemeines

Allgemein ist über die augenblickliche Aufgabe der Gemeinden zu sagen:

In vorderster Linie steht die Förderung der landwirtschaftlichen Arbeiten. Es ist Aufgabe der Bürgermeistern, dem Bauern Arbeitskräfte, Zugtiere und Geräte zu vermitteln, insbesondere Arbeiter, die z. Zt. bei der Industrie nicht benötigt werden.

Durch meine Verfügung vom 1. Mai d. J. sind alle Lebusmittel im Kreise beschlagnahmt und ist ihre Ausfuhr verboten. Der örtliche Fleischbedarf ist nötigenfalls durch Beschlagnahme zu sichern. Die Ableitung von Getreide, Milch, Eiern hat wie bisher zu erfolgen. Schwarzschafeln und Schwarzschlächtern werden streng bestraft.

Antiküder können nicht zur Arbeit gezwungen werden. Wer nicht arbeitet, muß sich in das Lager in Backnang begeben, sie haben die Ausgabe einzuhalten. Gegen Ausschreitungen ist polizeilich einzuschreiten, sofern nicht die Besatzungstruppe zur Stelle ist. Nötigenfalls ist die Militärpolizei anzurufen. Unerschreitungen sind auf schnellstem Weg über mich an die Militärregierung zu melden.

Diebstähle und Plünderungen, sei es durch Militär oder Zivilpersonen, werden streng bestraft. Diebstähle durch Zivilisten sind polizeilich zu ermitteln und mir vorzulegen. Das gestohlene Gut ist zurückzugeben oder sicherzustellen.

Die Ausgabezeit ist 6–21 Uhr.

Die Geldstellen des Kreises sind wieder geöffnet. Man kann erwarten, daß die im Hause verwahrten Gelder nunmehr bei den Kassen des Kreises eingezahlt werden, damit die Geldnot aufhört und Notgeld unnötig wird. Alle Zahlungsverpflichtungen innerhalb des Kreises können nun wieder durch Scheck oder Ueberweisung ausgeglichen werden, was weiter der Einsparung von Bargeld dient.

Die im Kreis Backnang verfügbaren Fahrzeuge (Schlepper, Lkw., Pkw. und freie Gespannfuhrwerke) sind dem Bürgermeister und dem Landrat zu melden, da alle Fahrzeuge benötigt werden.

Die rechtzeitige Versorgung der Bevölkerung mit Brennmaterial, insbesondere die Beschaffung von Brennholz für die einzelnen Familien muß erste Sorge der Rathhäuser sein. Hier kommt in erster Linie die Selbsthilfe in Betracht (Sammlung von Leesholz, Aufbereitung des Holzes in Baumgütern und an Plätzen).

Freiwillige oder unbesonnene Handlungen gegen die Ordnung oder die Anordnung der Militärregierung, Sabotageakte, bringen die ganze Bevölkerung in größte Gefahr und führen zu Maßnahmen der Besatzung, die unsere bisherige Friedensarbeit stört, wenn nicht zerstört. Wer Verhaftungen begeht und wer Täter begünstigt oder nicht vorzeigt, ist Mitschuldiger und wird zur Verantwortung gezogen.

Kundmachung

Artikel I

Kraftfahrzeug-Beschränkung

Vom 1. Juni 1945 an darf niemand ein Kraftfahrzeug auf jeglicher öffentlichen Straße benützen ohne erst vorher eine Anmeldebescheinigung und die Zulassung von der Militärregierung erhalten zu haben, und nur insoweit als die Besetzung in des Grenzen der Zulassung stattfindet.

Gesuche für eine solche Anmeldung und Zulassung können beim Bürgermeister eingebracht werden.

Artikel II Strafen

Die Verstärkung dieser Kundmachung wird von dem Gericht der Militärregierung bestraft.

Im Auftrage der Militärregierung.

Wilde Fahrten

Ich mache darauf aufmerksam, daß die Benutzung von Wagen, die dem Lebensmittelverkehr dienen, vor allem der Milchbeförderung, für Fahrten nach auswärts, insbesondere nach Stuttgart, verboten ist und bestraft wird.

Der Landrat Dr. Riebardt

Straßenverkehr und Sauberkeit der Straßen

Die Militärregierung beanstandet das vielfache Herumliegen von Schutt und Trümmern, die von Sprengungen oder Kriegshandlungen herrühren, die Straßen und Gehwege sperren und den Verkehr stören. Ich ersuche, alsbald möglichst die Straßen, Gräben, Kandel und Böschungen in Ordnung zu bringen. Dazu gehört auch die allmähliche Zerschuttung bzw. Beseitigung der Splitterschutzgräben und Schutzleiber, die Ueberbleibsel der Panzerperren u. a.

Arbeitskräfte können aus allen Berufskreisen verpflichtet werden, wie auch Fahrzeuge, Geräte u. a.

Bis 10. Juni ist mir über den Stand zu berichten.

Den 22. Mai 1945

Der Landrat Dr. Riebardt

Anschlagstafeln

Bei der großen Zahl und der Wichtigkeit der Anschläge sind überall die notwendigen geeigneten Anschlagstafeln oder -taulen an bevorzugten Stellen anzubringen, z. B. die Tafel am Rathaus in Altbüttel.

Die Ordnung erfordert, daß veraltete Anschläge beseitigt werden.

Der Landrat.

Kartoffelkäfer

Das schon festgestellte Vorkommen des schädlichen Feldes unserer Erntebraug in verschiedenen Gemeinden des Kreises verpflichtet zu tatkräftigem Suchdienst wie seither. Ich ersuche, diesen unverzüglich durchzuführen mit dem Mitteln, die noch zur Verfügung stehen. Vorschriften und Verfahren wie seither.

Den 19. Mai 1945

Der Landrat Dr. Riebardt

Sämtliche männliche und weibliche Jugendliche von 13–19 Jahren der Stadt Backnang haben am Mittwoch, 30. 5. 1945 14 Uhr auf der Bleichwiese zu sein.

Kartoffelkäfersuchdienst

auszutreten.

Der Bürgermeister Högerer.

Besuche beim Landrat

Es mehrten sich bei zur Besuche von Kreisangehörigen von Rückgeführten, namentlich aus den kleineren Gemeinden, die Gesuche, Klagen, Beschwerden in Wohnungssachen, Kleiderversorgung u. a., auch neue und alte Streitigkeiten, vorbringen.

Es geht auch an, daß die Beteiligten, wenn der Bürgermeister nicht mehr weiter kommt, an den Landrat verwiesen werden, umso weniger, als die entscheidenden Tatsachen mir nicht bekannt sein können.

Ich ersuche, derartige Ablekungen zu unterlassen und verweise auf die Pflicht der Bürgermeister, zunächst zu versuchen, die örtlichen Angelegenheiten unter allen Umständen auszugleichen und sie in der Regel erst im Beschwerdeweg hierher gelangen zu lassen.

Im übrigen bin ich gerne bereit, Gesuche entgegenzunehmen und den Kreisangehörigen zu helfen, wenn mein Eintreten nötig ist.

Den 24. Mai 1945

Der Landrat Dr. Riebardt

Kreisbeauftragter für die Landwirtschaft

Ich habe Herrn August Seib, Landwirt, z. Zt. wohnhaft in Mittelbrüden, als Beauftragten für die Landwirtschaft des Kreises beim Landrat bestellt. Es obliegt ihm der Einsatz der landwirtschaftlichen Betriebsmittel, Geräte, Pferde, Wagen, die Vermittlung der Düngemittel, Saatgut, Gerbeständer u. a.

Künftig sind die in seinen Geschäftskreis fallenden Gesuche, Anträge und Beschwerden direkt bei ihm anzuzubringen, soweit es sich nicht um Angelegenheiten handelt, die in seiner Zuständigkeit fallen.

Die Anschrift ist: Backnang, Amtsbau-Zimmer 28, Den 26. Mai 1945

Der Landrat Dr. Riebardt

Die Abiagerung von MGII Innerhalb des Stadtgebiets

ist aus gesundheitlichen Gründen streng verboten. Bis die Müllabfuhr wieder durch die Stadt vorgenommen werden kann, hat die Einwohnerschaft ihre Abfälle jeder Art selbst auf die hierfür bestimmten Müllabfuhrplätze zu verbringen. Zuwiderhandlungen werden bestraft.

Backnang, den 22. Mai 1945

Der Bürgermeister Högerer.

Nächste

Tuberkuloseberatungsstunde

(auch Gasbrustfüllungen) am Montag, den 28. 5. 1945 im Gesundheitsamt Backnang, Pfingst-Alberstr. 18.

Ev. Kirche, Dreieinigkeitsfest, 27. Mai Backnang: 9 Uhr Pred., 10 Kinderzuteilung, 14 Christenlehre (Töchter). — Stelsbach: 9.30 Pred. — Mausbach: 14 Uhr Pred. — Ba. Di u. Do 7.30 Frühgottesd.

Herausgeber: Der Landrat in Backnang.
Druck: Buchdruckerei Fr. Stroh, Backnang

Abb. 6: Die erste „Amtsblattausgabe“ vom 26. Mai 1945 mit Bekanntmachungen der amerikanischen Militärregierung bzw. des Landratsamtes sowie der Bürgermeisterämter.

(bzw. Wohnräumen) für die amerikanischen Besatzungstruppen und das Backnanger Militärregierungspersonal gewesen sein. Da die Amerikaner nicht mit Deutschen unter einem Dach zusammenleben wollten (= Fraternisierungsverbot), mußten die eigentlichen Hausbewohner nach der Beschlagnahme ihrer Wohnungen diese meist in kürzester Zeit verlassen.¹⁵⁷ Von derartigen Beschlagnahmungen waren in Backnang die Fabrik- bzw. die Verwaltungsgebäude der Firmen Louis Schweizer bzw. der Fritz Häuser AG sowie das Bahnhofshotel, das ehemalige Lehrerseminar und eine Reihe von Villen oder Privatgebäuden in den Wohnbezirken der später umbenannten Yorck-, Bismarck- und Arndtstraße betroffen. Rund 50 Gebäude wurden auf diese Weise von den Besatzungstruppen besetzt.¹⁵⁸ Zum Teil konnten die ihrer Wohnungen verwiesenen Deutschen aber bereits nach 14 Tagen wieder zurückkehren, nachdem die Amerikaner mittlerweile in deutsche Kasernen umgesiedelt waren.¹⁵⁹ Außerdem wurde das Bürgermeisteramt angewiesen, alle möglichen Einrichtungs- und Gebrauchsgegenstände für Zwecke der Besatzungsmacht zu requirieren.¹⁶⁰ Die Hauptaufgabe eines wenige Tage nach der Besetzung gebildeten *Aktions- und Arbeitsausschusses* bestand deshalb zu einem großen Teil darin, die infolge der Brückensprengungen (aber wohl auch durch Beschlagnahmungen) obdachlos gewordenen Familien unterzubringen. Hierfür wurden die Wohnungen von evakuierten Parteigenossen (und teilweise deren Einrichtungen) durch einen Notar und Gerichtsvollzieher aufgenommen und zu Gunsten der Obdachlosen beschlagnahmt.¹⁶¹ Daneben betätigte sich der Aktionsausschuß *insbesondere als Bindeglied zwischen Besatzungsmacht und den deutschen Dienststellen.*¹⁶²

Einfaches Militärgericht

Verstöße gegen die Anordnungen der seit der Besetzung die oberste militärische und zivile Autorität in der Stadt und im Kreis wahrnehmenden amerikanischen Militärregierung wurden von einem ab dem 23. Mai 1945 regelmäßig mittwochs im Backnanger Amtsgericht tagenden Einfachen Militärgericht unter Vorsitz von Captain Burchell verhandelt.¹⁶³ Für schwere Fälle richtete man im Juli 1945 zusätzlich ein Mittleres Militärgericht als nächsthöhere Instanz ein.¹⁶⁴ An den im *Amtsblatt* veröffentlichten Verhandlungsterminen (bzw. -gegenständen) und den späteren Urteilen läßt sich ablesen, daß es sich bei den dort in den ersten Monaten zur Verhandlung gebrachten Vergehen zumeist um Übertretungen der Sperrzeiten oder um unerlaubten Waffenbesitz gehandelt hat. Die dafür ausgesprochenen Strafen reichten von 15 bis 250 RM oder wahlweise zwischen 5 und 10 Tagen Gefängnis (bei Vergehen gegen die Ausgangszeiten), während das Übertreten der Waffenbesitzbestimmung je nach Schwere des Falles mit 50 bis 250 RM bzw. mit 3-, 6- und 12monatigen (in besonders schwerwiegenden Einzelfällen sogar mit 5- bzw. 10jährigen) Gefängnisstrafen geahndet wurde.¹⁶⁵ Daß die Amerikaner dabei nicht nur in ihrem eigenen Sicherheitsinteresse handelten, beweisen wiederholt vorgekommene Unfälle, bei denen mit Feuerwaffen- oder Munitionsteilen spielende Kinder schwere oder tödliche Verletzungen davontrugen.¹⁶⁶ Freiwillig lieferten die Backnanger bis zum 1. Februar 1947 insgesamt folgende Waffen und Munition ab: 8 Gewehre, 6 Seitengewehre und Säbel, je 1 Luft-, Maschinen- und Jagdgewehr, 4 Pistolen, 1 Artilleriegeschloß, 1 Panzerfaust, 3 Eierhandgranaten, 1 HJ-Messer, 231 Schuß Gewehr-, 38 Schuß

¹⁵⁷ Vgl. u. a. *Bruder* (wie Anm. 61), S. 214.

¹⁵⁸ HStAS J 170/Bü 2 bzw. StAB GRP (11. März 1946; Rechenschaftsbericht Wohlfarths).

¹⁵⁹ Vgl. die *Erinnerungen* eines Herrn K., der damals in der Sulzbacher Straße gewohnt hatte und von der Räumung der Schweizerschen Fabrikgebäude und einigen umliegenden Wohnungen betroffen wurde; in der Beilage zur Backnanger Kreiszeitung: *Unsere Heimat* Nr. 2/3, Mai 1985 (wie Anm. 135).

¹⁶⁰ HStAS J 170/Bü 2.

¹⁶¹ Ebd.; darüber, wer diesem Ausschuß letztendlich angehörte oder wie viele Mitglieder er hatte, liegen keine Angaben vor; auch gibt es keine Anhaltspunkte dafür, daß dieser *Aktions- und Arbeitsausschuß* mit dem im vorherigen Kapitel angesprochenen *Gremium* (vgl. Kap. 3b) identisch ist, das Eugen Wohlfarth einige Wochen nach dem amerikanischen Einmarsch als künftigen Bürgermeister von Backnang vorgeschlagen bzw. gewählt haben soll. BKZ (14. Mai 1966).

¹⁶² HStAS J 170/Bü 2.

¹⁶³ AB (1. Juni 1945).

¹⁶⁴ AB (14. Juli 1945).

¹⁶⁵ Inwieweit das Strafmals anfänglich ergangener unberechtigt harter Urteile später von irgendwelchen Revisionsausschüssen aufgehoben oder herabgesetzt wurde, ist mir nicht bekannt.

¹⁶⁶ AB (30. Juni und 14. Juli 1945).

Kleinkaliber-, 5 Schuß Pistolen- und 1 Ladegurt Bordwaffenmunition.¹⁶⁷

Daneben bildeten Verfahren wegen unerlaubten Besitzes von amerikanischem Armeeeigentum eine dritte (anteilmäßig jedoch weit aus geringere) Gruppe der damals verhandelten Vergehen. Doch auch hier, sei es nun daß einem amerikanischen Soldaten von Jugendlichen die eiserne Feldration und Zigaretten gestohlen worden war, oder daß es sich bei dem entwendeten Diebesgut um 22,5 Liter Benzin aus amerikanischen Beständen gehandelt hatte, griffen die Amerikaner rigoros durch. Zwar setzte man mit Rücksicht auf das Alter der Jugendlichen deren Strafen auf 6 Monate zur Bewährung aus. Sie unterstanden aber während dieser Zeit der Aufsicht des Backnanger Fürsorgeamtes und wurden zur Arbeit auf dem Land herangezogen.¹⁶⁸ Der „Benzindieb“ dagegen wanderte gleich für fünf Monate hinter Gitter.¹⁶⁹ Nicht unerwähnt bleiben sollte – als Kuriosum am Rande – die Verurteilung von Erwin M. und Elisabeth S. aus Affalterbach, die im Zeitraum vom 25. Mai bis 29. Juni 1945 sechsmal wöchentlich *Klassenunterricht* mit mindestens vier Teilnehmern abgehalten und sich damit der *Förderung und dem Bestand einer öffentlichen Versammlung* ohne Erlaubnis der amerikanischen Militärregierung schuldig gemacht hatten.¹⁷⁰ In der Annahme, daß keine Propaganda betrieben worden war, erhielten beide Angeklagten nur geringe Strafen von jeweils 500 RM oder 50 Tagen Gefängnis, und jede Art von Unterricht, egal ob wissenschaftlicher oder musikalischer Natur, blieb bis auf weiteres verboten.¹⁷¹

Von den Bemühungen der amerikanischen Militärregierung, das in Backnang ansässige Amtsgericht wieder mit seinen Aufgaben zu betrauen, ist mir nur der für den 23. Juli 1945 auf 10.00 Uhr festgesetzte formelle Eröffnungstermin bekannt, an dem Captain Burchell als Militärregierungscommandeur die Verteidigung

des Vorsitzenden Dr. Jaritz und aller zugelassenen Rechtsanwälte und Notare vornehmen wollte.¹⁷² Jedoch hatte das Amtsgericht spätestens im Oktober 1945 wieder seine Pforten schließen müssen, nachdem von der auf amerikanischer Seite in der zweiten Jahreshälfte vehement betriebenen Entnazifizierungspolitik auch die bisher am Gericht beschäftigten Richter und Rechtsanwälte betroffen waren, so daß die Fälle der östlichen Kreishälfte vorübergehend beim Schwäbisch Haller Amtsgericht anhängig waren.¹⁷³

Beschränkte Informationsmöglichkeiten

Das Leben der vom Krieg heil davongekommenen Bevölkerung wurde in den ersten Nachkriegsmonaten neben den Schwierigkeiten bei der Versorgung menschlicher Grundbedürfnisse vornehmlich von privaten Sorgen bestimmt. Wo waren die als Soldaten oder Luftwaffenhelfer eingesetzten Ehemänner, Väter, Brüder oder andere Familienangehörige? Waren sie in Gefangenschaft geraten, gefallen oder befanden sie sich auf dem Heimweg? Auf diese Fragen eine Antwort zu erhalten, gestaltete sich angesichts der beschränkten Informationsmöglichkeiten zumeist als schwierig. Mit halbjähriger Verspätung erscheinende Todesanzeigen in den Amtsblattausgaben sind keine Seltenheit, da vielfach bereits heimgekehrte oder auf dem Nachhauseweg befindlichen Soldaten für viele zunächst die einzige Quelle darstellten, um an Nachrichten außerhalb des Kreisgebietes zu gelangen. Dies begann sich erst allmählich mit der von den Amerikanern am 3. Juni 1945 wieder aufgenommenen Ausstrahlung von Radio-sendungen zu ändern, die fortan die aus Bekanntmachungen und Anordnungen der Militärregierung, Nachrichten in deutscher Sprache und kurzen Musikeinlagen bestehenden Rundfunkprogramme für die Bevölkerung zum wichtigsten Informationsträger in allen Bereichen des öffentlichen Lebens werden

¹⁶⁷ Loderer (wie Anm. 140), S. 17.

¹⁶⁸ AB (15. Juni 1945).

¹⁶⁹ AB (7. Juli 1945).

¹⁷⁰ Ebd.

¹⁷¹ Mit Genehmigung der amerikanischen Militärregierung wurde der reguläre Schulunterricht in Backnang erst am 1. Oktober 1945 zunächst an den Volks-, Haupt- und Mittelschulen wieder aufgenommen, während der Unterricht an der Oberschule im Dezember 1945 einsetzte. AB (22. September und 24. November 1945).

¹⁷² AB (21. Juli 1945).

¹⁷³ Operations Report on Military Government Detachment H-50. First Report (3. November 1945); RG 260 OMCWB 5/10-2/7/folder 1.

Ihre Verlobung
beziehen sich anzulegen
Marianne Schüle
Paul Müller
Gäddorf Darmstadt
Heim September 1943

Als Verlobte grüßen
Hilde Kellermann
Reinhold Häußermann
Häußeln Borsigal
Kr. Schw. Hei. Oktober 1943

Kirchliches Hilfswerk
Die Not ist groß! Malt alle mit
Brüder Gaben für die Hungernden.
Friedens- und Obdachlosen!
(Häufige Gaben, Kleider, Schuhe,
Waschgeräte, Obst etc.)
Annehmliche Diätet. unserer Eingang,
jeden Dienstag und Donnerstag 2-5 Uhr.
Das Labor des Kirchlichen Hilfswerks
in der Stadt Backnang.

Praxis Dr. med. Fr. Zeller
wieder eröffnet.
Vertreter: Dr. med. A. Schaller
Sprechstunden Albertstr. 10 von 10-11
Mo.-Fr. 8-10 und 1-3 Uhr
Samstag 8-10 Uhr

Dr. med. Witzky
Facharzt für Frauenkrankheiten und Geburtshilfe
Sprechst. ab 15. Okt. 43 tagl. 9-10 und 18-16 Uhr
Samstags von vormittags.
Backnang, Weisser Str. 9 Nähe Krankenhaus.

Elisberg-Murr
Der Herr über Leben und
Tod hat meinen lieben Mann,
unsern guten Vater u. Groß-
vater

Albert Staab
nach langen geduldigem Lei-
den zu sich heimgeholl.
In stiller Trauer:
die Ostin: Pauline Staab
geb. Schwarzbeck
der Sohn: Albert mit Frau
Berle geb. Freylinger
mit Kindern und unserer
lieben Pauline.
Die Beerdigung fand am
4. Okt. statt.
Wir danken allen herzlich
für unseren lieben Entschie-
denen während seiner Krank-
heit und bei seinem Tode
Liebe erweisen haben.

Sulzbach-Murr
Am 28. 9. 43 verstarb mein
lieber Mann, unser lieber
Vater und Onkel

Heinrich Neff
Die Beerdigung fand am
Sonntag 30. 9. 43 statt.
Für die anwesende wehr-
tunde Teilnahme, für die
schönen Blumenpenden sowie
für die Begleitung zur letzten
Ruhestätte dankt herzlich
im Namen der trauernden
Hinterbliebenen
Luis Neff geb. Buch.

Backnang, 2. Okt. 1943
Rostau 91
Tiefbetrübt teilen wir allen
Verwandten und Bekannten
mit das unser lieber Sohn
und Bruder

Wolf Busch
geb. 9. 9. 59 (gest. 25. 9. 43
nach kurzer, heftiger Krank-
heit für immer von uns ge-
gangen ist.
Für die erweisene Teil-
nahme danken herzlich
die Eltern: Gustav Busch
mit Frau Gemile geb. Ott
die Brüder:
Carl und Halber Busch.

Backnang-Siebach
Für alle anwesende Liebe und
Anteilnahme beim Heidentod
unseres lieben

Eugen Heller
danken herzlich
die Eltern und die Schwester.

Marrhardt
Bei dem so schmerzlichen
Verluste unserer lieben, guten
Mutter.

Frau Julie Staib
danken wir von allen Seiten
in reichem Maße herzlichste
Teilnahme und überaus
blumenpenden entgegen-
nahmen, wobei wir herzlich
unsern Dank sagen.
Für die bewandten Anwe-
sungen: Karl Staib.

Marrbach
Für alle die Wollsten, die
mir bei der Heuerarbeit meines
geliebten Mannes aus der Ge-
fangenschaft und bei seinen
Heimwege erweisen wurden,
sowie ich heimlich im Heim-
einer Angehörigen meine
gefühltesten Dank aus.
Frau Agnes Käthe geb. Schick

Junger, Kräfteger
der die Bekannte erlernen will,
kann einziehen bei
Herrn Walter Bökler
Backnang, Schulstr. 19

Odenfliehen
Jungen
sind in die Leibe
Carl Dienbacher, Malermeister
Schillerstr. 5

Odenfliehen
Jungen
sind in die Leibe
Chr. Hieb, Söwener
Oppenweiler

Tischlereibetrieb
zu pachten oder zu kaufen
gesucht.
Otto Meier, Omünd,
Lindenhof 13

Tischlereibetrieb
im Kreis Backnang zu pachten
oder kaufen gesucht.
Karl Lämle, Sulzbach-Murr
Friedrichstr. 30

Glaserarbeiten
werden gut und sauber aus-
geführt durch
Wilhelm Mägen
Gipsmeister und Stukaturer
Maubach, Kr. Backnang

Privatgynäkologie
Frau Hilde Thomae
Stuttgart, Mühlstr. 77,
Spezial- u. Herz-Krankheiten,
Ermittlungen jeder Art,
Praxisstunden

Cello-Unterricht
erhältlich, geprüfter Musik-
lehrer. Angebot: Stuttgart-W.,
Oau-Str. 48.
Backnang, Albertstr. 10

2 Grebschmader
1 Damenschneider
1 Reparaturschneider
1 Nähhilfe
zu baldigem Eintritt gesucht.
Karl Fahrner, kleine Maß-
schneiderei Esslingen a/N,
Bahnhofstr. 2

Konzertflöte
zu kaufen gesucht.
Otto Hallstätter
Dauernberg, Pöhl Spinnenberg

Autoanhänger
250-400 kg Tragkraft zu kau-
fen gesucht.
Hans Lämle, Backnang,
im Bienengarten 14
3 kg schweres u. gutes elektr.
Schneiderbügeleisen
zu kaufen gesucht.
Willy Grund, Maßschneiderei
Lauten-Kocher

Dielehaltendes **Motorrad**
250 ccm sucht
Knecht, Gärdwand
Fridrichshof Str.

Damen-Fahrrad
und **Schreibmaschine**
zu kaufen gesucht.
E. Schweizer, Wallstraße

Kinderwagen
zu verkaufen.
Ottobild Stiglar
Oberbrüden, Hauptstr. 30

Kinderwagen
gut zu verkaufen.
Preis 30 Mark.
Herrich, Eugen-Adolf-Str. 9
Backnang

Unterhält.
Kindersportwagen
zu verk. Oaidorf, Kernstr. 7

Kinderschulbuche
und K.-Stiele, Or. 27-28
zu kaufen gesucht
Oaidorf, Kernstr. 7

Jackett
Hose und Mantel, Größe 172,
langer 1 Frau Schüle, Or. 45
von erlassenen feldstarb Ho-
telgeheim zu kaufen gesucht
Schmidt, Ludwigstr. 18

Laufsprecher
zu verkaufen
Marktstr. 46

Mosifaß
zu kaufen gesucht
Marktstr. 46

Briefmarken
kräftig und verkauft
Schäfer, Mühlengen a. M.,
Katholikenstr. 31
u. 21. Sulzbach a. Kocher
bei E. Knöbler

Bauschiffen
In meine kleine Landwirtschaft
gesucht, die malten kann, oder
Lust habe, dasselbe zu erlernen
Gottlieb Wolf, Fichtenberg

Mädchen
16-17jähr., sucht
Frau Ruth Fendt, (Eöble)
Backnang

Mädchen
Ordenfliehen
sucht unter 16 Jahren, sowie
Junges
für Landwirtschaft gesucht.
Frau A. Schreiner,
Dresselhof (Backnang)

Mädchen
oder Frau für einige Stunden
im der Woche gesucht
Waltersch, Str. 31 p.

Mädchen
für Haus- und Landwirt-
schaft sofort gesucht Orob. Nassach

Mädchen
27jähriges
sucht Stellung (sagt mehr auf
gute Behandlung als auf hohen
Lohn). Zu erfragen
Sulzbach Str. 39 p.

Mädchen
sucht Stelle in Gasthaus als
Bedienung, auch Mittags im
Haushalt. Näheres
Oberbrüden, 48 par.

Mädchen
Sucht für sofort erlernende
für Küche und Haushalt.
Adolf Wirtz, Murrhardt
Ehrlich, Heiliges

Mädchen
in eine Bäckerei nach Unter-
rückheim sofort gesucht.
Zu erfragen im
Löwen in Großesbach

Junges Mädchen
für Haus- und Landwirtschaft
bei guter Behandlung und
Burschen
sofort gesucht.
Max Hörmann,
Schönbrunn b. Orob.

Beres, Heiliges
Mädchen
welches malten kann im über-
gen aber als Zimmermädchen
eingesetzt wird und tüchtiger

Knecht,
der mit den nötigen Hilfskräf-
ten 25 Morgen Gutar bearbei-
tet, sofort gesucht.
Frau Marg. Knechtgen,
Erdingheim,
Kindchenhofstr. b. Backnang

2 Junge
Burschen
15-18jähr., für Landwirtschaft
gesucht.
Zu erfragen bei
Pfläher z. Traube, Brönning

Für meinen bauerlichen Haus-
halt suche ich tüchtige, kinder-
liebende

Bauschifferin
Barf Walter, Backnang
Alpenstr. 33

Wirtschafflerin
(Schleieramt), sauber, vorzuzie-
lung, sucht Stelle in heutigem
Haushalt.
Bitter, Backnang, Hasenhöhe 14
b. Walter

Junge Frau
sucht Beschäftigung von 8-10
Uhr abends. Bedienung bevor-
zugt. Karlsruh, 23 par.

Junge Frau
sucht Stelle in frauenlosm
Haushalt auf 1. Nov. Kreis
Waldingen bevorzugt.
Angabe an
Wilhelm Heilich, Fallbach-
Bahnhofstr. 47, Heilbronn

Aelierer Mann
für Ortensbeil bei guter
Bezahlung gesucht.
Seelhofweg 7

Suche sofort eine alleinstehen-
de, ordentliche, gesunde
Frau oder Fräulein
von Land oder Stadt im Alter
bis 40 Jahren, die in der Lage
ist, meinen Haushalt mit der
Zimmerarbeit zu führen. Bin
altm, Kriegsvater, zwack-
los, gesund und nötig habe
gutes Auskommen. Zu erfr. bei
E. Heitzell, Backnang,
Oberbrüden, 38 par.

Gesucht wird **Fräulein**
oder alleinstehende Frau, nicht
unter 25 Jahren, in frauenlosm
Haushalt, welche Erziehung
hat in aller vorbestanden
Maurarbeiten.
Wilhelm Hill, Erlstein

Bondschleifer
Schneider und
Schreinerlehrlinge
Können antreten bei
Wagner & Co. Möbelfabrik,
Großesbach

Gezetterfirmen
gesucht
für Spielwaren
Holzständer
Papierteller
Stapler
Schühlfel
Lederwaren
Oschenscherkel
Isolier- und
Papierwaren aller Art.
Angebote von Firmen, die auf
Dauerbeziehung Wert legen,
erheben an
Herrn Dr. Weimer, Großhandlung
Widdern (Jagst)

Je meine Mörtel
kann bis auf weiteres kein
Mörtel angeliefert werden.
Mörtel Stark, Ludwigstr.

Murrhardt
Bism zu 400
Gewinnmoppel
kann leicht in
Fingerring, Rechen, Rechner,
Rechenmaschine
F. Braunbeck
opf. 1000
MURRHARDT
Facklerstr. 10/11

Klavier
dringend zu kaufen gesucht
Herr Ludwig
Stuttg. Str. 122

Bettstelle
mit Kof zu kaufen gesucht
Müller, Oberbrüden

Schweißapparat
gebu., verkauft
Werr, Landmaschinen
Wieslmann

Brückenwaage
samt Gewicht, 1 20, Tragkr.
verkauft Preis, Stäge 36
Klein

Kochherd
sucht zu kaufen
Herr Frank Backnang
Stäge 38

Radio
von allen, bombenartig, Les-
ten zu kaufen oder herab-
gekauft
Stillich 18 p., rediz

Chaiselongue
zu kaufen gesucht
Stillich 18 p., rediz

Rohr tiefer
Or. 45, hal abzugeben
Magde Rumm, Oelweg 8

Wer fährt
in Bilde von Stuttgart nach
Backnang 1 Wagen Möbel und
Kisten
Alpenstr. 11

Dr. med. Hugo Schad
Backnang, Röllensweg 1, Fernsprecher Nr. 232

Ich habe mich als
Homöopathische Aertzin
für chronische Leiden
mit dem Orl. Hengstberg Post Kirchankirchweg
niederzulegen.
Sprechstunden Donnerstag 10-12 Uhr.
Keine Krankenkasse, sondern Privatbehandlung.
Frau Dr. med. Hilde Göbel-Schieber

Habe meine Praxis wieder aufgenommen
Dentist Hauber Unterbrüden
Sprechstunden tagl. von 9-12 und 3-6 Uhr
ausgenommen Sonntag.

Kindernähr- und Pflegemittel
Kur- und Stärkungsmittel
angeboten
Putz- und Scheuermittel
vorauswähl. kommende Woche eintrifft
Reformhaus Stroß, Backnang, Ed.-Breuninger-Str. 19

Wegen dringender Turlen an der Umpfanzation
Rathaus ist die
Stromzufuhr für die Innenstadt
am Sonntag, dem 7. 10. von vormittags 7.30 Uhr
bis nachmittags 18 Uhr unterbrochen.
Kraftwerk Allwürttemberg AG.

Kaule jede Menge
Quitten und Hagebutten
Benachrichtigung durch Postkarte erwünscht.
Heydt
HEINRICH WEDDICHEN-PLATZ-OBERRÖDEN-WÜRTEMBERG

Kreissägemaschinen
Schälmaschinen
Holzbearbeitungsmaschinen
Lieferi
Reparaturwerk Wielandsweller
Kraus Hall

Gestehen gegen I. und II. Hypotheken
Beschäft. und Personalkredite,
Fachmännische Beratung in allen Vermögensangelegen-
heiten, Bearbeitung von Kriegsschadensachen,
Kauf und Verkauf von Forstungen und Wertpapieren.
Kaufgesch. II. Hypotheken, Richard Bauer, Kraus-Str.
verlängert Hauptstr. Stuttgart-8, Herdweg 22

Buchführung
Neuanlage, regelmäßige Überwachung oder laufende
Eriedigung und Ordnung der Kustkände, Monats- und
Jahresabschlüsse, Bilanz- und Erfolgserrechnungen u. a.
ausführliche Rechnen, Briefverkehr, Verhandlungen
u. a. übernimmt und erledigt in zuverlässiger Weise
sicherung streng vertraulicher Behandlung nach Urtak-
sation.
Bruno Hasselachwerdt, Blombr. 15, Murrhardt

Kandels- und Gewerbetreibende
Sämtliche kaufmännisch. Arbeiten wie Buchführung
Bilanz, Steuerachen, Briefverkehr, Verhandlungen
u. a. übernimmt und erledigt in zuverlässiger Weise
Otto Müller, Waldrems
Eine Postkarte genügt und ich komme zu Ihnen.

Terrol Anstrich für Pappdächer
Karsan gegen Fäulnis der Kartoffeln
Agrimort Schneckenrot

Firma Karl Feuchl
Beurteilungshandlung, Backnang

Abb. 7: Beispiele für die in den „Amtlichen Nachrichten“ erschienenen Kleinanzeigen (Tausch- und Kaufgesuche etc.).

ließen.¹⁷⁴ Ab dem 28. Juli 1945 veröffentlichte auch das bisher auf amtliche Mitteilungen der Militärregierung, des Landrats, der Bürgermeister- oder anderer Ämter sowie auf eine Auflage von 5 500 Stück (bei rund 70 000 Kreisbewohnern) beschränkt gebliebene und mittlerweile in *Amtliche Nachrichten für den Stadt- und Landkreis Backnang* umbenannte ehemalige *Amtsblatt für Kreis und Stadt Backnang* vier-, fünfzeilige Kurznachrichten aus aller Welt.¹⁷⁵ Erste private Kleinanzeigen wie Kauf-, Tausch- und Werbeanzeigen, Stellengesuche oder Lehrstellenangebote sollten im September 1945 folgen, nachdem bereits mit der Ausgabe vom 11. August 1945 Familienanzeigen (Hochzeits-, Verlobungs-, Todes- und Vermisstenanzeigen) gedruckt werden durften.¹⁷⁶ Doch beendete eine von der Militärregierung für Württemberg-Baden wohl aus Gründen des Papiermangels erlassene Anordnung schon im Oktober 1945 bis auf weiteres die Veröffentlichung derartiger Privatanzeigen in den amtlichen Nachrichtenblättern.¹⁷⁷

Weitere Informationsmöglichkeiten bot der am 20. August 1945 zumindest auf Landkreisebene mit Einschränkungen wiedereinsetzende Briefverkehr, der es der Zivilbevölkerung erlaubte, wenigstens Postkarten zu verschicken, die dreimal wöchentlich verteilt wurden. Nur Regierungsdienststellen oder sonstigen amtlichen Stellen, religiösen Organisationen und wichtigen Industriebetrieben war es gestattet, geschlossene Briefe befördern zu lassen.¹⁷⁸ Eine Ausdehnung des Briefverkehrs auf das gesamte amerikanische Besatzungsgebiet in Württemberg-Baden erfolgte schließlich zum 1. Sep-

tember 1945,¹⁷⁹ zonenübergreifende Briefkontakte ließen jedoch auf sich warten.

Der in Backnang bis zum 17. April 1945 erschienene und in der Druckerei des DNVP-Ortsvorsitzenden Friedrich Stroh verlegte Murrthal-Bote, dessen überregionaler Teil vom Pressekonzern des DNVP-Reichsvorsitzenden Hugenberg geliefert worden war, konnte auf Grund Strohs rechtslastiger politischer Vergangenheit¹⁸⁰ erst 1949 wieder erscheinen, als die Amerikaner auf ihre Zulassungsbefugnisse u. a. im Zeitungswesen verzichteten und eine sogenannte *Generallizenz* erließen. Diese ermöglichte es nunmehr jedem nicht von deutscher Regierung oder den amerikanischen Militärbehörden mit einem Verbot Belegten, Zeitungen, Bücher, Zeitschriften etc. zu veröffentlichen, ohne dafür eine Sondergenehmigung einzuholen. Zuvor bot lediglich das ab dem 2. August 1947 auch im Landkreis Backnang zu beziehende und zunächst an zwei Tagen in der Woche (mittwochs und samstags) erscheinende *Württembergische Zeit-Echo* aus Schwäbisch Hall mit einer Seite *Backnanger Nachrichten* den Kreisbewohnern die Möglichkeit, sich schriftlich über die lokalen Ereignisse in ihrer nächsten Umgebung zu informieren.¹⁸¹

Das Ernährungsproblem und die Versorgung mit sonstigen Gebrauchsgütern

Was die Sicherung menschlicher Grundbedürfnisse anbelangt, stand das Ernährungsproblem bzw. die Versorgung mit sonstigen wichtigen Gebrauchsgütern an erster Stelle. So beschlagnahmte eine von Rienhardt bereits am

¹⁷⁴ Schwarzmaier, Hannsmartin und Herwig John: Die Informationsorgane: Presse und Hörfunk. In: Der deutsche Südwesten zur Stunde Null. Zusammenbruch und Neuanfang im Jahr 1945 in Dokumenten und Bildern. Hrsg. vom Generalstaatsarchiv Karlsruhe in Verbindung mit der Arbeitsgemeinschaft für geschichtliche Landeskunde am Oberrhein. Karlsruhe 1975. S. 193 bis 209; hier S. 194.

¹⁷⁵ Z. B. über Churchills Rücktritt (AB 28. Juli 1945), die Konferenz von Potsdam (AB 4. August 1945), den amerikanischen Atombombenabwurf auf Hiroshima (AB 11. August 1945) und die bedingungslose Kapitulation Japans (AB 18. August 1945) aber auch über den Tod Franz Werfels (AB 1. September 1945) oder die Verleihung des Goethepreises an den deutschen Physiker Max Planck (AB 8. September 1945).

¹⁷⁶ AB (11. August 1945).

¹⁷⁷ AB (27. Oktober 1945).

¹⁷⁸ AB (18. August 1945).

¹⁷⁹ AB (1. September 1945).

¹⁸⁰ Friedrich Stroh d. J. (1879 bis 1955) war u. a. mindestens seit 1919 Gemeinderat (1925 und 1931 wiedergewählt) und gehörte während des Dritten Reiches neben dem Ortsgruppenleiter Dr. Walter Stoppel, Paul Bareither (beide NSDAP) und Robert Kaess (über dessen Parteizugehörigkeit mir keine Angaben vorliegen) zu den 1935 erstmals vom *Beauftragten der NSDAP*, Kreisleiter Alfred Dirr, bestimmten vier (später drei) *Beigeordneten*. MB (15. Dezember 1919, 21. Mai 1925 und 8. Dezember 1931) bzw. *Schieferer* (wie Anm. 104), S. 170.

¹⁸¹ Hartmann, Florian: Die Parteien in Backnang am Ende der Weimarer Republik. In: Backnanger Jahrbuch, Bd. 3 (1995). S. 102 bis 118; hier S. 112; Sauer (wie Anm. 2), S. 425; 150 Jahre Backnanger Kreiszeitung. Murrthal-Bote. Backnanger Tagblatt. 19. März 1832 bis 19. März 1982. Jubiläumsausgabe 19/20, März 1982. S. 12f.; WZE/BN (2. August 1947).

1. Mai 1945 erlassene Anordnung alle Lebensmittel im Kreis und verbot deren Ausfuhr. Gegebenenfalls sollte der örtliche Fleischbedarf ebenfalls durch Beschlagnahmen gesichert werden. Milch, Getreide oder Eier waren abzuliefern, für Schwarzmahlen oder -schlachten drohten strenge Strafen.¹⁶² In den Gemeinden vorhandene Überschüsse an Frühkartoffeln wurden im Backnanger Wüwa-Lagerhaus eingelagert, ebenso die den Eigenbedarf übersteigende Raps- und Mohnerte.¹⁶³ Darüber hinaus galt es für die Bürgermeister, die Arbeit der Bauern mit allen erdenklichen Mitteln zu unterstützen und diesen entweder in der Industrie zur Zeit nicht benötigte Arbeiter oder Traktoren, Zugtiere, Getreidemähdrescher und andere Geräte zu vermitteln.¹⁶⁴ Vor allem auf Grund des Mangels an landwirtschaftlichen Arbeitskräften für die anstehende Heuernte mußten sich alle aus dem Krieg oder der Gefangenschaft zurückgekehrten Soldaten laut Verordnung der amerikanischen Militärregierung auf dem Backnanger Arbeitsamt registrieren lassen. Diejenigen, denen der Wiedereintritt in ihr früheres Beschäftigungsverhältnis versagt blieb, kamen sodann in der Landwirtschaft zum Einsatz.¹⁶⁵ Ab der am 23. Juli 1945 beginnenden Zuteilungsperiode durften Lebensmittelkarten an arbeitsfähige männliche Personen zwischen 14 und 65 Jahren nur noch ausgegeben werden, wenn diese eine Bescheinigung ihres Arbeitgebers vorlegen konnten. Den eben aus der Gefangenschaft Entlassenen wurde eine höchstens 14tägige Übergangsfrist eingeräumt, nach der sie eine Arbeit aufzunehmen hatten.¹⁶⁶ Zur Sicherung der Ernte und der Herbstarbeiten richtete sich eine erneute Meldeaufforderung am 14. Juli 1945 neben allen nicht anderweitig beschäftigten 14- bis 65jährigen Männern erstmals an 14- bis 45jährige, unverheiratete oder verwitwete Frauen ohne Kinder und eigenen Hausstand. Um die *Gemeinschaftshilfe* zu fördern, sollten jedoch persönliche (Arbeits-) Ver-

pflichtungen bei bestimmten Bauern untersagt bleiben bzw. Arbeitsweigerungen bestraft werden.¹⁶⁷ Aber auch Jugendliche unter 14 Jahren waren verpflichtet, sich am *Kartoffelkäfersuchdienst* zu beteiligen oder sich anderweitig nützlich zu machen (z. B. Holz zu sammeln). Eltern, die ihre Kinder davon abhielten, drohte die Einbehaltung von deren Lebensmittelkarten.¹⁶⁸ Kein Wunder, daß deshalb viele jedes Eckchen ihrer Gärten zum Anbau von Gemüse verwendeten, das *intensiv* bewacht werden mußte, um selbst ernten zu können. Ansonsten nutzten nicht wenige Backnanger die bald nach der Besetzung verlängerten Ausgangszeiten zu einem Gang auf das umliegende Land um sich dort für die zum Teil schon während des Krieges zugelegten Hühner und Hasen mit Heu und Gras zu versorgen und um für sich bei den Bauern der näheren oder fernen Umgebung Milch und Eier u. ä. zu erbetteln oder einzutauschen. Hausfrauen „hamsterten“ außerdem Zutaten für selbstgebackenes Brot, da den in den Bäckereien erhältlichen Backwaren auf Grund des allgemein bestehenden Mehlmangels Maismehl zugesetzt war.¹⁶⁹

Welches Ausmaß derartige „Landgänge“ angenommen hatten, läßt sich exemplarisch an dem von Landrat Schäfer im *Amtsblatt* wiederholt bemängelten Rückgang der Milchablieferung (bis zu 50% gegenüber den ersten Ablieferungswochen) und den von ihm angedrohten Gegenmaßnahmen zumindest erahnen.¹⁷⁰ Unterstützung fand Schäfers drastischer Maßnahmenkatalog, der von der gesamten Getreidebeschlagnahme schwarzmahlender Delinquenten über Mühlenschließungen bis hin zu Freiheitsstrafen (z. B. für Schwarzschlachtungen) reichte, bei der amerikanischen Militärregierung, die den Tauschhandel und den Schwarzmarkt durch eine Verfügung, wonach nicht mehr als vier Personen zusammenstehen oder gehen dürfen, einzuschränken bzw. zu unterbinden versuchte.¹⁷¹

¹⁶² AB (26. Mai 1945).

¹⁶³ AB (28. Juli 1945).

¹⁶⁴ AB (26. Mai und 14. Juli 1945).

¹⁶⁵ AB (8. Juni 1945).

¹⁶⁶ AB (7. Juli 1945).

¹⁶⁷ AB (14. Juli und 25. August 1945).

¹⁶⁸ AB (26. Mai, 1. Juni und 7. Juli 1945).

¹⁶⁹ Vgl. die *Erinnerungen* von Frau X. aus Backnang in: *Unsere Heimat* (wie Anm. 135).

¹⁷⁰ AB (7., 21. und 28. Juli 1945).

¹⁷¹ AB (25. August 1945).

Gebrauchsgüter konnten wie schon während des Krieges auch nach der Besetzung Backnangs nur mit vom örtlichen Wirtschaftsdienst abgegebenen Bezugsberechtigungskarten ausgegeben werden. Vor allem Spinnstoffe, Leder, Schuhe und Haushaltsgeräte galten als Mangelware, weshalb deren Verteilung auf die allerdingendsten Bedürfnisse der Verbraucher beschränkt blieb. Die den Einzelhandelsgeschäften bei Kriegsende verbliebenen Lagerbestände waren vor einer Wiedereröffnung der Läden zu inventarisieren und durften danach nur gegen eine Bezugsberechtigung an Endverbraucher abgegeben werden, wobei für die Versorgung von Neugeborenen extra ausgefertigte Säuglingskarten existierten.¹⁹² Im übrigen unterlagen Gewerbetreibende wie Metzger, Bäcker, Friseure, Schuhmacher, Schneider, Gärtner, Wirte etc. einer an Höchstpreise gebundenen strengen Preisauszeichnungspflicht. Zweisprachige Preislisten für nicht bewirtschaftete Waren in deutsch und englisch (für bewirtschaftete Artikel genügte deutsch) mußten an gut sichtbaren Stellen in den Geschäften angebracht werden.¹⁹³ Ergaben Preiskontrollen höhere Preise als die von der Preisaufsichtsabteilung der württembergischen Landesverwaltung für Wirtschaft festgelegten Sätze, hatten die Ertrappten mit empfindlichen Strafen bis hin zu Ladenschließungen zu rechnen.¹⁹⁴

Trümmerbeseitigung und provisorische Instandsetzung der Kriegsschäden

Ein weiteres nach dem Ende der Kämpfe anstehendes Problem betraf die Trümmerbeseitigung und die zumindest provisorische Instandsetzung der vorhandenen Kriegsschäden. Schon die erste Amtsblattnummer beinhaltete daher ein Ersuchen des Landrates an die Kreisbevölkerung, Straßen, Kandeln, Gräben und Böschungen in Ordnung zu bringen und Splitterschutzgräben oder Schützenlöcher zuzuschütten, nachdem die Backnanger Militär-

regierung die bisher wenig zügige Beseitigungspraxis der von Kriegshandlungen herrührenden Trümmer auf den Straßen und Gehwegen des Kreises bzw. der Stadt angemahnt hatte. Hierzu konnten Arbeitskräfte (ähnlich wie für die Landwirtschaft) aus allen Berufskreisen verpflichtet werden.¹⁹⁵ In Backnang selbst betätigten sich Betriebsbelegschaften und zwangsverpflichtete ehemalige Parteigenossen der NSDAP von Juli bis September 1945 mit der vom Stadtbauamt auf rund 250 000 RM veranschlagten Ausräumung der Überreste der am 20. April 1945 gesprengten Murrbrücken.¹⁹⁶ Wie zumindest Wilhelm Traubs Beispiel zeigt,¹⁹⁷ hatten hierfür aber auch eindeutig nicht der NSDAP Zugehörige vom Backnanger Bürgermeisteramt eine Vorladung erhalten. Das von Landrat Schäfer ab Montag, dem 27. August 1945, für alle industriellen und handwerklichen Betriebe erlassene Einstellungsverbot von männlichen Arbeitern zielte darauf ab, den Bedarf an vorrangig zwischen 17 und 45 Jahren alten Arbeitskräften für derartige Notstandsarbeiten wie die Behebung von Kriegsschäden, Brückenbauten, Eisenbahninstandsetzungen oder den Holzeinschlag zu sichern. Ausnahmen waren lediglich gegenüber zurückgekehrten ehemaligen Wehrmattsangehörigen erlaubt, wenn diese den Wunsch hatten, wieder in ihren alten Betrieb einzutreten. In jedem Falle mußte dafür ein anderes Belegschaftsmitglied, an erster Stelle ungediente Parteigenossen, für Notstandsarbeiten abgestellt werden.¹⁹⁸ So konnte noch im November 1945 der Eisenbahnverkehr auf der Strecke Backnang-Marbach freigegeben werden. Es folgten die Wiedereröffnung der Zugverbindungen von Backnang nach Neustadt (bei Waiblingen am 1. April 1946) bzw. nach Sulzbach/Murr (am 3. Juni 1946) im Norden bis ab dem 11. August 1946 der durchgehende Zugverkehr von Stuttgart-Hauptbahnhof über Backnang nach Hesselental (bei Schwäbisch Hall) möglich war.¹⁹⁹

¹⁹² AB (15. und 30. Juni 1945).

¹⁹³ AB (4. und 11. August 1945).

¹⁹⁴ Ebd.

¹⁹⁵ AB (26. Mai 1945).

¹⁹⁶ *Bomm*, Helmut; *Gerhard Fritz*; *Sabine Reustle* u. a.: *Backnanger Stadtchronik*. Backnang 1991. S. 186.

¹⁹⁷ Vgl. den politischen Lebenslauf von Wilhelm Traub (geb. 1914), einem der Mitbegründer der Backnanger SPD nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, der 1931 in die SPD eingetreten war (Quelle: SPD Ortsverein Backnang) bzw. StAB GRP (11. März 1946; Rechenschaftsbericht Wohlfarths).

¹⁹⁸ AB (25. August 1945).

¹⁹⁹ HStAS | 170/Bü 2.

Schwieriger gestaltete sich die Wiedererrichtung der gesprengten Backnanger Straßen- und Fußgängerbrücken, mit deren Instandsetzung bereits im Sommer 1945 begonnen wurde. Die Einweihung der als erstes neu erstellten Sulzbacher Brücke verzögerte sich jedoch bis zum 4. Juli 1947, da lange Zeit die erforderlichen Eisenträger nicht zur Verfügung gestanden hatten. An anderen Übergängen (Murrthalbrücke oder Brücke zur Mühle in Neuschöntal) dauerten die Instandsetzungsarbeiten zum Zeitpunkt der Umfrage (1948) des Württembergischen Statistischen Landesamtes an bzw. standen noch bevor (Eduard-Breuninger-Steg). Provisorische Behelfsbrückenkonstruktionen an der Aspacher oder der Schlachthofbrücke hielten so lange den Fußgänger- und Fahrzeugverkehr aufrecht.²⁰⁰

Transportproblem

Neben dem Mangel an Arbeitskräften bzw. an Baumaterial erschwerte das gleichfalls vorhandene Transportproblem die anstehenden Aufräumungs-, Ausbesserungs- und Wiederaufbauarbeiten. Alle im Kreis verfügbaren LKW, PKW, Schlepper und freien Fuhrwerke, die von den Requisitionen der abrückenden Wehrmachtseinheiten in den letzten Kriegstagen verschont geblieben waren, mußten daher nach Kriegsende umgehend dem Bürgermeister bzw. dem Landrat in Backnang zur Anzeige gebracht werden, damit diese über deren Einsatz verfügen konnten.²⁰¹ Eine in der gleichen Amtsblattausgabe²⁰² erscheinende Mitteilung der amerikanischen Militärregierung Backnangs kündigte darüber hinaus eine zum 1. Juni 1945 in Kraft tretende Bestimmung an, der zur Folge Fahrzeuge auf allen öffentlichen Straßen neben ihrer Anmeldebescheinigung auch eine Zulassung durch die Militärregierung benötigten und nur innerhalb der Grenzen dieser Zulassungserlaubnis betrieben werden durften. Die ebenfalls von den Amerikanern für alle Kraftfahrzeuge (mit Ausnahme von landwirtschaftlichen

Schleppern) vorgeschriebenen Fahrtenbücher sollten deren überhand nehmenden mißbräuchlichen Einsatz vorbeugen, der angesichts der angespannten Treibstoff- und Reifenlage nicht geduldet werden konnte.²⁰³ Selbst für die im Sommer 1945 einsetzenden Erntearbeiten standen den deutschen Behörden keine ausreichenden Kraftstoffkontingente zur Verfügung, so daß von der amerikanischen Militärregierung hierfür die Treibstoffzuteilung in Aussicht gestellt wurde.²⁰⁴ Die seit Ende Juli 1945 in den Backnanger Postgaragen in der Etwiesenstraße residierende Fahrbereitschaft übernahm schließlich die Verteilung der von den Amerikanern bereitgestellten Benzinvorräte.²⁰⁵ Des weiteren mangelte es an Reifen, Batterien und Ersatzteilen u. a. für schwere Lastkraftwagen, die in den ersten Nachkriegsmonaten angesichts des noch nicht wiederaufgenommenen Eisenbahnverkehrs die einzigen größeren Transportmöglichkeiten boten.²⁰⁶ Im übrigen waren Kraftfahrer dazu verpflichtet, ihre Fahrzeuge auf Fahrten nach außerhalb voll auszulasten und alle an der Straße stehenden Personen, die mitgenommen werden wollten, ohne Aufforderung eines Verkehrspostens mitzunehmen. Nicht voll ausgelastete LKW oder PKW, die von der Polizei gemeldet wurden, konnten im Wiederholungsfalle stillgelegt werden.²⁰⁷ Wie dem Rechenschaftsbericht²⁰⁸ des ersten nach Kriegsende gewählten Backnanger Landrates Karl Limbeck quasi als Bilanz des damaligen Verkehrswesens zu entnehmen ist, belief sich die Zahl der in seiner Amtszeit (von Juli 1946 bis Dezember 1947) in Omnibussen beförderten Fahrgäste auf ca. 73 000 Personen, was in etwa einmal der Gesamteinwohnerzahl des Kreises entsprach. Hinzu kamen 239 000 Tonnen an beförderten Gütern. Außerdem hatten die etwa 1 500 kreisweit zugelassenen Fahrzeuge 761 Reifen zugewiesen bekommen und zusammen mehr als 2,4 Mio. gefahrene Kilometer zurückgelegt (im Durchschnitt 1 600 km pro Fahrzeug). Und noch immer befanden sich

²⁰⁰ HStAS I 170/Bu 2.

²⁰¹ AB (26. Mai 1945).

²⁰² Ebd.

²⁰³ AB (7. und 21. Juli 1945).

²⁰⁴ AB (1. Juni 1945).

²⁰⁵ AB (28. Juli 1945).

²⁰⁶ Operations Report on Military Government Detachment H-50. First Report (3. November 1945); RG 260 OMGWB 5/10-2/7/folder 1.

²⁰⁷ AB (4. August 1945).

²⁰⁸ WZE/BN (8. Januar 1948).

die Straßen des Kreisgebietes nicht in bestem Zustand, da lediglich ein Drittel des für eine Unterhaltung und Ausbesserung benötigten Materials bereitgestellt hatte.

Wohnungsmarkt

Der auf Grund der Einquartierungen von amerikanischen Besatzungstruppen und durch die infolge Material- und Arbeitskräftemangels meist mühsam und nur behelfsmäßig zu behebbenden Kriegsbeschädigungen ohnehin beeinträchtigte Wohnungsmarkt in Backnang wurde durch die allmähliche Rückkehr der wenigen von den Nationalsozialisten evakuierten Familien und v. a. durch den laufenden Flüchtlingszustrom aus den übrigen Besatzungszonen zusätzlich strapaziert. Die ländliche Lage Backnangs, die eine einigermaßen befriedigende Ernährungssituation versprach, und die im Vergleich mit anderen Städten geringen Kriegsschäden ließen die Stadt zu einem Anziehungspunkt für zahlreiche Flüchtlinge oder entlassene Soldaten werden. Bis September 1945 war die Einwohnerzahl auf 12 989 Personen (inkl. 2 700 Evakuierten oder Flüchtlingen) gegenüber 11 601 Einwohnern, die vor Kriegsbeginn in Backnang wohnten, gestiegen, was rein rechnerisch einer Zunahme um 11,96% entsprach.²⁰⁹ Für die zusammengerechnet 3 784 Familien, von denen sich ungefähr 120 auf Wohnungssuche befanden, standen rund 2 900 Wohnungen (mit ca. 8 100 Räumen) zur Verfügung. Insgesamt fehlten 35 Ein-, 40 bis 50 Zwei-, 20 Drei-, 40 Vier- und 5 Fünzimmerwohnungen (also zwischen 240 bis 250 Zimmer) jeweils mit Küche.²¹⁰ Mit der Einschränkung des Wohnraums für aktive NSDAP-Parteifunktionäre, einer mit allen verfügbaren Mitteln geförderten Wiederinstandsetzung beschädigter Gebäude und der Errichtung von Barackenunterkünften bzw. Behelfsheimen, versuchte

man auf seiten der Stadt dem Wohnungsproblem zu begegnen.²¹¹ Bereits Anfang August 1945 war ein Zuzugsstopp erlassen worden, nachdem sich das städtische Wohnungsamt nicht mehr in der Lage sah, Neuzuziehenden eine Wohnungsmöglichkeit zu vermitteln.²¹² Außerdem bestand für Evakuierte die Möglichkeit, sofern diese in ihrem Heimatort eine Unterkunft nachweisen konnten, sich mit der Backnanger Fahrbereitschaft nach Heilbronn bringen zu lassen, um von dort die Weiterfahrt mit der Bahn anzutreten.²¹³ Eine erhoffte spürbare Entlastung des Wohnungsmarktes blieb allerdings aus.²¹⁴

Doch nicht allein für den Wohnungsmarkt bedeutete der rasche Bevölkerungsanstieg eine Belastung. Auch für die Lebensmittelversorgung bzw. die Versorgung mit Kleidern, Schuhen oder Haushaltsgegenständen führte die in den ersten zehn Nachkriegsmonaten um über 1 000 Normalverbraucher angewachsene Einwohnerzahl zu verschiedenen Engpässen, wenngleich die Situation im Ernährungsbereich weniger dramatische Ausmaße angenommen hatte und die Grundversorgung der Bevölkerung mit in Regie der Stadt eingelagerten Kartoffeln sichergestellt werden konnte.²¹⁵ Dennoch deuteten die im März 1946 vom Lebensmittelamt ausgegebenen 308 Krankenzulagen auf eine Verschlechterung des allgemeinen Gesundheitszustandes der Backnanger Bevölkerung gegenüber dem Vergleichszeitraum der 75. Zuteilungsperiode (29. April bis 26. Mai 1945), als nur 145 Kranke eine Sonderzulage erhielten.²¹⁶

Flüchtlinge aus Osteuropa

Als Ende Oktober 1945 die ersten Flüchtlinge aus Osteuropa die Stadt und den Landkreis erreichten, bekam Backnang die Auswirkungen einer mit der bedingungslosen Kapitulation des

²⁰⁹ StAB GRP (6. September 1945) bzw. Backnanger Stadtchronik (wie Anm. 196), S. 182; der scheinbare Widerspruch zwischen dem sich rechnerisch ergebenden Anstieg um nur 1 388 Personen und den tatsächlich hinzugekommenen ca. 2 700 Flüchtlingen und Evakuierten erklärt sich aus der Tatsache, daß Backnang 756 *Kriegsverluste* (= 447 Gefallene und 309 Vermißte; Backnanger Stadtchronik S. 186) sowie 53 zivile Opfer (s. o.) zu beklagen hatte. Hinzu kommen in Kriegsgefangenschaft geratene Backnanger, deren Zahl sich für September 1945 zwar nicht bestimmen ließ, von denen sich aber zu Jahresbeginn 1948 noch immer 280 ehemalige Soldaten in Gefangenschaft befanden. WZE/BN (31. Januar 1948).

²¹⁰ GRP (6. September 1945).

²¹¹ Ebd.

²¹² AB (11. August 1945).

²¹³ AB (28. Juli 1945).

²¹⁴ StAB GRP (11. März 1946; Rechenschaftsbericht Wohlfarths).

²¹⁵ Ebd.

²¹⁶ Ebd.

Deutschen Reiches einsetzenden und im Abschlußkommuniqué der Potsdamer Konferenz am 5. August 1945 nachträglich gebilligten, systematischen Vertreibung der in Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei und Jugoslawien aber auch östlich der Oder und Neiße²¹⁷ ansässigen deutschen Bevölkerung zu spüren. Allein für Nordwürttemberg-Nordbaden waren 500 000 dieser Ostflüchtlinge zur Aufnahme vorgesehen, die es über das ganze Land hinweg zu verteilen galt.²¹⁸ Die auf Backnang entfallende Flüchtlingsquote belief sich auf 2 000 bis 3 000 Personen, was gemessen an der Vorkriegseinwohnerzahl einem Bevölkerungszuwachs zwischen 17% und 25% entsprach.²¹⁹ Bis März 1946 fanden rund 600 Flüchtlinge in Backnang Aufnahme. Die Hauptschwierigkeit für die Stadt lag dabei in deren Unterbringung, denn trotz der inzwischen erfolgten Instandsetzung der beschädigten Häuser sowie des Ausbaus eines Behelfsheimes im Weissacher Weg, wo 16 Wohnungen entstanden waren, war keine fühlbare Erleichterung des Wohnungsmarktes eingetreten.²²⁰ Auch der Erwerb einer von der Firma Daimler im Rohbau fertiggestellten Wirtschaftsbaracke auf der Bleichwiese für 27 000 RM, bot nach dem Einbau von Wohnungen lediglich 10 bis 12 Familien eine Unterbringungsmöglichkeit.²²¹ Für die deshalb notwendig gewordene Unterbringung der Flüchtlinge in Privatunterkünften zeigte die Backnanger Bevölkerung jedoch wenig Verständnis. Ein auf Veranlassung Wohlfarths gegründeter Hilfsausschuß für die Flüchtlingsfürsorge, dem Vertreter verschiedener religiöser und politischer Organisationen der Stadt angehörten, verstand es dennoch, die Unterbringung der Flüchtlinge einigermaßen erträglich zu gestalten.²²² Auf Anordnung der Militärregierung wurde zusätzlich ein Wohnungsaus-

schuß gebildet, der sich aus Vertretern der verschiedenen städtischen Bauberufe, einem Angehörigen des Stadtbauamtes und dem Bürgermeister zusammensetzte.²²³ Die Aufgabe dieses Ausschusses bestand in der Ausarbeitung eines Planes zur räumlichen Unterbringung der Flüchtlinge, mit dessen Durchführung ein Backnanger Architekt beauftragt werden mußte, da das Stadtbauamt überlastet war. Dadurch, daß Backnang entsprechend einer Vereinbarung mit dem Landratsamt als letzte Kreisgemeinde belegt werden konnte, sah dieser Plan zunächst die Instandsetzung von sechs Durchgangslagern (inkl. den beiden ehemaligen DP-Lagern) in der Stadt für 1 140 bis 1 210 Personen vor, wobei die Aufnahmekapazität der einzelnen Lager zwischen 50 und 400 Plätzen schwankte. Erst an zweiter Stelle stand die Schaffung ständiger Unterbringungsmöglichkeiten. Hierfür sollte ein Teil dieser Durchgangslager ausgebaut werden. Dennoch kam man an einer Unterbringung der Flüchtlinge in Privatunterkünften nicht vorbei. Zu groß war deren Zahl, als daß die vorhandenen 1 600 bis 1 700 Personen fassenden und von allen Beiratsmitgliedern einmütig als Notbehelf betrachteten Massenquartiere ausgereicht hätten.²²⁴ In dem 1941 nach Backnang eingegliederten Steinbach führte die Einweisung von Flüchtlingen dabei zu erheblichen Spannungen, die im Rücktritt des dortigen *Anwalts* (als dem Gemeindevertreter gegenüber der Stadt Backnang) gipfelten.²²⁵ Über weitere Auseinandersetzungen in bezug auf Flüchtlingseinquartierungen liegen keine näheren Anhaltspunkte vor, was jedoch nicht heißen soll, daß es darüber hinaus keine weiteren Streitigkeiten mehr gab.

Ein Blick auf den Bericht des Backnanger Flüchtlingskommissariats über *Die Flüchtlings-*

²¹⁷ Für deren Vertreibung allerdings keine ähnliche vertragliche Regelung bestand; Sauer (wie Anm. 2), S. 235.

²¹⁸ Die nicht nach Potsdam eingeladenen Franzosen fühlten sich ob dieser Nichtberücksichtigung auch nicht an die dortigen Beschlüsse gebunden und verweigerten eine Zuweisung von Flüchtlingen in ihre Besatzungszone, zu deren Bestandteilen die südlichen Landesteile Badens und Württembergs sowie Hohenzollern zählten, Ebd. S. 235.

²¹⁹ StAB GRP (11. März 1946; Rechenschaftsbericht Wohlfarths).

²²⁰ Ebd.

²²¹ Ebd.

²²² Ebd., wer im einzelnen diesem Hilfsausschuß angehörte und mit welchen konkreten Problemen er zu kämpfen hatte, geht aus Wohlfarths Bericht jedoch nicht hervor.

²²³ Ebd.

²²⁴ StAB GRP (27. Dezember 1945).

²²⁵ StAB GRP (20. Juni 1946) und Schieferer (wie Anm. 104), S. 187f.

und Durchgangslager im Kreis Backnang²²⁶ zeigt, welchen Umfang der in den Landkreis gelangte Flüchtlingsstrom angenommen hatte und welche zusätzliche wirtschaftliche Belastung er für den Kreis bedeutete. Demnach betrug die Gesamtzahl der zwischen dem 1. Januar 1946 und dem 31. März 1947 in 25 Transporten durch die nunmehr fünf Durchgangslager des Kreises (2 in Backnang, je 1 in Murrhardt, Sulzbach und Gaildorf) geschleusten Flüchtlinge insgesamt 28 339 Personen.²²⁷

Dies entsprach in etwa der Hälfte der Einwohnerzahl des gesamten Kreisgebietes im Vergleich zu den bei der Volkszählung vom 17. Mai 1939 ermittelten Daten.

Ihren Höhepunkt erreichten die schon Ende Oktober 1946 einsetzenden (im Bericht des Flüchtlingskommissariats aber nicht berücksichtigten) und im November 1947 weitestgehend abgeschlossenen Transporte im Mai 1947 mit 4172 aufzunehmenden Personen (vgl. Abb. 9)

Headquarters, Military Community of
 71st Constabulary Squadron
 (Name of Community)
 Backnang

This is to certify that,
 GRETL FISCHER
 has been screened by the
 CIC
 Mr. Joe Sommers
 (Name)

Military Community on 27 September 1946
 (Date)

and may attend social functions in
 Backnang, 71st Con Squadron
 (Name of Community)

Roy M. Gramling
 ROY M. GRAMLING, Capt., Inf.
 (Officer Issuing Permit)

Gretl Fischer
 (Signature of Bearer)



Abb. 8: Dienstausweis von Gretl Fischer, später verheiratete Käfer. Sie arbeitete nach der Besetzung als Putzfrau bei der amerikanischen Militärregierung in Backnang. Im Krieg hatte sie in der Metzgerei und Wirtschaft Idler bei der Beköstigung von Fremdarbeitern mitgearbeitet und einem Holländer immer wieder Lebensmittel zukommen lassen. Als der Mann nach der Besetzung als Übersetzer bei der Militärregierung tätig war, holte er sie als Putzfrau.

²²⁶ Reports; RG 260 OMGWB 12/194-1/10/folder 2.

²²⁷ Hinzu kamen 4 293 Einzelpersonen, die aber nirgendwo sonst in die weitere statistische Aufschlüsselung des ungefähr im Oktober 1947 entstandenen Berichts eingeflossen sind. Ebd.

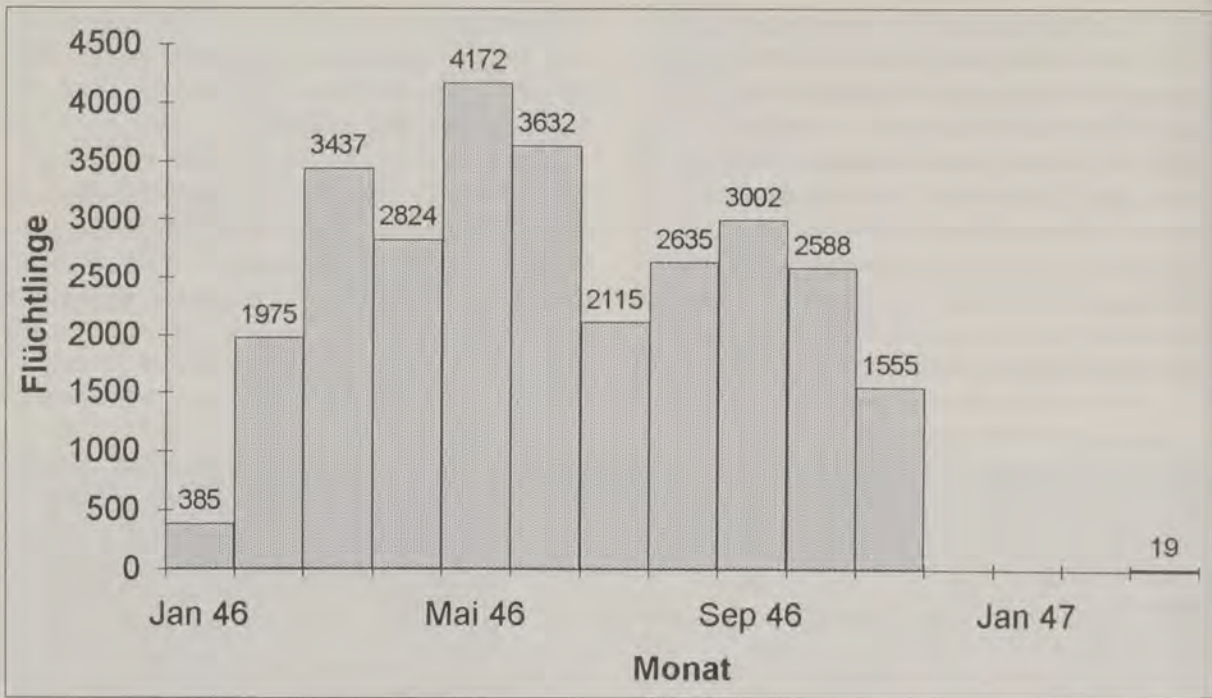


Abb. 9: Zahl der monatlich in Transporten durch die Flüchtlingslager des Landkreises Backnang geschleusten Ostflüchtlinge (Quelle: Bericht des Flüchtlingskommissariats Backnang, wie Anm. ²²⁶)

Von den 28 339 Heimatvertriebenen waren 12 418 (= 43,8 %) Frauen, 8 847 (= 31,2 %) Männer und 7 034 (= 24,8 %) Kinder, während

eine ihrem Alter entsprechende Aufteilung folgendes Bild ergibt:

bis zu 6 Jahren	7 bis 19 Jahre	20 bis 60 Jahre	über 60 Jahre
2 936	7 028	14 144	3 231

18 753 Flüchtlinge kamen aus der Tschechoslowakei, 8 577 aus Ungarn und 709 aus Bessarabien. Für die restlichen 300 Vertriebenen wurden die Nationalitäten ihrer Herkunftsländer nicht näher aufgeschlüsselt. Wie dem Bericht darüber hinaus zu entnehmen ist, betrug die (hier aus Platzmangel nicht näher unterteilte) Gesamtmenge der in den Lagern ausgegebenen Lebensmittel 573 983 kg (= 38 Eisenbahnwaggonladungen) im Wert von 821 571 RM (inkl. der Quartierkosten). Außerdem erhielten die Flüchtlinge 11 437 Textilien, 5 759 Paar Schuhe, 13 353 Einrichtungs- und 29 521 Gebrauchsgegenstände, deren Kosten sich auf 442 347,49 RM beliefen.

Knapp die Hälfte (= 14 104 Personen) der vorübergehend in den Durchgangslagern untergebrachten und von dort in die Kreisgemeinden und in andere Landkreise weiter transportierten 28 339 Ostflüchtlinge verblieb schließlich im Landkreis Backnang, und allein 3 121 (= 22,1 %) dieser sogenannten „Neubürger“ fanden in der Stadt selbst Unterkunft, so daß sich deren Bevölkerung gegenüber 1939 um 26,9 % erhöhte.²²⁶

Entnazifizierung

Ein letztes hier an dieser Stelle anzusprechendes Problem aus der Fülle der Nachkriegsschwierigkeiten betrifft die von den Amerika-

²²⁶ Statistik des Flüchtlingskommissariats Backnang über die Zahl der in den einzelnen Kreisgemeinden aufgenommenen Flüchtlinge (Stand: 14. Oktober 1947); Reports; RG 260 OMCWB 12/194-1/10/folder 1.

nen betriebene Entnazifizierung²²⁹ der deutschen Bevölkerung. Daß diese nicht sofort nach ihrem Einmarsch in Backnang damit begonnen hatten, zeigen die bereits oben erwähnten Beispiele der ersten Nachkriegsbürgermeister Rienhardt und Hörger, die beide 1937 der NSDAP beigetreten waren und erst im Juni 1945 aus ihren Ämtern entfernt wurden. Nach amerikanischen Angaben²³⁰ betrug die Zahl der bis Juli 1945 im Kreisgebiet aus ihren öffentlichen Stellungen enthobenen Nationalsozialisten 102 Personen. Außerdem waren 75 ehemalige Parteigenossen verhaftet und in Ludwigsburg inhaftiert worden.²³¹ Vier (zwei) frühere NSDAP-Mitglieder arbeiteten noch auf Landkreisebene (Landesebene), weil bis zu diesem Zeitpunkt keine qualifizierten Ersatzleute gefunden worden waren. Auf Grund der schnellen, energischen, strengen und von Major Burchell (als Chef der Backnanger Militärregierung) ohne jede Ausnahme betriebenen Entnazifizierungspolitik betrachtete man auf amerikanischer Seite bereits im November 1945²³² derartige Entlassungen aus öffentlichen Ämtern als abgeschlossen. Ebenso galten Handel, Industrie, Banken, Schulen, das Backnanger Arbeitsamt oder das Krankenhauspersonal als 100% entnazifiziert,²³³ so daß der Verfasser eines Inspektionsberichts über das Backnanger Detachment zu dem Schluß gelangte:

*The detachment (...) is doing an excellent job in the primary function of denazification. The hard, fast policy set by Major Burchell has a decided effect on the German officials. It has been carried through down the lowest level of civil administration. (...)*²³⁴

In Backnang selbst waren zwischen dem 30. Juni und dem 31. Oktober 1945 nach wiederholtem Drängen der Militärregierung alle städtischen Beamten und Angestellten, die der NSDAP angehört hatten, entlassen worden. Dafür wurden neun Kriegsbeschädigte auf den verschiedenen Ämtern neu eingestellt.²³⁵ Dennoch fehlte es der Stadt weiterhin an geeignetem Verwaltungsfachpersonal. U. a. konnte die damals dringend anstehende Fertigstellung der Rechnungsabschlüsse für die Jahre 1943 bis 1945 sowie die Aufstellung eines Haushaltsplanes für 1945/46 nur dadurch bewerkstelligt werden, daß Eugen Wohlfarth ein Gesuch an die amerikanische Militärregierung richtete, den von einer Entlassung betroffenen bisherigen Leiter des städtischen Rechnungsprüfungsamtes mit einer Ausnahmegenehmigung für diese Aufgaben verwenden zu dürfen, was von den Amerikanern auch bis zum 30. Juni 1946 erlaubt wurde.²³⁶

Noch weniger konkrete Informationen liegen über die direkten Auswirkungen in Backnang des am 26. September 1945 in kraft getretenen Gesetzes Nr. 8 der amerikanischen Militärregierung in Deutschland vor, mit dem die Entnazifizierung auf die Wirtschaft ausgedehnt werden sollte.²³⁷ Dieses Anfang Oktober 1945 zusammen mit den von der örtlichen Militärregierung für Backnang erlassenen Ergänzungen auch im *Amtsblatt*²³⁸ veröffentlichte Gesetz sah die sofortige Entlassung sämtlicher ehemaligen NSDAP-Mitglieder (bzw. Mitglieder von NSDAP-Gliederungen) aus allen leitenden Stellungen in Industrie-, Handels- oder Gewerbebetrieben vor, sofern diese vor dem 1. Februar 1942 in die Partei eingetre-

²²⁹ Wenn hier bisher nur am Rande von der auf amerikanischer Seite als eine der wichtigsten Aufgaben der Nachkriegszeit betrachteten Entnazifizierung die Rede war, so hat dies seinen Grund darin, daß mir zu diesem Themenkomplex die wenigsten konkreten Quellenangaben vorliegen. Weder konnten genaue Zahlenangaben über die Entlassungen von Beamten und Angestellten auf den diversen Backnanger Ämtern ermittelt werden, noch lag eine vergleichbare Statistik über die Entlassungspraxis bzw. den -umfang in der freien Wirtschaft vor.

²³⁰ SHAEF Military Government Questionnaire; RG 260 OMGWB 5/10-2/7/folder 1; mit Eingangsstempel 5. Juli 1945.

²³¹ Laut Umfrage des Statistischen Landesamtes standen die verhafteten PGs im Verdacht mit dem Werwolf zu sympathisieren, doch sollen sie bereits nach einigen Tagen wieder freigelassen worden sein. HStS J 170/Bü 2.

²³² Operations Report on Military Government Detachment H-50. First Report (3. November 1945); RG 260 OMGWB 5/10-2/7/folder 1.

²³³ Auf Grund des Ärztemangels durften einige der Entlassenen privat weiter praktizieren.

²³⁴ Operations Report on Military Government Detachment H-50. First Report (3. November 1945); RG 260 OMGWB 5/10-2/7/folder 1.

²³⁵ StAB GRP (11. März 1946; Rechenschaftsbericht Wohlfarths); wie viele Beamten und Angestellte von diesen Entlassungen betroffen waren, geht daraus allerdings nicht hervor.

²³⁶ Ebd.

²³⁷ Sauer (wie Anm. 2), S. 136.

²³⁸ AB (6. und 13. Oktober 1945).

ten waren. Lediglich einfache Arbeiter blieben von dieser Regelung unberührt. Um die Inanghaltung lebenswichtiger Betriebe jedoch nicht durch derartige Entlassungen zu gefährden, behielt sich die Backnanger Militärregierung das Recht vor, *Spezialisten* oder *Fachkräfte*, die kurzfristig nicht durch ähnlich qualifizierte Kräfte zu ersetzen waren, zumindest vorläufig nicht zu entlassen. Zusätzlich wurde im Einvernehmen mit dem Backnanger Wirtschaftsamt, dem ein gewisses Mitspracherecht hinsichtlich der zu entlassenen Personen zustand, zur ordnungsgemäßen Klärung aller mit dem Gesetz in Zusammenhang stehenden Fälle und Fragen ein *Wirtschaftskomitee* gebildet. Diesem gehörten Erich Faber (Rechtsanwalt), Dr. med. Walter Groß (praktischer Arzt), Eberhard Jetter (evangelischer Stadtpfarrer), Hermann Kaelble (Fabrikant), Willy Riexinger (Leiter des Wirtschaftsamtes), Carl Robitschek (Fabrikant) und Eugen Wohlfarth (Stadtamtmann und stellvertretender Bürgermeister) an. Mit Hilfe dieser integren Persönlichkeiten und unter Berufung auf die oben erwähnte Ausnahmeregelung für *Spezialisten* war es in Backnang zumindest nach Angaben der auf Riexingers Aussagen beruhenden Schülerarbeit²⁸⁹ anscheinend möglich, die *drohende Entlassung eines Großteils der Backnanger Belegschaft in den für Backnang wichtigen Betrieben* zu verhindern. Zumindest teilweise wird diese Aussage durch amerikanische Angaben²⁹⁰ gestützt, die davon berichten, daß die Ausführung des Gesetzes Nr. 8 nicht die von den Verantwortlichen in der Wirtschaft vorhergesagten katastrophalen Auswirkungen angenommen haben. Daß es aber durchaus zu Entlassungen oder Betriebsschließungen kleinerer Handwerkerbetriebe gekommen ist, zeigt der in Wohlfarths Rechenschaftsbericht²⁹¹ gefundene Hinweis, wonach es der Stadt schwerfiel, geeignete Handwerker zu finden, um die von der Militärregierung aufgetragenen Arbeiten ausführen zu lassen.

4. Der allmähliche Wiederbeginn des politischen Lebens

a) Der Beirat

Während in Württemberg vielerorts nach der Besetzung die Bürgermeister von den Amerikanern zunächst in ihren Ämtern bestätigt wurden, waren neben der Aufhebung der gesetzlichen Gemeindebestimmungen (v. a. der DGO) die nationalsozialistischen Gemeinderäte aufgelöst worden.²⁹² Deren Aufgaben erschöpften sich zuletzt in ihrer lediglich beratenden Funktion den Bürgermeistern gegenüber, seit die Einführung der *Deutschen Gemeindeordnung* 1935 das Führerprinzip auf die Gemeinden übertragen, die Stellung der Partei in den Gemeinden gestärkt und die Abschaffung von Wahlen eine aktive Mitwirkung der Bürger an der Gemeindeverwaltung ausgeschlossen hatte. In Backnang zeigt sich die Bedeutungslosigkeit der nach 1935 fortan vom *Beauftragten der NSDAP* ernannten *Ratsherren* schon allein an der Tatsache, daß diese am 13. Oktober 1944²⁹³ zu ihrer letzten Sitzung zusammengekommen waren, also lange vor dem Einmarsch der amerikanischen Truppen im April 1945.

Die in ihren Ämtern belassenen Bürgermeister waren ohne die Anweisungen deutscher Zentralbehörden in Anbetracht der anstehenden Aufgaben rasch überfordert und blieben auf die tatkräftige Mithilfe ihrer Mitbürger angewiesen. Diese bildeten ab Mai 1945 in vielen Orten sogenannte *Beiräte*, die sich ihren Stadtvorstehern beratend zur Seite stellten und oft als Bindeglied zwischen den Bürgermeisterämtern und der Bevölkerung bzw. zwischen den amerikanischen Militärregierungen und der Bevölkerung wirkten.²⁹⁴ Allerdings bereiteten diese jeder gesetzlichen Grundlage entbehrenden Formen der Bürgervereinigung

²⁸⁹ StAB Schülerarbeit (wie Anm. 8), S. 34.

²⁹⁰ Historical Report (November 1945); RG 260 OMGWB 5/10-2/7/folder 1.

²⁹¹ StAB GRP (11. März 1946; Rechenschaftsbericht Wohlfarths).

²⁹² Schieferer (wie Anm. 104), S. 200 bzw. Schnabel (wie Anm. 78), S. 612.

²⁹³ Schieferer (wie Anm. 104), S. 169.

²⁹⁴ Schnabel (wie Anm. 78), S. 612; wie bereits oben (S. 114) erwähnt, kam es auch in Backnang wenige Tage nach der Besetzung zur Bildung eines solchen Beirates (der in meiner Quelle (HStAS J 170/Bü 2) als Aktions- bzw. Arbeitsausschuß auftrat), über den mir jedoch keine weiteren Informationen als die bereits gemachten vorliegen.

den mittlerweile in Stuttgart (bzw. für die französische Besatzungszone in Tübingen) entstandenen Landesverwaltungen des Inneren einiges Kopfzerbrechen.²⁴⁵ Einfach abgeschafft werden konnten die Beiräte nicht, entsprachen sie doch einem weit verbreiteten öffentlichen Bedürfnis einer zwölf Jahre vorenthaltenen Beteiligung an der Gemeindeverwaltung. Im übrigen kamen sie ebenso den Interessen der amerikanischen Militärregierung entgegen, die in der Folgezeit in zahlreichen veröffentlichten Äußerungen²⁴⁶ immer häufiger den Wiederaufbau der Demokratie von unten nach oben propagierten. Also entschlossen sich die Verantwortlichen in den Stuttgarter und Tübinger Landesverwaltungen zum Schritt nach vorn und erließen am 22. August 1945 formal voneinander unabhängige Verordnungen, in denen es u. a. in bestem Behördendeutsch hieß:

Um diesem Bedürfnis nach öffentlichem Einfluß bis zu der Zeit, da die allgemeinen Wahlen wieder eine volle Selbstverwaltung der Gemeinden schaffen werden, Rechnung zu tragen, sieht sich die Landesverwaltung des Inneren dazu veranlaßt, den Bürgermeistern des Landes in gesetzlich tragbarem Rahmen auf Grund des § 106 der Deutschen Gemeindeverordnung (von 1935, T. 5.) Beiräte von einheitlicher Form beizugeben.²⁴⁷

Die mit diesen Verordnungen eine einheitliche Form erhaltenden Ausschüsse, Kommissionen oder wie auch immer genannten Beiräte stellten damit den *ersten Schritt zu einer Beteiligung der Öffentlichkeit am politischen Leben zumindest der Gemeinden dar.*²⁴⁸

Nach in Fichtenberg und Backnang am 13. Juli 1945 abgehaltenen Versammlungen der Bürgermeister, auf denen die wichtigsten anstehenden Tagesfragen, Aufgaben und Maßnahmen gemeinsam erörtert wurden, war den

Gemeinden des Landkreises Backnang von Landrat Schäfer bereits vor jenen Verordnungen die baldige Bildung von *Gemeinderäten* in allen Kreisgemeinden angekündigt worden.²⁴⁹ Die nach wie vor allein verantwortlichen Bürgermeister sollten gemäß Schäfers Vorstellungen *aus den Reihen der ehrenhaften, aufbauwilligen und verantwortungsbewußten Männer* einen vom Landrat zu bestätigenden *Gemeinderat* auswählen, der darüber hinaus auch der prozentualen beruflichen Zusammensetzung der Gemeindebevölkerung zu entsprechen hatte.²⁵⁰ Auf Veranlassung der Militärregierung wurde in Backnang von Bürgermeister Tränkle vermutlich im August 1945 ein derartiges Gremium gebildet, dessen zwölf Mitglieder sich am 6. September 1945 nach ihrer Bestätigung durch den Landrat mit Tränkle und seinem Stellvertreter Wohlfarth zu ihrer ersten Sitzung trafen.²⁵¹ Dieser ursprünglich mit *vorläufiger Gemeinderat* titulierte Ausschuß mußte entsprechend einem Erlaß des Landrates vom 14. September 1945 der Ordnung halber bereits auf seiner zweiten Sitzung im Oktober 1945 in *Beirat* umbenannt werden, da es sich bei ihm nur um eine beratende und keinesfalls um eine beschließende Körperschaft handelte.²⁵² An seiner Zusammensetzung änderte dies freilich nichts.

Über die Kriterien, die Tränkle seiner Auswahl zugrunde legte, oder sonstige Hintergründe der Ernennung einzelner Beiratsmitglieder ist (außer einer als obligatorisch anzunehmenden Nicht-NSDAP-Zugehörigkeit) nichts bekannt. Fest steht jedoch, daß Franz Hopfensitz (seit 1925), Rudolf Weiß (1925 bis 1931) und Eugen Häberlin (1928 bis 1933) vor der nationalsozialistischen Machtergreifung die KPD als Gemeinderäte im Backnanger Rathaus vertreten hatten.²⁵³ Ohne ein öffentliches politisches Amt während der Weimarer Republik

²⁴⁵ Schnabel (wie Anm. 78), S. 612.

²⁴⁶ Hier sind z. B. eine im Amtsblatt (11. August 1945) veröffentlichte Botschaft General Dwight D. Eisenhowsers und eine von Oberst William W. Dawson über Radio Stuttgart gehaltene und ebenfalls im Amtsblatt (1. September 1945) abgedruckte Rede zu nennen, in denen beide ausdrücklich neben der Ausrottung von Nazismus und Militarismus gleichzeitig den auf kommunaler Ebene beginnenden Neuaufbau eines demokratischen Deutschlands als eine der Hauptaufgaben der amerikanischen Militärregierung bezeichneten.

²⁴⁷ Schnabel (wie Anm. 78), S. 612.

²⁴⁸ Ebd. S. 612.

²⁴⁹ AB (21. Juli 1945).

²⁵⁰ Ebd.

²⁵¹ StAB GRP (6. September 1945); eine Mitgliederliste dieses zwölköpfigen vorläufigen Gemeinderats befindet sich im Anhang.

²⁵² StAB GRP (6. September bzw. 11. Oktober 1945).

²⁵³ MB (15. Dezember 1925, 11. Dezember 1928 und 8. Dezember 1931); Hopfensitz und Häberlin hatten darüber hinaus bereits bei den ihrer Wahl vorhergehenden Gemeinderatswahlen von 1922 bzw. 1925 für die KPD kandidiert, waren damals aber nicht gewählt worden. MB (12. Dezember 1922 und 15. Dezember 1925).



Abb. 10: Der Backnanger Kommunist Franz Hopfensitz und dessen Schwager, das SPD- und Gewerkschaftsmitglied Rudolf Weiß, im Kreis von Ehefrauen und Freunden etwa in den 60er Jahren.

bekleidet zu haben, gehörten Robert Ehret und der einer alten Backnanger SPD-Familie „angeheiratete“ Hermann Lachenmaier der SPD an. Beide waren ebenso wie Hopfensitz (zusammen mit etlichen anderen SPD- und KPD-Mitgliedern bzw. diesen Parteien nahestehenden Personen) bei einer von den Nationalsozialisten anlässlich der Ermordung eines Backnanger Wachtmeisters veranlaßten Razzia am 15./16. Mai 1934 aus politischen Gründen in *vorbeugende Schutzhaft* genommen und für jeweils rund drei Monate in das Ulmer Schutzhaftlager Kuhberg gebracht worden.²⁵⁴ Weit weniger glimpflich davon gekommen war der gleichfalls verhaftete, aber bis 1937 zunächst in Rottenburg und danach in Stuttgart inhaftierte Eugen Häberlin.²⁵⁵ Für alle übrigen Beiräte, von denen zumindest der Studienrat Richard

Pflüger seit der Besetzung Backnangs auf dem Rathaus ein und aus ging,²⁵⁶ lassen sich dagegen keine früheren Parteizugehörigkeiten nachweisen. Auf Grund der angegebenen Berufe (Fabrikant, Bäckermeister, Lederhändler, Studienrat, Kaufmann, Bauer) und ihrer zum Teil später erfolgenden parteipolitischen Betätigung für die CSV/CDU (Hermann Aichholz, Gotthilf Heller und Albert Kopp²⁵⁷) bzw. für die DVP (Matthäus Träg) sind in diesen jedoch eher Vertreter des bürgerlich-konservativen Lagers zu sehen, so daß eine an den Angestelltenverhältnissen orientierte Betrachtung des Beirates ein deutliches Übergewicht von sieben Selbständigen²⁵⁸ und zwei Angestellten gegenüber drei Arbeitnehmervertretern zeigt.

Der trotz seiner beratenden Funktion der ergänzenden Unterstützung des Bürgermei-

²⁵⁴ Heinz (wie Anm. 56), S. 181ff. bzw. *Doch die Freiheit, die kommt wieder*. NS-Gegner im württembergischen Schutzhaftlager Ulm 1933 bis 1939. Hrsg. vom Haus der Geschichte Baden-Württemberg. Stuttgart 1994. S. 70f. bzw. S. 74f. Für Hopfensitz war dies bereits der zweite, für die beiden SPD-Mitglieder jeweils der erste Haftaufenthalt.

²⁵⁵ Heinz (wie Anm. 56), S. 185.

²⁵⁶ StAB GRP (13. Februar 1946).

²⁵⁷ Albert Kopp [der mit dem späteren (ab 1946) CDU-Vorsitzenden in Backnang Wilhelm Kopp weder verwandt noch verschwägert war], kandidierte bei der ersten Gemeinderatswahl am 27. Januar 1946 zwar noch auf der SPD-Liste, wurde aber nicht gewählt. Bereits bei der zweiten Gemeinderatswahl im Dezember 1947 zog Kopp jedoch als Kandidat der CDU in den Backnanger Gemeinderat ein. AB (28. Januar 1946 und 13. Dezember 1947).

²⁵⁸ Unter der Voraussetzung, daß der Bäcker- bzw. Kaminfegermeister selbständig waren.

sters, gleichzeitig aber auch zu dessen Kontrolle dienende Beirat tagte zwischen September 1945 und Februar 1946 insgesamt sechsmal, d. h. in aller Regel einmal pro Monat. Lediglich im Dezember fanden im Hinblick auf die für Ende Januar in Württemberg-Baden angesetzten ersten Gemeinderatswahlen nach Kriegsende zwei Sitzungen statt. Dafür gab es im Januar keine Zusammenkunft. Die von einer konstruktiven und sachlichen Arbeitsweise zeugenden Beiratsprotokolle dieser Zeit lassen das Bemühen aller Beiräte zu einer parteiübergreifenden Zusammenarbeit deutlich werden, wobei sich die schon früher kommunalpolitisch engagierten Hopfensitz, Weiß und Lachenmaier als am aktivsten erwiesen. Doch ganz gleich, ob sich die Beteiligten, nur um einige Beispiele zu nennen, über den Stand der Aufräumungs- und Instandsetzungsarbeiten nach den Brückensprengungen oder über die Brennholzversorgung, die Wohnungsfrage in Backnang bzw. über die gegen die Wohnungsnot unternommenen Maßnahmen berichten ließen, ob sie weitere Unterausschüsse bildeten oder ob sie einstimmig die Gründung eines Hilfskomitees für Ostflüchtlinge ins Leben riefen, ob sie die Eröffnung von städtischen Wärmestuben anregten oder die Aufstellung einer vom Bürgermeister gekauften Baracke zur Unterbringung der Flüchtlinge berieten, ob sie sich für die Beibehaltung der Gemeindepolizei entschlossen oder für die Gemeinderatswahl einen Wahlausschuß und die Zahlen der in den einzelnen Teilgemeinden Backnangs zu wählenden Gemeinderäte bestimmten, die zumindest theoretisch als Beratungen gedachten Beiratssitzungen unterschieden sich in der Praxis damit kaum von späteren Gemeinderatsitzungen. Und daß die Beiräte bei ihrer Arbeit auch selbst von den gleichen Problemen betroffen waren, über die sie debattierten, zeigt das Beiratstreffen vom 11. Dezember 1945, als man in das Nebenzimmer der Gaststätte „Storchchen“ ausweichen mußte, weil der große Ratssaal nicht beheizbar war.²⁵⁹

b) Die Wiederzulassung von Parteien und die Bedingungen der politischen Arbeit

Nachdem die sowjetische Militäradministration schon im Juni 1945 die Gründung antifaschistischer Parteien innerhalb des von ihr verwalteten Besatzungsgebietes erlaubt hatte, zogen die westlichen Besatzungsmächte im Verlauf des Jahres mit ähnlichen Genehmigungen nach.²⁶⁰ Doch trotz der im Schlußkommuniqué der Potsdamer Konferenz für alle Zonen festgelegten Richtlinien für die (Wieder-)Gründung politischer Parteien kam es selbst in den drei Westzonen zu keiner einheitlichen Politik in der Frage der Parteilizenzierungen. Insbesondere auf amerikanischer Seite war man äußerst beunruhigt darüber, daß es namentlich kommunistischen Kräften gelingen könnte, die völlige politische Apathie, in der sich die deutsche Bevölkerung nach der totalen Niederlage befand, auf irgendeine Weise für ihre Zwecke auszunutzen. Einer solchen Entwicklung sollte mit der baldigen (Wieder-)Zulassung demokratischer Parteien entgegengewirkt werden.²⁶¹ So verkündete eine im Backnanger *Amtsblatt* bereits neun Tage nach Abschluß der Potsdamer Verhandlungen veröffentlichte Mitteilung General Eisenhowers der Kreisbevölkerung die Erlaubnis der amerikanischen Militärregierung in Deutschland, sich in Kürze (wenngleich lediglich auf lokaler Ebene) politisch betätigen zu dürfen.²⁶² Eine Direktive der amerikanischen Kommandobehörde *US Forces European Theater* (USFET) vom 27. August 1945 schließlich gestattete es den örtlichen Militärbehörden, die Organisation und Betätigung politischer Parteien auf Kreisebene zu genehmigen.²⁶³ Daß in Backnang dabei (wie andernorts auch) zunächst die beiden Arbeiterparteien KPD und SPD an die Öffentlichkeit traten, erscheint angesichts der während der Weimarer Republik ausgebildeten straffen Parteiorganisation beider Gruppierungen wenig verwunderlich. Im Gegensatz zur später neugegründeten CSV

²⁵⁹ StAB GRP (11. Dezember 1945).

²⁶⁰ Overesch (wie Anm. 27), S. 73 und S. 79.

²⁶¹ Sauer (wie Anm. 2), S. 98f.

²⁶² AB (11. August 1945).

²⁶³ Dähn, Horst: SPD im Widerstand und Wiederaufbau (1933 bis 1952). In: Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte. Von den Anfängen der Arbeiterbewegung bis heute. Hrsg. von Jörg Schadt und Wolfgang Schmierer. (= Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württemberg; Bd. 3) Stuttgart, Berlin, Köln u. a. 1979. S. 192 bis 232; hier S. 220.

bzw. CDU konnten sich KPD und SPD auf frühere Parteimitglieder stützen, deren persönliche Kontakte zueinander – unterstützt durch den Kleinstadtcharakter Backnangs – auch unter der nationalsozialistischen Diktatur nie gänzlich abgebrochen waren.

Bereits am 14. September 1945 fand in Backnang auf Initiative der KPD die erste politische Veranstaltung seit Kriegsende statt.²⁶⁴ Nach einigen einleitenden Worten des stellvertretenden Bürgermeisters Eugen Wohlfarth sprach der 51jährige ehemalige Maschinenschlosser Albert Buchmann²⁶⁵ (KPD) über seine langjährige Leidenszeit während des Dritten Reiches in verschiedenen Konzentrationslagern und den nunmehr anstehenden dringendsten Problemen der Nachkriegszeit. Buchmann vertrat dabei die Auffassung, daß sich die beiden früheren führenden sozialistischen Parteien SPD und KPD nicht bekämpfen dürften, sondern sich im Gegenteil zusammenschließen müßten, um die Trümmer der nationalsozialistischen Diktatur gemeinsam zu beseitigen. Eindringlich wandte er sich an die Jugend, sich an diesem Wiederaufbau Deutschlands zu beteiligen. Im übrigen warnte er vor einer mechanischen Entfernung aller ehemaligen NSDAP-Parteimitglieder aus ihren Berufen und plädierte für eine Trennung zwischen aktiv tätig gewordenen Volksgenossen und den von ihm so bezeichneten *Muß-PCs*, denen er zwar keine Achtung, aber immerhin menschliches Verständnis entgegenbrachte. Die rund 800 anwesenden Zuhörer verabschiedeten Buchmann mit viel Applaus, von Wohlfarth zur Diskussion aufgefordert, fand sich jedoch niemand zu einer Stellungnahme bereit. Das Recht auf

freie Meinungsäußerung war für viele noch gewöhnungsbedürftig.

Dem zwei Wochen nach dieser Veranstaltung vom Beiratsmitglied Hermann Lachenmaier²⁶⁶ bei der Backnanger Militärregierung eingereichten Antrag auf Wiederzulassung der SPD entsprachen die Amerikaner zusammen mit dem zwischenzeitlich gleichfalls eingegangenen Gesuch der KPD am 6. November 1945.²⁶⁷ Diese zunächst auf Widerruf erteilten Genehmigungen waren mit einer ganzen Reihe von Bedingungen²⁶⁸ verknüpft, an die sich die Parteien strikt zu halten hatten, wollten sie die Erlaubnis ihrer politischen Betätigung nicht entzogen bekommen. U. a. mußten dem örtlichen Hauptquartier der Militärregierung halbmonatliche eidesstattliche Finanzberichte über die empfangenen und ausgegebenen Gelder vorgelegt werden. Darüber hinaus wurden die Vorsitzenden angewiesen, alle Veränderungen innerhalb der Partei, sei es in Personalangelegenheiten, sei es im Sitz der Parteileitung oder sei es in der Zusammensetzung der Statuten sofort zu melden. Umzüge politischer Parteien blieben generell verboten. Ebenso war es Parteimitgliedern untersagt, Uniformen, Abzeichen oder Armbinden zu tragen. Hielten es die Verantwortlichen der Militärregierung für angebracht, mußten freie Abstimmungen aller eingetragenen Parteimitglieder über den Parteivorstand bzw. das Parteiprogramm anberaumt werden. Betätigten sich die Parteien nach ihrer Genehmigung militaristisch, undemokratisch und den alliierten Interessen widersprechend oder gefährdeten sie die militärische Sicherheit und die Aufrechterhaltung der Ordnung, konnten die gegebenen Zustimmungen jederzeit

²⁶⁴ AB (22. September 1945).

²⁶⁵ Buchmann gehörte seit 1919 der KPD an, die er als Parteisekretär für Südbaden von 1924 bis 1933 im Reichstag vertrat. Während des Dritten Reiches war er zwölf Jahre in verschiedenen Konzentrationslagern inhaftiert. Nach Kriegsende leitete er zusammen mit dem freiberuflichen Journalisten Julius Schätzle die Stuttgarter KPD. Außerdem stand er der Wohlfahrtsabteilung im Landesinnenministerium als Direktor vor. *Borsdorf, Ulrich und Lutz Niethammer* (Hrsg.): *Zwischen Befreiung und Besatzung. Analysen des US-Geheimdienstes über Positionen und Strukturen deutscher Politik 1945*. Wuppertal 1976, S. 159 u. 258f.

²⁶⁶ Hermann Lachenmaier (geb. 1896) war der Schwiegersohn des prominenten Backnanger Sozialdemokraten Emil Erlenbusch (1871 bis 1944; 1904 Gründer des *Spar- und Konsumvereins* in Backnang, zw. 1910 bis 1932 Gemeinderatsmitglied, davon zw. 1919 und 1921 Stellvertreter des Stadtschultheißen). Nachdem Lachenmaier bei Kaelble entlassen worden war, weil er den Betriebsrat zu sehr in sozialistischer Weise beeinflusste, betrieb er in Backnang eine Wäscherei. Als langjähriges, politisch aktives SPD-Parteimitglied verfügte er über ausgezeichnete Kontakte zu führenden württembergischen Sozialdemokraten wie Max Denker, Wilhelm Keil oder Fritz Ulrich. *Special Political Intelligence Report Kreis Backnang* (15. Januar 1947), RG 260 OMGWB 12/194-1/12/folder 2 und *Bauer, Erich, Wilhelm Erlenbusch - zum fünfzigsten Todestag*. In: *Backnanger Jahrbuch* Bd. 3. (1995), S. 87 bis 101.

²⁶⁷ AB (10. 11. 1945) bzw. 100 Jahre SPD Ortsverein Backnang (wie Anm. 7), S. 37.

²⁶⁸ Abschrift des Genehmigungsschreibens der amerikanischen Militärregierung Backnang *an die Bewerber für die Organisation der Sozialistischen Partei Kreis Backnang* vom 6. November 1945 (Quelle: SPD Ortsverein Backnang), das in ähnlicher Weise auch für die übrigen Partei(neu)gründungen im Kreisgebiet zutreffen dürfte.

Militärregierung Deutschlands

Nachrichtenkontrollanweisung Nr. 2

Gebrauch von Nachrichtenmitteln durch zugelassene politische Parteien.

1. Hierdurch wird jeder genehmigten deutschen politischen Partei die Zulassung erteilt, innerhalb des ihr gestatteten Tätigkeitsbereichs Handzettel und Plakate unter folgenden Bedingungen zu veröffentlichen und zu verteilen:
 - a) der Druck muss von einem registrierten Drucker ausgeführt werden, und wenn ein gewerbmässiger Verbreitungsagent beschäftigt wird, muss dieser gleichfalls ordnungsgemäss registriert sein.
Vor der Verbreitung müssen 3 Kopien jeder solchen Veröffentlichung bei der örtlichen Militärregierung, bei der die betreffende Partei eingetragen ist, abgeliefert werden.
 - b) Die Zahl der von einer politischen Partei monatlich veröffentlichten Handzettel darf nicht mehr als 10% der Bevölkerungszahl im Zulassungsbereich betragen. Handzettel dürfen nicht grösser sein als 15,25 x 21,5 cm. Die Zahl der von einer politischen Partei monatlich veröffentlichten Plakate darf nicht mehr als 1% der Bevölkerungszahl im Zulassungsbereich betragen. Plakate dürfen nicht grösser sein als 61 x 43 cm. Sie dürfen nur an den dafür bestimmten Stellen angebracht werden.
 - c) Handzettel und Plakate, die von politischen Parteien gemäss dieser Anweisung veröffentlicht werden, dürfen folgendes Material umfassen:
 - 1.) Zeit und Ort politischer Versammlungen.
 - 2.) Namen der Sprecher und Parteifunktionäre
 - 3.) Offiziell vertretene Forderungen, Grundsätze, Proklamationen, Parolen und Programme oder Auszüge aus ihnen.
 - 4.) Aufforderungen einer Versammlung beizuwohnen, oder die betreffende Partei zu unterstützen.
 - d) Handzettel und Plakate, die unter diesem § veröffentlicht werden, dürfen nicht enthalten:
 - 1.) Lokale- oder Weltnachrichten.
 - 2.) AnzeigenJeder Handzettel und jedes Plakat muss klar die fördernde Partei, die für die Veröffentlichung verantwortlich zeichnenden Parteimitglieder, deren Anschriften, den herstellenden Drucker und die Zahl der gedruckten Exemplare angeben.
2. Zugelassene politische Parteien, die Monatsschriften, Bücher, Broschüren oder andere Veröffentlichungen, für die keine Zulassung gewährt ist, zu verlegen wünschen, müssen einen oder mehrere Vertreter ernennen, die für diese Literatur verantwortlich sind. Diese Vertreter können sich an das zuständige Nachrichtenkontrollamt mit der Bitte um Zulassung wenden, gemäss den Bestimmungen der Nachrichtenkontrollvorschrift Nr. 1.
3. Eine zugelassene politische Partei ist eine deutsche Partei, die von der Militärregierung die Erlaubnis erhalten hat, in einem bestimmten Bezirk tätig zu sein.
4. Bei Verletzung einer der vorhergehenden Bestimmungen kann die Zulassung einer Partei, Handzettel und Plakate zu veröffentlichen, zeitweilig widerrufen oder aufgehoben werden, und die Person oder Personen, die für die Veröffentlichungen der Partei verantwortlich sind, unterliegen nach Ermessen eines Militärgerichts den gesetzlichen Strafen.

Abb. 11: Die Auflagen der amerikanischen Besatzungsmacht für neu zugelassene Parteien waren streng: Auszug aus der „Nachrichtenkontrollanweisung Nr. 2“.

widerrufen werden. Sofern eine besondere Genehmigung bei der örtlichen Militärregierung unter Angabe des Ortes, der Zeit, des Zweckes sowie der Namen und der Adressen der Redner eingeholt worden war, durften öffentliche Versammlungen und Diskussionen abgehalten werden. Außerdem wurde es den Parteien gestattet, Mitglieds- bzw. Sammelbeiträge für entstandene Ausgaben und die Verteilung von Literatur einzufordern. Allerdings unterlagen Handzettel, Flugblätter oder ähnliche Parteischriften ebenfalls strengen Genehmigungsvorschriften, die nicht nur den Ort der Drucklegung bei einem amtlich registrierten Drucker, die Zahl der vor einer Veröffentlichung bei der Militärregierung abzuliefernden Kopien oder die Höchstzahl der monatlich veröffentlichten Handzettel und Plakate reglementierten, sondern auch den Inhalt und sogar deren Format bestimmten.²⁶⁹

Eine Woche nach der von amerikanischer Seite genehmigten Wiederzulassung der SPD für den Kreis Backnang trafen sich auf Einladung von Hermann Lachenmaier 23 Parteifreunde der SPD zu einer vorbereitenden Besprechung der ersten Mitgliederversammlung.²⁷⁰ Unter diesen eingeladenen 23 Personen befanden sich acht ehemalige Gemeinderatskandidaten, darunter zwei mittlerweile zur SPD gehörende ehemalige KPD-Gemeinderäte und ein ehemaliger Kandidat des Christlichen Volksdienstes. Zwei dieser einstigen Gemeinderatsaspiranten hatten bereits 1919 für die SPD kandidiert.²⁷¹ Wann genau die erste offi-

zielle Mitgliederversammlung der Backnanger SPD stattfand, auf der Lachenmaier zu deren ersten Vorsitzenden und Wilhelm Traub zum Schriftführer gewählt wurden,²⁷² ist dagegen nicht bekannt. Ebenso wenig konnten in Ermangelung weiteren Quellenmaterials über die Wiederzulassung politischer Parteien in Backnang keine zusätzlichen Wiedergründungsdetails über die KPD in Erfahrung gebracht werden.²⁷³ Zu dem von Buchmann geforderten Zusammenschluß von KPD und SPD kam es auch entgegen den Vorstellungen prominenter Backnanger KPD-Anhänger allerdings nicht.²⁷⁴ Dies lag jedoch weniger an der ablehnenden und für die SPD maßgebenden Haltung des nach Kriegsende rasch zum führenden Sozialdemokraten in den Westzonen avancierten Kurt Schumacher. Auch bei führenden Backnanger SPD-Mitgliedern wie Wilhelm Traub, dem rund drei Monate hinter der russischen Front genügt hatten, um einen *ganz klaren Trennungsstrich*²⁷⁵ zum Kommunismus zu ziehen, stieß Buchmanns Vorschlag auf wenig Gegenliebe.

Im Gegensatz zu den beiden Arbeiterparteien lassen sich die Anfänge der nach dem Kriege neugegründeten Christlich-Sozialen Volkspartei (CSV) bzw. der Christlich Demokratischen Union (CDU), wie sie nach ihrer Umbenennung im Januar 1946 genannt wurde, in Backnang relativ gut nachvollziehen.²⁷⁶ So trafen sich noch während den letzten Kriegsmonaten *gleichgesinnte Männer* einerseits in kirchlichen Gremien, andererseits im Una-Sancta-Kreis²⁷⁷ unter den Pfarrern Eberhard Jet-

²⁶⁹ Nachrichtenkontrollanweisung Nr. 2 der amerikanischen Militärregierung Deutschlands zum *Gebrauch von Nachrichtsmitteln durch zugelassene politische Parteien* (Quelle: SPD Ortsverein Backnang) bzw. RG 260 OMGWB 12/194-1/12/folder 1.

²⁷⁰ Einladungsschreiben Lachenmaiers vom 11. November 1945; der dem Schreiben beigelegten Liste der eingeladenen Personen ist zu entnehmen, daß es sich dabei vermutlich um eine reine Männerrunde gehandelt haben dürfte; die Beteiligung einer weiblichen Teilnehmerin kann jedoch nicht völlig ausgeschlossen werden, da von einer anwesenden Person kein Vorname überliefert ist (Quelle: SPD Ortsverein Backnang).

²⁷¹ MB (21. Mai 1919, 4. u. 12. Dezember 1922, 9. u. 15. Dezember 1925, 5. Dezember 1928 und 4. November 1931).

²⁷² Politischer Lebenslauf von Wilhelm Traub (Quelle: SPD Ortsverein Backnang).

²⁷³ Obwohl der großes öffentliches Ansehen genießende Eugen Wohlfarth in der Backnanger KPD kein Amt bekleidete, betrachteten die Amerikaner ihn als unumschränkten geistigen Führer der dortigen Partei, dem beste Beziehungen zum führenden Stuttgarter KPD-Mann Albert Buchmann nachgesagt wurden. Mit dem beim städtischen Bauamt beschäftigten Franz Hopfensitz als offiziellem Ortsvorsitzenden stand Wohlfarth ein langjähriges KPD-Mitglied zur Seite, von dem ihm die Organisations- bzw. Verwaltungsaufgaben der Partei abgenommen wurden. Special Political Intelligence Report Kreis Backnang (15. Januar 1947), RG 260 OMGWB 12/194-1/12/folder 2.

²⁷⁴ Politischer Lebenslauf von Wilhelm Traub (Quelle: SPD Ortsverein Backnang).

²⁷⁵ Ebd.

²⁷⁶ Vgl. die Festschrift der Backnanger CDU zum 50-jährigen Bestehen des Stadt- und ehemaligen Kreisverbandes Backnang, die, sofern nicht anders angegeben, auch die Grundlage der nachfolgenden Zusammenfassung bildet.

²⁷⁷ Dabei handelte es sich um eine in Deutschland seit ca. 1935 bestehende, zahlenmäßig jedoch recht bescheiden gebliebene Organisation, der sowohl protestantische als auch katholische Geistliche und Laien angehörten. Die Mitglieder dieser Bewegung bemühten sich auf gemeinsamen Treffen mit Hilfe abwechselnd von Protestanten und Katholiken gehaltenen Vorträgen, *eine beiden Kirchen gemeinsame Grundlage* zu finden. *Borsdorf/Niethammer* (wie Anm. 265), S. 162f.; nähere Informationen über den Backnanger Una-Sancta-Kreis liegen mir dagegen nicht vor.

ter (evangelisch) und Hanser (katholisch), um neben religiösen Fragen auch politische Probleme zu diskutieren. Nach dem Vorbild der sich im Nachkriegs-Stuttgart abzeichnenden Bildung einer christlichen, konfessionell nicht gebundenen Partei durch Vertreter des ehemaligen Zentrums, des Christlichen Volksdienstes und des Bauern- und Weingärtnerbundes²⁷⁸ warb man auch in Backnang bei den Teilnehmern dieses Kreises und bei christlich eingestellten Bürgern für die Gründung eines Orts-/Kreisablegers einer derartigen Partei. Maßgebenden Anteil an deren Zustandekommen besaß der 51jährige Konstruktionsingenieur Karl Limbeck, der seine frühere Anstellung in der Maschinenfabrik Kaelble nach Kriegsende mit der Leitung des Backnanger Arbeitsamtes vertauscht hatte, nachdem er von Willy Riexinger den Amerikanern für diese Position vorgeschlagen worden war.²⁷⁹ Vor 1933 war Limbeck Ortsvorsitzender des Zentrums, das aber im überwiegend evangelischen Backnang bisher nur eine marginale Bedeutung gespielt und bei den letzten freien Reichs- bzw. Landtagswahlen zwischen 1928 und 1932 vor Hitlers Machtergreifung nie mehr als 3,6% der abgegebenen gültigen Stimmen in der Stadt (bzw. nie mehr als 2,1% der gültigen Stimmen im damaligen Oberamt Backnang) erhalten hatte.²⁸⁰ Neben Limbeck fanden sich am Sonntag, dem 18. November 1945, sieben weitere Männer²⁸¹ in

dessen Privatwohnung zur Gründung der CSV-Orts- und Kreisgruppe Backnang ein. Von diesen hatten vier vor 1933 ebenfalls dem Zentrum angehört.²⁸² Kurt Pohl, ein 30jähriger Dipl.-Volkswirt, präsentierte anlässlich des Zusammentreffens einen ersten Entwurf von Leitsätzen, die sich v. a. an den von ihm „organisierten“ bisherigen Veröffentlichungen der Stuttgarter, Kölner und Frankfurter Gesinnungsfreunde orientierten und den lokalen Backnanger Verhältnissen angepaßt worden waren. Inhaltlich umfaßten diese allgemein auf eine wahre, christliche und damit soziale Gesellschaftsordnung abzielenden und einstimmig als Grundlage der kommenden politischen Arbeit in Stadt und Kreis gebilligten Richtlinien so verschiedene Themenbereiche wie Rechtsgleichheit, Religions-, Meinungs-, Vereins-, Versammlungs- und Tariffreiheit, die Freiheit der Künste, Wissenschaften und der Schulwahl,²⁸³ das Recht auf Privateigentum, den staatlichen Schutz der Familie, den Föderalismus der Länder, die Selbstverwaltung der Gemeinden, die Förderung von industriellen, handwerklichen und landwirtschaftlichen Klein- und mittelständischen Unternehmen, einen auf das ganze Volk umzulegenden Lastenausgleich der Kriegsschäden oder ein allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht.

Zweiter wichtiger Tagesordnungspunkt des Treffens war die Wahl eines Vorstandes, der die

²⁷⁸ Schmitt, Karl: Die CDU im Landesbezirk Nordwürttemberg. In: *Weihnacht*, Paul-Ludwig (Hrsg.): Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte. (= Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Bd. 2) Stuttgart, Berlin, Köln u. a. 1978. S. 137 bis 162, hier S. 144.

²⁷⁹ Special Political Intelligence Report Kreis Backnang (15. Januar 1947), RG 260 OMGWB 12/194-1/12/folder 2 und StAB Schülerarbeit (wie Anm. 8), S. 54.

²⁸⁰ Ebd.; zu den Landtags-/Reichstagswahlergebnissen des Zentrums in Backnang (zw. 1928 und 1932) vgl. MB (21. Mai 1928, 15. September 1930, 1. August und 7. November 1932);

Wahlen	Ergebnis in der Stadt in Prozent (Stimmen)	Ergebnis im Oberamt in Prozent (Stimmen)
Landtagswahlen (22. Mai 1928)	2,6% (101)	1,9% (198)
Reichstagswahlen (14. September 1930)	2,5% (120)	1,9% (252)
Landtagswahlen (24. April 1932)	3,6% (153)	2,1% (248)
Reichstagswahlen (31. Juli 1932)	3,4% (162)	2,1% (279)
Reichstagswahlen (6. November 1932)	3,2% (144)	2,0% (247)

²⁸¹ Drei Gerbereiarbeiter, ein Handelsschulrat, ein Kaufmann, ein Dipl.-Volkswirt und ein weiterer Ingenieur; ob darüber hinaus auch namentlich nicht genannte Personen anwesend waren, ist nicht bekannt.

²⁸² RG 260 OMGWB 5/10-2/7/folder 1; einer der Teilnehmer hatte sich bisher nicht politisch betätigt, und über die beiden übrigen liegen keine diesbezüglichen Angaben vor.

²⁸³ Im Gegensatz zu den sonst innerhalb der CSV bzw. CDU propagierten reinen Bekenntnisschulen, wollten die Verfasser der Backnanger Leitsätze den Eltern die freie Wahl zwischen Bekenntnis-(Konfessions-)Schulen oder christlichen Gemeinschaftsschulen mit konfessionellem Religionsunterricht als ordentlichem Lehrtach zugestehen. Vgl. *Was will die christlich-soziale Volkspartei? Leitsätze der christlich-sozialen Volkspartei Kreisgruppe Backnang*. (= Um die Bevölkerung mit den politischen Vorstellungen der CSV bekannt zu machen, waren deren Leitsätze unter diesem Titel aus Anlaß der Ende Januar 1946 bevorstehenden Gemeinderatswahlen veröffentlicht worden. Quelle CDU Stadtverband Backnang) bzw. *Sauer* (wie Anm. 2), S. 88.

Parteigeschäfte bis zur ersten ordentlichen Mitgliederversammlung führen sollte. Gewählt wurden: 1. Vorsitzender: Karl Limbeck (51, Ingenieur); 2. Vorsitzender: Alois Baumann (51, Handelsschulrat); Kreisgeschäftsführer: Kurt Pohl (30, Dipl.-Volkswirt).²⁸⁴

Von den drei anwesenden Arbeitern bekleidete damit keiner ein Amt. Mit der Aufforderung, *auch evangelische Christen von der unbedingten Notwendigkeit der Zusammenarbeit zum Aufbau eines christlichen Staatswesens zu überzeugen*, endete die rund zweistündige Gründungsversammlung.²⁸⁵ Noch im November 1945 reichte man die ins Englische übersetzten Leitsätze zusammen mit dem für eine Parteigründung erforderlichen Genehmigungsantrag bei der amerikanischen Militärregierung in Backnang ein. Und diese erteilte am 12. Dezember 1945²⁸⁶ ihre Zustimmung zur politischen Betätigung der Backnanger CSV.

Was die nach Kriegsende ebenfalls neugegründete Demokratische Volkspartei (DVP) anbelangt, liegen die näheren Begleitumstände über deren Gründungsaktivitäten in Backnang wiederum weitgehend im dunkeln. Den dortigen amerikanischen Beobachtern fielen erstmals im Dezember 1945 die ersten Formierungsversuche einer demokratischen Partei ins Auge.²⁸⁷ Bei den Ende Januar 1946 abgehaltenen Gemeinderatswahlen und selbst bei den am 28. April 1946 veranstalteten Kreistagswahlen kandidierten jedoch in Backnang keine DVP-Vertreter.²⁸⁸ Da die meisten früheren Parteimitglieder der der DVP vorhergehenden Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und der Deutschen Volkspartei (DVP) bis auf weni-

ge Ausnahmen zwischen 1933 und 1945 der NSDAP beigetreten waren, gelang es den wenigen nicht zur NSDAP übergewechselten Backnanger Demokraten erst im Juni 1946, eine örtliche Zweigniederlassung der DVP zu etablieren.²⁸⁹ Angeführt wurde die DVP von dem 69-jährigen Lederfabrikanten²⁹⁰ Carl Robitschek, der vor 1933 der DDP angehört und in den Jahren 1928 und 1931 jeweils erfolglos für den Gemeinderat in Backnang kandidiert hatte.²⁹¹ Außerdem bestritt er bis 1933 den Backnanger Wahlkampf des damaligen Reichstagsabgeordneten Theodor Heuss.²⁹² Nach Kriegsende ließ sich Robitschek, der kaum Kontakte zu den führenden Demokraten Württemberg-Badens in Stuttgart um Wolfgang Haußmann und Reinhold Maier unterhielt und von den Amerikanern in Richtung SPD tendierend eingeschätzt wurde, v. a. vom einflussreichen DVP-Vorsitzenden des Nachbarkreises Schwäbisch Hall, Wilhelm Vogelmann, leiten. Unterstützung fand der gesundheitlich angeschlagene und deshalb nicht mehr für Wahlkampfveranstaltungen zur Verfügung stehende Robitschek lediglich bei wenigen, ebenfalls älteren und zumeist vor 1933 der DDP angehörenden Parteifreunden. In der Hauptsache handelte es sich bei diesen um Geschäftsmänner des gehobenen Mittelstandes. Auf jugendliche Anhänger konnte die DVP dagegen nicht zählen.²⁹³

Weitere Informationen über die einzelnen Parteien ergeben sich aus den (monatlichen) *Political Activity Reports*²⁹⁴ der Backnanger Militärregierung. Deren Angaben zufolge zählte die KPD am 18. Januar 1946 kreisweit 73 Mitglieder, die SPD 50 und die CSV 22 Mitglie-

²⁸⁴ Pohl mußte gleichzeitig auch die Aufgaben des zum Kassier gewählten Paul Lehnert (Kaufmann) übernehmen, da dieser sein Amt auf Grund seiner starken beruflichen Belastung nicht antrat. Da im übrigen der Gründungsvorstand des Kreisverbandes mit dem der Ortsgruppe identisch war, kam es in der Folge zu einer engen organisatorischen und personellen Verflechtung der Orts- und Kreisgruppe.

²⁸⁵ Ohne aus Platz- und Zeitgründen darauf näher eingehen zu können, sei an dieser Stelle darauf verwiesen, daß insbesondere die konfessionelle Zusammensetzung der mehrheitlich von katholischen Mitgliedern dominierten CSV in den folgenden Wochen und Monaten immer wieder zu innerparteilichen Auseinandersetzungen, ebenso wie zu Reibungen mit den übrigen Backnanger Parteien führen sollten.

²⁸⁶ Im Amtsblatt vom 20. Dezember 1945 wird im Gegensatz zur CDU-Festschrift der 10. Dezember 1945 als Genehmigungsdatum genannt.

²⁸⁷ Historical Report (December 1945), RG 260 OMGWB 5/10-2/7/folder 1.

²⁸⁸ AB (23. Januar und 20. April 1946).

²⁸⁹ Monthly Political Activity Report (1. Juli 1946), RG 260 OMGWB 5/10-2/7/folder 1.

²⁹⁰ Robitschek beschäftigte in der Regel etwa zehn Arbeiter. Als Halbjude mußte er seinen Betrieb 1939 schließen, blieb aber vor einer Deportation in ein KZ verschont. *Heinz* (wie Anm. 56), S. 186 und S. 194.

²⁹¹ Special Political Intelligence Report Kreis Backnang (15. Januar 1947), RG 260 OMGWB 12/194-1/12/folder 2 und MB (5. Dezember 1928 und 24. November 1931).

²⁹² *Heinz* (wie Anm. 56), S. 186.

²⁹³ Special Political Intelligence Report Kreis Backnang (15. Januar 1947), RG 260 OMGWB 12/194-1/12/folder 2.

²⁹⁴ (Monthly) Political Activity Report (18. Januar, 2. Februar, 30. März, 1. Mai, 1. Juli und 2. August 1946), RG 260 OMGWB 5/10-2/7/folder 1.

der. Bereits zwei Wochen später hatte die SPD mit 105 Mitgliedern ihre Anhängerschaft mehr als verdoppelt, während man sich bei der KPD bzw. mit der CSV mit 3 bzw. 5 Neuzugängen zufriedengeben mußte. Und als im Julibericht für den vorhergehenden Juni erstmals 9 Mitglieder der DVP angeführt wurden, verfügte die SPD über 280, die KPD über 140 und die mittlerweile auch in Backnang in CDU umbenannte ehemalige CSV über 45 Mitglieder. Auffällig an diesen Zahlen ist der sich dahinter verborgende hohe Organisationsgrad der beiden Arbeiterparteien, die im Vergleich zu ihren bürgerlichen Opponenten viel eher auf ehemalige Parteimitglieder oder Sympathisanten aus Zeiten der Weimarer Republik zurückgreifen konnten. Die Frage inwieweit, wann oder ob KPD und SPD wieder an die Mitgliederzahlen früherer Tage anknüpfen, kann jedoch nicht beantwortet werden, da diesbezügliche Mitgliederstatistiken nicht existieren. Im übrigen darf der im Gegensatz zur KPD-/SPD-Anhängerschaft sich bescheiden ausnehmende Mitgliederstand von CSV/CDU bzw. DVP nicht allein mit dem Mangel dieser Parteien an bereits vor 1933 politisch aktiven Personen erklärt werden. Eine allgemein innerhalb der Bevölkerung zu konstatierende parteipolitische Enthaltbarkeit nach den mit der NSDAP gemachten Erfahrungen, erschwerte es allen, ganz besonders aber den neugegründeten Parteien (trotz deren großer Anhängerschaft unter den Wählern),²⁹⁵ engagierte Parteimitglieder zu gewinnen.

Die gleichfalls diesen Berichten zu entnehmende finanzielle Entwicklung der einzelnen Parteien ergibt für den Kreis Backnang folgendes Bild. Am 18. Januar 1946 besaß die KPD ein Guthaben von 1030,99 RM. Dagegen beliefen sich die finanziellen Rücklagen der SPD bzw. der CSV auf deutlich geringere 402,62 RM bzw. 175,00 RM. Kaum zweieinhalb Monate später hatte die KPD ihre Einlagen auf 2 166,31 RM vermehrt, und auch der SPD war es innerhalb dieses Zeitraumes gelungen, ihr nunmehr auf 920,40 RM belaufendes Guthaben mehr als zu verdoppeln, während das

CDU-Vermögen lediglich 208,24 RM betrug. Im Juli 1946 verfügte die KPD schließlich über 2 152,69 RM, die SPD über 1222,82 RM, die CDU über 303,97 RM und die DVP über 277,70 RM. Ähnlich wie in Stuttgart²⁹⁶ erweist sich die KPD damit als die bei weitem finanzstärkste Partei des Kreises. Dies ist um so erstaunlicher, als über den gesamten Beobachtungszeitraum von Januar bis Juli 1946 hinweg keine einzige Reichsmark als Mitgliedsbeitrag bei der Backnanger KPD verbucht wurde. Anscheinend handelt es sich bei den Stuttgarter Verhältnissen demnach nicht um einen Einzelfall, so daß die von Schnabel²⁹⁷ angedeutete finanzielle Unterstützung der KPD durch die Sowjetunion hier einen weiteren Anhaltspunkt erhält.

5. Die ersten demokratischen Wahlen nach Kriegsende

a) Die Gemeinderatswahl (27. Januar 1946)

Entsprechend den auf amerikanischer Seite favorisierten Vorstellungen eines von unten nach oben erfolgenden Aufbaus der Demokratie waren der deutschen Bevölkerung im amerikanischen Besatzungsgebiet trotz der mittlerweile vollzogenen Einsetzung von *Beiräten* bereits im September 1945 u. a. von General Eisenhower baldige Wahlen in Aussicht gestellt worden.²⁹⁸ Ein hierfür ab Mitte September 1945 unter Federführung des stellvertretenden amerikanischen Militärgouverneurs in Deutschland Lucius D. Clay ausgearbeiteter Terminplan sah im Januar 1946 Gemeinderatswahlen, im darauffolgenden März Kreistagswahlen und im Mai 1946 Wahlen in den größeren Stadtkreisen vor.²⁹⁹ Allerdings fand dieser innerhalb der amerikanischen Militärregierung nicht unumstrittene Plan kaum Zustimmung bei den führenden deutschen Politikern, deren Parteien inmitten ihres gerade begonnenen und von

²⁹⁵ Vgl. die nachfolgenden Kapitel 5a und 5c.

²⁹⁶ Schnabel (wie Anm. 78), S. 626.

²⁹⁷ Ebd., S. 626.

²⁹⁸ AB (22. September 1945).

²⁹⁹ Schnabel (wie Anm. 78), S. 634.

An alle Wähler und Wählerinnen der Stadt Backnang!

Am kommenden Sonntag, den 27. Januar 1946, werden Sie mit darüber zu entscheiden haben, wie der zukünftige Gemeinderat der Stadt Backnang aussehen soll. Die Teilnahme an der Wahl ist nicht nur Pflicht, sondern auch Verantwortung. Eingedenk dieser Verpflichtung wendet sich die Kommunistische Partei in letzter Stunde noch einmal an alle Wähler und Wählerinnen, um Sie noch auf Folgendes aufmerksam zu machen.

In Fortführung ihres Kampfes gegen die nazistische Führung und der Verantwortung für die Erhaltung unserer Heimatstadt bewußt, konnte durch Organisierung einer Widerstandsgruppe unter Führung einiger unserer Mitglieder und rechtzeitiger Aufnahme einer Verbindung mit den anrückenden amerikanischen Truppen bei Löwenstein, bei der einer unserer Kameraden den Tod (andere Beschießung und Bombardierung unserer Stadt) verhindert werden. Durch diesen mutigen Einsatz blieb uns das Schicksal Soennbachs mit all seinem Leid und seiner Not erspart.

Durch richtungswisende Mitarbeit auf dem Rathaus, unter Beachtung einer strengen Sachlichkeit, ohne jeden Rache- und Haßgefühl, gelang es, dort wieder geordnete Verhältnisse herzustellen, die ersten Schwierigkeiten zu überwinden und die durch die Brüdensprengungen obdachlos gewordene Bevölkerung restlos unterzubringen.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Brennholz konnte trotz Verfassens des Arbeitsamtes mit Hilfe des Arbeitsausschusses durch restlosen Einsatz unserer beteiligten Genossen sichergestellt werden. Durch unermüdete Kleinarbeit haben unsere Frauen im Arbeitsausschuß die Voraussetzungen für die Besetzung einer großen Anzahl von Kinderstellen, Familien zu Weihnachten geschaffen.

Wenn in der Frage des Arbeitslohnes mit Recht darauf hingewiesen wird, daß nach dem Grundgesetz verfahren würde, „die Kleinen hängt man und die Großen läßt man laufen“, so ist das zunächst einmal darauf zurückzuführen, daß die kleinen Pj. in den Betrieben sofort entlassen wurden und man mit allen Mitteln versuchte, die Herren Direktoren und oberen Ange-

stellten zu halten. Durch das Arbeitsamt bekamen diese Herren ihren Lohn, um zum Erhalt ihrer Lebensmittelfacten nach ihrer Entlassung durch das Ofen Nr. 8 auch, ohne sich an der Wiederaufbauarbeit beteiligen zu müssen. Die kleinen Pj. schickte man zum Schuppen, die großen gingen spazieren. Auf Kosten dieser kleinen Pj. und mit Unterstützung christlich-sozialer Vertreter versuchen diese Herren ihre politische Rehabilitation.

Mit jesuitischer Geschäftigkeit gehen katholische Vertreter der Christlich-sozialen Volkspartei gerade bei den ehemaligen Pj.s. mit den verschiedensten Versprechungen und unwahren Behauptungen gegen Angehörige unserer Partei (wie wollten die kleinen ehemaligen Pj. nicht mehr schnaufen lassen) auf den Stimmensfang. Wir stellen fest, daß gerade das Gegenteil richtig ist und unser verantwortlicher Genosse sich gerade dieser kleinen Leute angenommen hat. Angesichts unserer katastrophalen Lage werden Sie auch nicht eine ihrer Versprechungen erfüllen können.

Wähler und Wählerinnen! Laßt Euch nicht betrügen. Der bekannte kapitalistisch-reaktionäre Vertreter auf dem Stimmzettel der Christlich-sozialen ist diesem das eigentliche Geziß.

Aus dem verständlichen religiösen Bedürfnis und mangelndem Vertrauen zu einer politischen Partei, als Folge des nazistischen Betrugs, suchen diese Leute politisches Kapital zu schlagen. Wir Kommunisten sind für volle Glaubens- und Gewissensfreiheit und erstrebt gewollt, die persönliche Freiheit des Menschen als religiöse Gewissensfreiheit ernst zu nehmen.

In unermüdeter Fortführung unserer bisherigen Arbeit nach dem Grundgesetz strenger Sachlichkeit und Gerechtigkeit, mit dem festen Willen, immer die Ältesten beim Wiederaufbau zu sein, werden wir uns der Opfer des Hitlerkrieges annehmen. Unser Wahlvorschlag enthält Vertreter aller Berufsstände, der Kriegesbeschädigten und Kriegserwitwen. Sie bieten die Gewähr für den Aufbau einer sauberen Gemeindeverwaltung und Wahrnehmung der Interessen der ganzen schaffenden Bevölkerung. Wir appellieren an alle freigeistlich und fortschrittlich gesinnten Männer und Frauen und insbesondere an die Jugend, die Kriegesbeschädigten und Kriegserwitwen, ihre Bereitwilligkeit zum Wiederaufbau unserer Heimat dadurch zu bekräftigen, daß sie den Vertretern der Kommunistischen Liste ihre Stimme geben.

Kommunistische Partei Backnang

Verantwortlich für den Inhalt:
Franz Heppelmann, Backnang, Hohenstraße 17
800 St. - Druck: K. Heppelmann, Fr. Heppelmann
1946 Überarbeitung der Wahl-Regelung

Abb. 12: Handzettel der Backnanger KPD für die Gemeinderatswahl vom 27. Januar 1946.

allerlei organisatorischen Schwierigkeiten (wie Papiermangel, Transportproblemen oder dem eingeschränkten Postverkehr) begleiteten (Wieder-)Aufbaus von Clays Ankündigung überrumpelt wurden. Doch selbst eine gemeinsame Bitte der drei in der amerikanischen Besatzungszone eingesetzten Ministerpräsidenten Reinhold Maier (Württemberg-Baden), Karl Geiler (Groß-Hessen) und Wilhelm Hoegner (Bayern), die Wahlen wenigstens auf März oder April zu verschieben, konnte Clay nicht zur Abkehr von seinem ehrgeizigen Vorhaben bewegen.¹⁰⁰ Schließlich wurden am 20. Dezember 1945 durch das vom württemberg-badischen Staatsministerium mit Zustimmung der amerikanischen Militärregierung verabschiedete Gesetz über die Anwendung der deutschen Gemeindeordnung von 1935 die rechtlichen Voraussetzungen für die endgültig auf den 27. Januar 1946 terminierten Gemein-

deratswahlen in Städten unter 20 000 Einwohnern geschaffen.¹⁰¹ Nachdem mit diesem Gesetz die DGO vom nationalsozialistischen Führerprinzip befreit worden war, galt praktisch wieder das alte württembergische Kommunalwahlsystem der Weimarer Republik mit der Ausnahme, daß 1946 alle und nicht wie vor 1933 üblich nur die Hälfte aller Gemeinderäte gewählt werden mußten.¹⁰² Weitere durch die politische Nachkriegssituation Deutschlands bedingten Unterschiede (gegenüber den vor 1933 gültigen Bestimmungen) betrafen die zunächst auf zwei Jahre beschränkte Amtsdauer der Gemeinderäte sowie den Ausschluß politisch Belasteter von der Wahl. Im einzelnen waren von einem solchen Ausschluß alle NSDAP-Mitglieder mit Eintrittsdatum vor dem 1. Mai 1937 sowie alle aktiven (auch nach diesem Datum eingetretenen) Mitglieder, Parteifunktionäre oder Amtsträger von NSDAP-Glie-

¹⁰⁰ Ebd. S. 634.

¹⁰¹ Sauer (wie Anm. 2), S. 105 und Schnabel (wie Anm. 78), S. 634.

¹⁰² Schnabel (wie Anm. 78), S. 634f.

derungen betroffen. Selbstredend konnten ehemalige NSDAP-Mitglieder auch nicht gewählt werden. Ansonsten galt das vollendete 21. Lebensjahr und ein mindestens einjähriger Aufenthalt in der Gemeinde als Voraussetzung für das aktive und passive Wahlrecht.³⁰³

Erste nähere Angaben über den in Backnang ungefähr gleichzeitig mit der Genehmigung der CSV in der zweiten Dezemberwoche 1945 einsetzenden Wahlkampf, sind den bereits im vorhergehenden Kapitel erwähnten Berichten der dortigen amerikanischen Militärregierung zu entnehmen.³⁰⁴ Demnach waren die insgesamt 25 im Januar von der KPD im Kreis abgehaltenen Veranstaltungen von 1 662 bis 1 762 Zuhörern besucht worden. Die SPD brachte es im gleichen Zeitraum bei 22 Versammlungen sogar auf 1 983 Zuschauer, während den 11 von der CSV organisierten Treffen 1 141 Besucher beiwohnten. Jeweils den größten Publikumsandrang verzeichneten bei allen Parteien die in Backnang selbst veranstalteten Kundgebungen. Allein die CSV konnte auf einer einzigen Veranstaltung mit 535 Zuschauern fast die Hälfte ihrer gesamten Zuhörerschaft begrüßen, und auch der von der SPD einen Tag vor Wahl abgehaltenen Abschlußkundgebung in Backnang waren rund 500 Teilnehmer gefolgt. Ein deutlich geringeres Publikumsinteresse bestand dagegen in den umliegenden Landgemeinden, wo die Besucherzahlen bei im Durchschnitt zwischen 40 bis 50 Personen lagen. Die von den Amerikanern auf allen Veranstaltungen beobachteten Hauptthemen beschäftigten sich mit der Erklärung fundamentaler Demokratiegrundsätze, den Schwächen der früheren Weimarer Republik und deren zwangsläufigem Untergang sowie den Mitteln, demokratische Prinzipien zu bewahren bzw. zu festigen. Bei den hierfür zusätzlich von den Parteien eingesetzten Wahlkampfbroschüren hatte die CSV eindeutig die Nase vorn. Mit den 2 600 Handzetteln, 160 Postern und 5 000 Flugblätter der SPD sowie den 2 650 Handzetteln und 216 Postern der KPD erreichten die beiden Arbei-

terparteien gerade zusammen die Zahlen der allein von der CSV verteilten 5 500 Handzettel und 320 Poster.

Daß der Wahlkampf in Backnang auch inhaltlich von einer derartigen Konfrontation von KPD und SPD auf der einen und ihrem neugegründeten bürgerlichen Widerpart CSV auf der anderen Seite geprägt wurde, zeigt die nähere Betrachtung der überlieferten Handzettel und Flugblätter.³⁰⁵ So erinnerte ein von der KPD veröffentlichtes Flugblatt die Backnanger zwar zunächst daran, daß es v. a. KPD-Angehörige waren, die im April 1945 eine kampflöse Übergabe der Stadt ermöglicht hatten. Die seitherige Mitarbeit der KPD auf dem Rathaus *ohne jedes Rache- und Haßgefühl* auf Grund der im Dritten Reich erduldeten Verfolgung und die Aufzählung der bisher erreichten Leistungen (von der Unterbringung der durch die Brückensprengungen obdachlos gewordenen Familien, über die Brennholzverteilung bis hin zur Weihnachtsbescherung kinderreicher Familien) blieb gleichfalls nicht unerwähnt. Anschließend gingen die Verfasser aber mit dem aus ihrer Sicht schon bei der Brennholzversorgung überforderten Arbeitsamt in Backnang hart ins Gericht. Schwerer als dieses *durch den restlosen Einsatz unserer beteiligten Genossen* ausgeglichene Versagen wog dagegen der von der KPD ebenfalls gegen das städtische Arbeitsamt erhobene Vorwurf einer ungleichen Behandlungspraxis entlassener NSDAP-Parteigenossen. Wörtlich heißt es in dem Flugblatt dazu:

(...) Wenn in der Frage des Arbeitseinsatzes mit Recht darauf hingewiesen wird, daß nach dem Grundsatzverfahren wurde, 'die Kleinen hängt man und die Großen läßt man laufen', so ist das zunächst einmal darauf zurückzuführen, daß die kleinen Pg. in den Betrieben sofort entlassen wurden und man mit allen Mitteln versuchte, die Herren Direktoren und oberen Angestellten zu halten. Durch das Arbeitsamt bekamen diese Herren ihren Stempel zum Erhalt ihrer Lebensmittelkarten noch ihrer Entlassung durch das Gesetz Nr. 8 auch, ohne sich

³⁰³ Für den Landesbezirk Baden wurden sogar erst am 10. Januar 1946 entsprechende Richtlinien erlassen, die z. T. von den in Württemberg geltenden Bestimmungen abwichen. Wie wählte Württemberg-Baden? Die Wahlen des Jahres 1946. Hrsg. von den Statistischen Landesämtern in Stuttgart und Karlsruhe. Karlsruhe 1947. S. 7; Sauer (wie Anm. 2), S. 105f. und Schnabel (wie Anm. 78), S. 635.

³⁰⁴ (Monthly) Political Activity Report (18. Januar und 2. Februar 46); RG 260 OMGWB 5/10-2/7/holder 1.

³⁰⁵ KPD: *An alle Wähler und Wählerinnen der Stadt Backnang!*; SPD: 1. *Zur Gemeinderatswahl in Backnang* und 2. *Jugend und Gemeinderatswahl*; CSV: 1. *Wahlpflicht ist Bürgerpflicht!* und 2. *Was will die christlich-soziale Volkspartei?* (Quelle: CDU Stadtverband Backnang).

an der Wiederaufbauarbeit beteiligen zu müssen. Die kleinen Pg. schickte man zum Schippen, die großen gingen spazieren. Auf Kosten dieser kleinen Pg. und mit der Unterstützung christlich-sozialer Vertreter versuchen diese Herren ihre politische Rehabilitierung. (...)

Auch ohne daß von kommunistischer Seite ein Name genannt wurde, war klar, daß diese Kritik dem Leiter des Arbeitsamtes und CSV-Vorsitzenden Karl Limbeck galt. Der zweite persönliche Angriff des KPD-Flugblattes richtete sich gegen Hermann Kaelble, in dessen Fabrik während des Dritten Reiches u. a. Lastwagen und Motoren für die Wehrmacht produziert worden waren, was von den Kommunisten in Backnang zum Anlaß genommen wurde, Kaelble als *bekannt(e) kapitalistisch-reaktionäre(n) Vertreter* zu bezeichnen, der dem Stimmzettel der CSV das *eigentliche Gepräge* gibt. Da in den Augen der KPD die CSV *aus dem verständlichen religiösen Bedürfnis und mangelndem Vertrauen* (der Bevölkerung, D. P.) *zu einer politischen Partei, als Folge des nazistischen Betrugs, (...) politisches Kapital* zu schlagen versuchte, betonten die Flugblattverfasser anschließend ausdrücklich die auch von der KPD akzeptierte *volle Glaubens- und Gewissensfreiheit* des einzelnen. Mit der *insbesondere an die Jugend, die Kriegsbeschädigten und Kriegerwitwen* gerichteten Aufforderung, *ihre Bereitwilligkeit zum Wiederaufbau unserer Heimat dadurch zu bekunden, daß sie den Vertretern der Kommunistischen Liste ihre Stimme geben*, endete der Wahlauf Ruf der Backnanger KPD.

Ebenso wie der Inhalt des hier wiedergegebenen KPD-Flugblattes, zeigt auch die Lektüre der von SPD-Vertretern entworfenen Schriften, daß diese in der CSV ihren ärgsten Konkurrenten um die Gunst der Wählerstimmen sahen. Ohne einzelne CSV-Kandidaten persönlich zu attackieren, lehnten die Sozialdemokraten *das Wort ‚christlich‘ als Aushängeschild einer Partei* entschieden ab. Unter dem Hinweis auf die Verdienste der SPD auf dem Backnanger Rathaus vor 1933 sowie auf die 80jährige Parteitradition der deutschen Sozialdemokratie und den in dieser Zeit von ihr geführten *Kampf gegen jede Diktatur und Mißbrauch der Macht*

und für die Verwirklichung menschlicher und christlicher Grundsätze in Wirtschaft, Staat und Gemeinde wollte man den Backnanger Bürgern verdeutlichen, daß *Christentum und Sozialismus* keine Gegensätze sind. *Wer jedoch für seine Politik den Namen des Christentums notwendig hat, mit dessen Politik kann es nicht weit her sein*, lautete das Fazit der Genossen. Ähnlich dem zuvor betrachteten kommunistischen Wahlauf Ruf fehlte es dem sozialdemokratischen Pendant dennoch nicht an dem Hinweis, daß auch die SPD jedem Religionsfreiheit gewährt. In einem eigenen Flugblatt wandten sich die SPD-Funktionäre darüber hinaus an die von Hitler und dessen Gefolgsleuten um ihre Jugend betrogene jüngere Generation, um diesen Erstwählern den Schrecken des damals landläufig mit der Sowjetunion verbundenen Wortes „Sozialismus“ zu nehmen. Gleichzeitig sollte aber auch das von der CSV im Namen geführte Adjektiv „sozial“ als Etikettenschwindel gebrandmarkt werden, denn eine bürgerliche Partei konnte in den Augen der Verfasser keine Garantie für eine wahre Demokratie oder für die Beseitigung dringender sozialer Probleme geben, weil *sie immer wieder bestimmte kapitalistische Kreise zu schützen hatte*.

Im Gegensatz zu den von KPD und SPD verfaßten Flugblättern zeigen die von der CSV verteilten Handzettel keine Spuren direkter Angriffe auf diese Parteien. Stattdessen bemühte man sich in einem sachlichen, nicht pathetischen Ton, die Ziele und Vorstellungen der neugegründeten Partei der Einwohnerschaft näherzubringen.¹⁰⁶ In deren vernünftigen und konstruktiven Plänen sahen die Amerikaner zusammen mit den von der CSV unternommenen und von einem extensiven Einsatz an Wahlkampfbroschüren flankierten Anstrengungen, christliche und demokratische Prinzipien miteinander zu vereinen, die wesentlichen Gründe, die sowohl SPD als auch KPD in Backnang zwingen, sich etwas mehr an die demokratischen Grundregeln ihrer eigenen Parteiprogramme zu halten bzw. ihre bis dahin (Stand 18. Januar 1946) rüdereren Wahlkampfmethoden zu überdenken.¹⁰⁷ Ein weiterer Unterschied zwischen den einzelnen Flugschriften liegt in der Tatsache,

¹⁰⁶ Für den Inhalt vgl. die bereits im vorhergehenden Kapitel angesprochenen Leitsätze der CSV.

¹⁰⁷ Political Activity Report (18. Januar 46); RG 260 OMCWB 5/10-2/7/folder 7.

Zur Gemeinderatswahl in Backnang.

Wählerinnen und Wähler!

Zum erstenmal seit 1933 und dem Zusammenbruch des Dritten Reiches, wird am Sonntag, den 27. Januar 1946 zu den untersten Körperschaften der öffentlichen Verwaltung, im gleichen und geheimen Wahlrecht gewählt.

Dieses erstmalige Ausüben des Wahlrechts muß jeder Wahlberechtigte als heiligste Pflicht betrachten:

Die Sozialdemokratische Partei ruft deshalb auf, berechtigt durch eine jahrzehntelange Tradition erfolgreicher Politik auf dem Backnanger Rathaus vor 1933 **ihren Wahlvorschlag in die Urne zu werfen.**

Sozial und demokratisch ist unsere Grundeinstellung. Seit 80 Jahren führen wir den Kampf gegen jede Diktatur und Mißbrauch der Macht und für die Verwirklichung menschlicher und christlicher Grundsätze in Wirtschaft, Staat und Gemeinde.

Christentum und Sozialismus sind keine Gegensätze.

Deshalb wenden wir uns dagegen, daß man das Wort „christlich“ als Aushängeschild für eine bestimmte Partei benützt.

Die Sozialdemokratische Partei hat es nicht notwendig, ihren Namen zu ändern, die Treue und das Vertrauen haben große Volksteile ihr auch über die Hitlerdiktatur hinaus bewahrt, das zeigt am deutlichsten das Wahlergebnis von Großhessen, wo die Sozialdemokratie als weitaus die stärkste Partei bei den Gemeindewahlen hervorging. Sie erhielt von 356000 Stimmen 156000 auf ihre Wahlvorschläge.

Eine **starke Sozialdemokratische Partei** bildet die Grundlage für eine demokratische, politische, wirtschaftliche und kulturelle Aufstiegsmöglichkeit unseres Volkes. Dies müssen sich alle Frauen und Männer auch von Backnang bewußt sein und den Wahlvorschlag der Sozialdemokratie **unabgeändert** in die Wahlurne werfen, beginnend mit den Kandidaten:

Hermann Lachenmaier, Wäschereibesitzer

Rudolf Weiß, Gebece

Robert Ercet, Kaminfegermeister, u. die weiteren 17 Kandidaten

Aus dem Vorort Steinbach:

Albert Kübler, Wilhelm Bülter.

Aus den Teilgemeinden:

Albert Kopp, Bauer, Ungeheuerhof

Hermann Schmid, Bauer, Rötleshof.

Verantwortlich für den Inhalt: H. Lachenmaier, Backnang - Druck: Fr. Mürdter, Backnang - Auflage 2000

Abb. 13: Handzettel der Backnanger SPD für die Gemeinderatswahl vom 27. Januar 1946.

daß sich auf keiner der erhaltenen Wahlbrochüren der SPD oder der KPD eine vollständige Kandidatenliste der für den Gemeinderat kandidierenden Personen findet. Während zwei der drei Handzettelentwürfe überhaupt keine Kandidatennamen nennen, verzeichnet lediglich ein SPD-Flugblatt neben den vier Bewerbern in den Teilgemeinden wenigstens die drei „Spitzenkandidaten“ der SPD in der Stadt.¹⁰⁸ Unter dem Motto *Wahlpflicht ist Bürgerpflicht!* liegt dagegen eine komplette Liste sämtlicher CSV-Gemeinderatsanwärter (sowohl in DIN A3- als auch in DIN A4-Format) vor, die zudem mit einer Kurzanleitung für das richtige Ausfüllen des Stimmzettels versehen war. Zusätzliche Hilfe boten die am 12. Januar 1946 im *Amtsblatt* veröffentlichte Gemeinderatswahlordnung und die eine Woche darauf publizierten ausgefüllten Wahlzettelbeispiele.¹⁰⁹ Vier Tage vor der Wahl erschien schließlich auch ein komplettes Verzeichnis aller Gemeinderatskandidaten des Kreises.¹¹⁰

Für die am 27. Januar 1946 in Backnang zu wählenden 24 Gemeinderäte stellten sich insgesamt 70 Kandidaten der CSV (23), KPD (23) und SPD (24) zur Wahl. Dabei galten laut *der Erklärung der Vertrauensmänner* die Wahlvorschläge der KPD und SPD gegenüber dem Wahlvorschlag der CSV als einziger Wahlvorschlag.¹¹¹ Diese vermutlich sich nur bei kniffligen Sitzverteilungsproblemen auszählende Vorkehrung bedeutete jedoch nicht, daß beide Parteien ihre Kandidaten auf einer „gemeinsa-

men Liste“ präsentierten, denn abgerechnet wurde hinterher nach allen drei Parteien getrennt.¹¹² Mit lediglich drei Kandidatinnen (= 4,3%), von denen zwei für die KPD und eine für die SPD antraten, waren die in der Stadt (bzw. im Kreis) die Bevölkerungsmehrheit bildenden Frauen deutlich unterrepräsentiert.¹¹³ Nach dem Stand der Versorgungsberechtigten am 7. Januar 1946 waren von den 13 300 Einwohnern Backnangs 6 806 wahlberechtigt.¹¹⁴ Hiervon machten 6 081 Personen von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Dies entsprach einer Wahlbeteiligung von ausgezeichneten 89,3%. Die Zahl der gültig abgegebenen Stimmzettel betrug 5 617. Da allen Wählern 24 Stimmen zur Verfügung standen, wären demnach 134 808 gültige Stimmen zu erwarten gewesen. Tatsächlich wurden jedoch nur 128 208 Stimmen abgegeben, so daß es 6 600 Fehlstimmen zu verzeichnen gab. Im einzelnen verteilten sich die Stimmen wie folgt: CSV 76 447 (= 59,9%); SPD 33 724 (= 26,3%) und KPD 18 037 (14,1%) Stimmen.¹¹⁵ Auf die einzelnen Parteien umgerechnet ergab dies 15 Gemeinderatssitze für die CSV, 6 für die SPD und 3 für die KPD.

Mit Franz Hopfensitz und Eugen Häberlin gehörten zwei der drei KPD-Gemeinderäte bereits in der Weimarer Republik dem Gemeinderat an. Bei der SPD war dies nur der bis 1932 allerdings zur KPD gehörende Rudolf Weiß.¹¹⁶ Und auch der für die CSV ins Backnanger Rathaus eingezogene Karl Fischer hatte

¹⁰⁸ SPD: *Zur Gemeinderatswahl in Backnang*. (Quelle: CDU Stadtverband Backnang).

¹⁰⁹ AB (12. und 23. Januar 1946).

¹¹⁰ AB (23. Januar 1946).

¹¹¹ Ebd.

¹¹² AB (28. Januar 1946).

¹¹³ Da mir diesbezüglich keine exakten Zahlenangaben vorliegen, sei an dieser Stelle auf die wenigstens annähernd eine Tendenz vermittelnden Zahlen des Württembergischen und Badischen Statistischen Landesamtes (Stand: 6. Januar 1946) verwiesen, auch wenn die dort in die Statistik mit eingerechneten 18 bis 20jährigen nicht wahlberechtigt waren.

	Stadt Backnang		Kreis Backnang	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Einwohner	5 756 (= 42,3%)	7 851 (= 57,7%)	27 157 (= 43,0%)	35 990 (= 57,0%)
Anteil der über 18jährigen Einwohner	3 648 (= 26,8%)	5 663 (= 41,6%)	16 569 (= 26,2%)	25 629 (= 40,6%)

Mitteilungen des Württembergischen und Badischen Statistischen Landesamtes. Nr. 1 Stuttgart 1946. S. 18ff.

¹¹⁴ Wie wählte Württemberg-Baden? (wie Anm. 303), S. 25; wie viele NSDAP-Angehörige oder weniger als ein Jahr in Backnang wohnende Flüchtlinge von den Wahlen ausgeschlossen waren, geht aus den dortigen Angaben nicht hervor; als Anhaltspunkt für die Zahl der ausgeschlossenen ehemaligen Parteigenossen kann jedoch nach *Schnabel* (wie Anm. 78), S. 635) mit etwas mehr als 5% der Wahlberechtigten gerechnet werden (was in Backnang in etwa 340 Personen entsprechen würde).

¹¹⁵ Wie wählte Württemberg-Baden? (wie Anm. 303), S. 25.

¹¹⁶ Vgl. Kap. 4a.

bereits vor 1933 eine der damals bei Gemeinderatswahlen zu einer Wahlvereinigung zusammengeschlossenen bürgerlichen Parteien im Gemeinderat vertreten.³¹⁷ Hinzu kam bei allen Parteien jeweils ein Gemeinderat, der vor 1933 zwar nicht gewählt, aber zumindest als Gemeinderatskandidat angetreten war.³¹⁸ Damit konnten 1/6 der 1946 gewählten Gemeinderäte auf politische Mandate in der Weimarer Republik zurückblicken. Daß dies nicht mehr waren, liegt zum einen an dem von der CSV dominierten Wahlergebnis und deren größtenteils bisher nicht politisch tätigen Kandidaten. Zum anderen hatte die in Backnang bislang bei Gemeinderatswahlen hinter den Kommunisten zurückliegende SPD (mit Ausnahme des früheren KPD-Gemeinderates Weiß) auf keines ihrer vor 1933 zuletzt zwei (Christian Diller und Wilhelm Erlenbusch) im Backnanger Gemeinderat vertretenen Parteimitglieder zurückgreifen können, nachdem u. a. Erlenbusch 1944 verstorben war.³¹⁹ Von den seitherigen 12 Beiratsmitgliedern wurden sieben in den Gemeinderat gewählt. Für die CSV waren dies Hermann Aichholz und Gotthilf Heller, für die KPD Eugen Häberlin und Franz Hopfensitz und für die SPD Robert Ehret, Hermann Lachenmayer und Rudolf Weiß. Drei ehemalige Beiräte hatten im Januar 1946 nicht kandidiert, und lediglich das frühere Beiratsmitglied Albert Kopp war nicht gewählt worden. Bis auf Theodor Braendle (CSV), der im Dritten Reich Untergruppenführer des Reichsluftschutzbundes war, wurden schließlich alle Gemeinderäte von der amerikanischen Militärregierung bestätigt.³²⁰ Für Braendle rückte Wilhelm Häussermann nach. Der Backnanger Gemeinderat setzte sich damit aus zwölf Selbständigen (drei Landwirten, sechs Handwerksmeistern, einem Fabrikanten und zwei kleineren Geschäftsleuten), sieben Arbeitern und fünf Angestellten zusammen. Inwieweit die in Backnang lebenden Gesellschaftsschichten adäquat repräsen-

tiert werden, erscheint angesichts des beachtlich hohen Anteils an Selbständigen zumindest fraglich.

Das Auffälligste des Gesamtwahlergebnisses ist jedoch das hervorragende und von niemanden in dieser Höhe erwartete Abschneiden der quasi noch in ihren Kinderschuhen steckenden CSV. Mit fast 60% der abgegebenen gültigen Stimmen hatte sie sich nicht nur eine klare absolute Mehrheit erkämpft und die höher eingeschätzte KPD und SPD weit hinter sich zurückgelassen. Wie total dieser Triumph ausgefallen war, zeigt jedoch erst ein Blick auf die Einzelergebnisse der CSV-Kandidaten, denn selbst deren „schlechtester“ Bewerber Otto Maier übertraf mit den für ihn abgegebenen 2 297 Stimmen den bei der SPD führenden Robert Ehret (1 788 Stimmen) bzw. den bei der KPD vorne liegenden Franz Hopfensitz (1 216 Stimmen) um Längen. Ein entscheidender Grund für diesen Wahlerfolg lag darin, daß es der CSV gelungen war, für ihren Wahlvorschlag eine Reihe angesehener Persönlichkeiten zu gewinnen, die eine breite Wählerschaft ansprachen. So kandidierten u. a. der Leiter des Backnanger Arbeitsamtes (Karl Limbeck), ein Studienrat (Karl Maneval), der Chef eines der größten Betriebe (Hermann Kaelble) oder der Direktor der Backnanger Kreissparkasse (Wilhelm Kopp) für die CSV. Hinzu kamen mehrere selbständige Handwerksmeister oder Landwirte. Daneben fanden sich aber genauso einfache Arbeiter auf dem Stimmzettel der CSV, so daß den Wählern ein vielfältiges Spektrum an Wahlmöglichkeiten geboten werden konnte. Mit dem seit 1946 bis mindestens in die Mitte der 70er Jahre für die CDU im Backnanger Gemeinderat sitzenden Eugen Dietermann³²¹ besaß die CSV zumindest einen Kandidaten, der auch die „jüngeren“ Wähler ansprach. Die im Gegensatz zur CSV-Liste um vieles schichtspezifischeren und um die gleiche Wählerklientel konkurrierenden Listen von KPD und

³¹⁷ Karl Fischer: Gemeinderat in Backnang 1931 bis 1933; MB (8. Dezember 1931).

³¹⁸ Für die CSV: Theodor Braendle, 1928 DVP-Kandidat; für die KPD: Hermann Schaaf, 1928 und 1931 KPD-Kandidat; für die SPD: Wilhelm Bareiß, 1931 Kandidat der *Bürgervereinigung und des landwirtschaftlichen Obstvereins*; MB (5. Dezember 1928 und 8. Dezember 1931).

³¹⁹ Auch bei dem seit mindestens 1919 für die SPD im Gemeinderat vertretenen Christian Diller erscheint ein altersbedingter Rückzug aus der Politik durchaus wahrscheinlich, auch wenn mir dafür keine konkreten Anhaltspunkte vorliegen. *Bauer* (wie Anm. 266), S. 101 und MB (21. Mai 1919, 11. Dezember 1928 und 8. Dezember 1931).

³²⁰ StAB GRP (11. März 1946).

³²¹ StAB Schülerarbeit (wie Anm. 8), S. 63.

Wahlpflicht ist Bürgerpflicht!

Zur Gemeinderatswahl am 27. Januar 1946 darf es keine Wahlmüdigkeit geben, denn es geht um das Wohl und Wehe der Stadt Backnang.

Wer nicht wählt, flüht den Wahlvorschlag der andern Parteien.

Prüfe diesen Wahlvorschlag:

Bewerber für Backnang:

Braendle, Theodor	Prokurist
Limbeck, Karl	Ingenieur
Kaelble, Hermann sen.	Fabrikant
Dietemann, Eugen	Lagerarbeiter
Schwarz, Karl sen.	Schlossermelster
Alchholz, Hermann	Kaufmann
Dieierich, Jakob	Malermelster
Ehlinger, Bernhard	Mediziner
Erhardt, Georg	Bäckermelster
Fürst, Anton	Berbereiarbeiter
Grom, Josef	Malermelster
Hackenschuh, Max	Betriebsleiter
Häusermann, Wilhelm	Werkmeister
Kopp, Wilhelm	Sparcassendirektor
Kugler, Otto	Berbereiarbeiter (Rentner)
Maler, Otto	Berbereiarbeiter
Maneval, Karl	Studienrat
Niefer, Otto	Maler
Schub, Heinrich	Mediziner
Weller, Eugen	Schreinermeister

Bewerber für die Teilgemeinden:

Beck, Eugen	Landwirt	Sachsenwellerhof
Flüher, Karl	Bauer	Oberschönbühl
Heller, Gotthilf	Bauer	Steinbach 2 Stimmen

Dist Du nicht vertraut mit den verschiedenen Wahlmöglichkeiten des Stimmenthäufens und Stimmenübernehmens, so gib nur diesen Wahlvorschlag unverändert ab.

Achte darauf, daß Du die Stimmenthöchstzahl — 20 Stimmen für Backnang und 4 Stimmen für die verschiedenen Teilgemeinden — nicht überschreitest. Eine Stimmenthäufung bei den Teilgemeinden — außer Steinbach 2 Stimmen — ist nicht möglich.

Wenn Du bewußt ungültig wählst, indem Du ein weißes Blatt oder keinen Wahlzettel in den Umschlag legst, schädigst Du damit Dich und Deine Gemeinde.

**Zeige Verantwortungsbewußtsein
und wähle die Kandidaten
der christlich-sozialen Volkspartei**

Verantwortlich für den Inhalt:
Karl Fahl, Backnang, Obere Bahnhofstraße
100 St. Druck: Seibert, Fr. Strub Backnang
Mit Genehmigung der NSDAP-Regierung

Abb. 14: Handzettel der Backnanger CSV für die Gemeinderatswahl vom 27. Januar 1946.

SPD, auf denen Arbeiter und kleinere Angestellte (sowie v. a. bei der SPD selbständige Handwerker) dominierten, fanden dagegen bei der breiten Masse der Wählerschaft wenig oder keinen Rückhalt. Neben diesen personellen Gründen machten die Amerikaner die von der CSV bis an die erlaubten Grenzen ausgeschöpften und von SPD und KPD eher vernachlässigte Veröffentlichung von Flugschriften oder sonstigen Propagandamaterialien für den Sieg verantwortlich.³²² Die Tatsache, daß in Backnang im Januar 1946 die organisatorisch weit zurückhinkende DVP keine Gemeinderatskandidaten nominierte, hatte ebenfalls wesentli-

chen Anteil am Wahlsieg der CSV. Auch dürfte der vorhandene *Frauenüberschuß unter den Wählern*³²³ oder die allgemeine Furcht der Bevölkerung vor einem kommunistischen Rußland, dessen Soldaten sich in nicht mehr allzu weiter Entfernung bereits auf deutschem Gebiet befanden, einen höheren Stimmenanteil der linken Parteien verhindert haben.

Daß dieses erste Wahlergebnis in Backnang nach Kriegsende vieles seines auf den ersten Blick überraschenden Charakters einbüßt, zeigt ein Vergleich mit den beiden letzten Gemeinderatswahlen in der Stadt ohne nationalsozialistische Beteiligung.³²⁴

³²² Monthly Political Activity Report (1. May 1946); RG 260 DMGWB 5/10-2/7/folder 1; die Zahl der pro Monat von einer politischen Partei verteilten Handzettel durfte nicht mehr als 10% der Bevölkerungszahl des Zulassungsbereichs der Partei betragen. Plakatveröffentlichungen waren monatlich sogar auf 1% der Bevölkerungszahl beschränkt. Nachrichtenkontrollanweisung Nr. 2 (Quelle: SPD Ortsverein Backnang).

³²³ Schnabel (wie Anm. 78), S. 637.

³²⁴ MB (15. Dezember 1925 und 11. Dezember 1928).

Gemeinderatswahl	13. 12. 1925	9. 12. 1928	27. 1. 1946
SPD	13,4%	14,5%	26,3%
KPD	21,2%	21,2%	14,1%
Wahlvereinigung	49,9%	37,9%	CSV 59,6%
Bürgervereinigung	10,9%	14,8%	
CVD		11,7%	

Abb. 15: Backnanger Wahlergebnisse von 1925, 1928 und 1946.

Demnach erzielten die beiden Arbeiterparteien SPD und KPD 1925 bzw. 1928 zusammengerechnet anteilmäßig etwa genauso viele Stimmen wie bei den Wahlen 1946, wenngleich sich die Stimmenverhältnisse zugunsten der SPD verschoben hatten. Die in Backnang vor 1933 zu einer Wahlvereinigung zusammengeschlossenen Demokraten und Konservativen sowie die überparteiliche Bürgervereinigung und der erst 1928 kandidierende Christliche Volksdienst (CVD) repräsentierten dagegen das bürgerlich-konservative Wählerspektrum

der Stadt und hatten 1925 (bzw. 1928) zusammengekommen ungefähr einen ähnlichen prozentualen Stimmenanteil wie ihn die CSV 1946 erreichte.

Die schon die Beiratssitzungen bestimmenden Nachkriegsprobleme¹²⁵ beherrschten in den folgenden Monaten auch die Arbeit des neu gewählten Gemeinderates, wobei die noch im Wahlkampf deutlich gewordenen Rivalitäten der Parteien untereinander in den Hintergrund traten und allenfalls andeutungsweise in Besetzungsfragen hervorschielen. Mit der

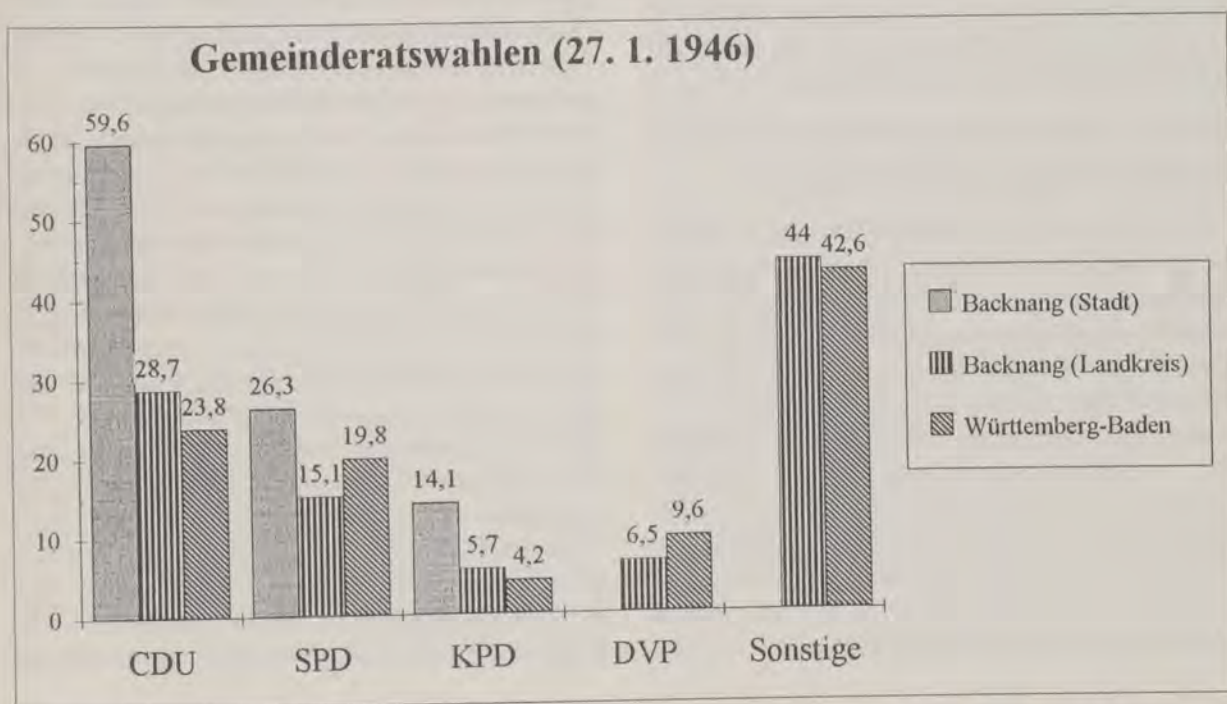


Abb. 16: Vergleich der Gemeinderatswahlergebnisse vom 27. Januar 1946 in der Stadt Backnang, im Landkreis Backnang und in Württemberg-Baden (Wie wählte Württemberg-Baden?; wie Anm. ¹⁰¹).

¹⁰¹ Vgl. Kap. 3c.

Schaffung eines Wohnungs- und eines eigenen Flüchtlingsamtes suchte man diesen dringendsten Problemen zu begegnen. Ein eigens für Industriebewerbungen gebildeter Wirtschaftsausschuß sollte krisenfeste Industrien zu einer Ansiedlung in Backnang bewegen, um die in der Stadt vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten nicht nur für die neu hinzu gezogenen Flüchtlinge zu erweitern. Bereits 1946 hatten u. a. so namhafte Firmen wie Siemens oder AEG gegenüber den Vertretern dieses Ausschusses ihr Interesse einer Umsiedlung ihrer Betriebe nach Backnang bekundet. Daneben oblagen dem Gemeinderat aber in zunehmendem Maße immer mehr kommunale Verwaltungsangelegenheiten, sei es der Entwurf, die Beratung oder die Verabschiedung einer eigenen Geschäftsordnung, sei es die Aufstellung eines Haushaltsplanes, sei es die Einstellung oder Entlassung städtischer Angestellter oder sei es die Beratung über die Durchführung von kulturellen Veranstaltungen, die sich ebenso auf Tagesordnungen heutiger Gemeinderatssitzungen finden könnten. Und als sich die ersten Backnanger Nachkriegsgemeinderäte schließlich am 7. Januar 1948 zu ihrer letzten Sitzung trafen, konnten sie auf 133 Sitzungsstunden, die sich auf 24 Sitzungen verteilten, und 551 Verhandlungspunkte zurückblicken.¹²⁶

b) Die ersten Bürgermeisterwahlen in Backnang nach Kriegsende

Die im Januar gewählten Gemeinderäte traten am 11. März 1946¹²⁷ zu ihrer ersten (öffentlichen) Gemeinderatssitzung zusammen, auf welcher sie nach einem kurzen Streifzug durch die Gemeinderatsordnung vom kommissarischen Bürgermeister Eugen Wohlfarth (KPD) per Handschlag zur gewissenhaften Erfüllung ihrer Aufgaben verpflichtet wurden. Es folgte eine im Auftrag der CDU-Fraktion vom Gemeinderat Karl Limbeck abgegebene Erklärung, in der er u. a. keinen Zweifel daran ließ, daß die CDU in Anbetracht ihres hervorragenden Wahlergebnisses zukünftig keinen kommunisti-

schen Bürgermeister in Backnang dulden würde: (...) *Es wäre eine absolute Verneinung der Grundsätze der Demokratie, die doch auch von den Linksparteien herbeigesehnt wird, wollten wir das Amt des Bürgermeisters in der Hand eines Mitgliedes einer Partei belassen, die nur etwa 14% der am Wahltag abgegebenen Stimmen für sich erreichen konnte.* (...) ¹²⁸

Gleichzeitig sprach sich Limbeck jedoch gegen jede *engstirnige Parteipolitik*¹²⁹ aus und signalisierte den übrigen Gemeinderatsmitgliedern die Bereitschaft der CDU zu einer parteiübergreifenden Zusammenarbeit. In ähnlichem Sinne, zumindest was Limbecks letzten Punkt anbelangte, äußerten sich auch Franz Hopfensitz für die KPD und Hermann Lachenmaier für die SPD, so daß in der anschließenden Aussprache über den vom bisherigen Bürgermeister verlesenen Tätigkeitsbericht Vertreter aller Parteien im Backnanger Rathaus ihre Anerkennung und ihren Dank für die von Wohlfarth und den Beiräten geleistete Arbeit des letzten halben Jahres bekundeten. Schließlich wurden die bei der Stadt eingegangenen Bewerbungen für die auf den 14. März 1946 terminierte Bürgermeisterwahl bekanntgegeben. Neben dem seither kommissarisch tätigen Amtsinhaber Wohlfarth, hatten auch Karl Limbeck sowie ein gewisser Dr. Walter Baumgärtner, seines Zeichens Rechtsanwalt aus Stuttgart, ihre Kandidatur angemeldet. Da Wohlfarth und Limbeck bekannt waren, galt das Interesse der Backnanger Gemeinderäte dem ebenfalls an der Sitzung teilnehmenden Baumgärtner, der diesen in aller Kürze über seine Rechtsanwaltstätigkeit während des Dritten Reiches¹³⁰ und die näheren Hintergründe seiner Kandidatur Auskunft gab. Der nach eigenen Angaben politisch ungebundene Baumgärtner war demnach auf dem Stuttgarter Innenministerium vorstellig geworden, um sich nach einer geeigneten Stelle in der kommunalen Verwaltung zu erkundigen. Von einem Dr. Schwammberger auf Bürgermeisterposten in Schwäbisch Hall, Geislingen oder Backnang verwiesen, wandte er

¹²⁶ WZE/BN (10. Januar 1948).

¹²⁷ StAB GRP (11. März 1946).

¹²⁸ Ebd.

¹²⁹ Ebd.

¹³⁰ Da für Rechtsanwälte kein Beitrittszwang zur NSDAP bestanden hatte, war Baumgärtner dieser auch nicht beigetreten, weshalb ihm weniger Armenrechtsprozesse zugewiesen wurden. Außerdem empfand er seinen Kompagnon (Dr. H.) als strengen politischen Leiter, vor dem er sich in Fragen der Politik sehr in acht nehmen mußte, so daß er es seiner eigenen Einschätzung zufolge nur guten Freunden zu verdanken hatte, nicht in ein KZ gekommen zu sein. StAB GRP (11. März 1946).



Abb. 17: Der Backnanger Sozialdemokrat Hermann Lachenmaier sen., hier zusammen mit Freunden (darunter der einzige Backnanger Jude Emanuel Feigenheimer) auf einem Bild aus den 50er Jahren.

sich daraufhin an seinen alten Bekannten Wilhelm Kopp, dem kommenden starken Mann der Backnanger CDU, mit dem ihn eine bis in die 20er Jahre zurückliegende Freundschaft verband.³³¹ Kopp berichtete Baumgärtner von den Bemühungen der CDU um einen *Fachbürgermeister*,³³² woraufhin sich dieser für eine Bewerbung in Backnang entschied.

Bereits am darauffolgenden Donnerstag (14. März 1946)³³³ zwischen 16.00 bis 16.45 Uhr schritten die Backnanger Gemeinderäte in Anwesenheit von Captain Panettiere und eines weiteren nicht namentlich genannten Offiziers als Vertreter der Militärregierung Backnangs sowie von Landrat Friedrich Tränkle und Regierungsassessor Dr. Sladek, die beide das Landratsamt vertraten, zur Wahl ihres künftigen Stadtoberhauptes. Allerdings hatte Karl Limbeck in der Zwischenzeit seine Kandidatur zurückgezogen, da der von Kopp vorgeschlagene gelernte Verwaltungsfachmann Baumgärt-

ner eher den Vorstellungen der CDU-Fraktion entsprach.³³⁴ So votierten in der geheimen Abstimmung alle 15 CDU-Gemeinderäte für Baumgärtner, während sich Wohlfarth mit den restlichen 9 Stimmen von SPD (6 Stimmen) und KPD (3 Stimmen) begnügen mußte.³³⁵ Auf die von den Amerikanern bestätigte Wahl Baumgärtners wählte man zwei Wochen darauf Hermann Kaelble sen. (für die CDU) und Hermann Lachenmaier (SPD) zu dessen ersten bzw. zweiten Stellvertreter. Baumgärtner selbst trat am 1. April 1946 im Beisein von Captain Panettiere und Landrat Tränkle, der ihn *im Auftrag des Innenministeriums und kraft eigener Amtstätigkeit auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Aufgaben verpflichtet(e)*,³³⁶ sein Amt an.

Der damals 46jährige Baumgärtner sollte für die kommenden 20 Jahre an der Spitze der Backnanger Stadtverwaltung stehen. Im September 1899 in Stuttgart geboren,³³⁷ entstammte er einer alten württembergischen Beamtenfa-

³³¹ CDU-Festschriftentwurf.

³³² StAB GRP (11. März 1946).

³³³ StAB GRP (14. März 1946).

³³⁴ CDU-Festschriftentwurf.

³³⁵ StAB GRP (28. März 1946).

³³⁶ StAB GRP (1. April 1946).

³³⁷ Vgl. den im WZE/BN (3. März 1948) anlässlich Baumgärtners Wiederwahl am 29. Februar 1948 veröffentlichten Kurzlebenslauf.

milie. Nach der Erlangung der mittleren Reife war er 1915 in die Laufbahn des mittleren Verwaltungsdienstes eingetreten. 1922 legte er die gehobene Verwaltungsdienstprüfung ab und arbeitete in den folgenden Jahren als Obersekretär bei der Stadt Stuttgart. Die Aufgaben seiner städtischen Dienste 1926 ermöglichten es ihm, im Februar 1927 als außerordentlicher Schüler am Feuerbacher Reformgymnasium sein Abitur nachzuholen. In der Folgezeit widmete Baumgärtner sich an den Universitäten in Tübingen und Berlin dem Studium der Rechtswissenschaft und der Volkswirtschaft und promovierte im Frühjahr 1930 über *Die Rechtsstellung und die Bedeutung der kommunalen Sparkasse im Bankverkehr*. Seit seiner im Sommer 1933 absolvierten Großen Juristischen Staatsprüfung wirkte er schließlich bis zu seiner Einberufung zum Kriegsdienst als selbständiger Rechtsanwalt in Stuttgart, bevor er sich in Backnang um den Bürgermeisterstuhl bewarb.

Da Baumgärtners erste Amtszeit (ebenso wie die des Gemeinderates) angesichts der unklaren politischen Verhältnisse auf zwei Jahre beschränkt war, stand im Februar 1948 erstmals nach Kriegsende wieder eine Bürgermeisterwahl durch die Bevölkerung an, die zu einer triumphalen Bestätigung des bisherigen Amtsinhabers geriet. Zwar hatten neben dem zwischenzeitlich auch als geschäftsführendem Vorsitzenden der Backnanger Spruchkammer fungierenden Baumgärtner bis zum Ablauf der Abgabefrist sechs weitere Kandidaten³³⁸ ihre Bewerbung für das Amt des Bürgermeisters eingereicht, jedoch standen deren Chancen von vornherein wenig günstig, da sie weder aus Backnang oder der näheren Umgebung stammten noch von den dortigen Parteien nominiert worden waren. So zogen zwei Bewerber³³⁹ ihre Kandidatur zurück, und von den vier übriggebliebenen Herausforderern Baumgärtners erschien lediglich der Journalist Rolf Nonnenmacher auf der für den 21. Februar 1948 angesetzten Kandidatenvorstellung im voll besetzten Backnanger Bahnhofshotel (ca. 400 Sitzplätze).³⁴⁰ Dieser arbeitete nach Stationen

im Wirtschaftsministerium und beim Süddeutschen Rundfunk zum damaligen Zeitpunkt als Dezernent in der innenpolitischen Abteilung der Stuttgarter Zeitung. Die von Nonnenmacher gegenüber Baumgärtner als Amtsinhaber attestierten Vorteile, glaubte der 31-jährige durch seine Jugend wettmachen zu können. Doch statt die Bevölkerung mit konkreten Zielen für seine Wahl zu gewinnen, beließ er es bei einer allgemein gehaltenen politischen Absichtserklärung. Außerdem hatte das SPD-Mitglied seine Bewerbung aus eigener Initiative betrieben, ohne zuvor die örtlichen Parteistellen zu konsultieren. Deren Reaktion bestand in der Veröffentlichung eines am Dienstag vor der Wahl gefaßten Mitgliederbeschlusses, der es den SPD-Mitgliedern und Anhängern freistellte, welchem Bürgermeisterkandidaten sie am kommenden Sonntag ihre Stimme gaben.³⁴¹

Der ebenfalls auf der Vorstellungsveranstaltung anwesende Baumgärtner dagegen war sich seines Amtsbonussees durchaus bewußt, vergaß aber auch nicht, darauf hinzuweisen, daß die Pflichten eines Bürgermeisters häufig populären Tätigkeiten im Wege stünden. Im übrigen sprach er sich gegen jede Art der Parteipolitik auf dem Backnanger Rathaus aus und wünschte sich weiterhin eine gute Zusammenarbeit mit den Beamten, Angestellten und Arbeitern der Stadt, den Behörden, dem Gemeinderat, dem Wohlfahrtsausschuß, den Gewerkschaften, den Vereinen und jedem einzelnen Stadtbewohner. Nicht unerwähnt blieb die von Baumgärtner abschließend als gut betrachtete wirtschaftliche und finanzielle Lage der Stadt, deren Aufwärtsentwicklung er v. a. auf die Tatkraft des Gemeinderates (mit ihm als Geschäftsführer) zurückführte.³⁴² Insofern herrschten kaum Zweifel an Baumgärtners Wiederwahl am 29. Februar 1948, einzig die Einmütigkeit, mit der sich die Backnanger für ihr seitheriges Stadtoberhaupt entschieden, bot Anlaß zur Überraschung. Bei einer Wahlbeteiligung von nur 54,73% entfielen von den 5 095 abgegebenen gültigen Stimmen allein 4 866 Stimmen (= 95,5%) auf Baumgärtner. Rolf

³³⁸ Gustav Ascher (39, stellv. Staatskommissar für das Flüchtlingswesen), Artur Blaich (Dipl.-Ing.), Joachim Hasper (53), Hans Leistner (31, Zivilingenieur), Rolf Nonnenmacher (30, Journalist) und Dr. Erwin Zeisel (44, Abteilungsleiter im Wirtschaftsministerium Württemberg-Baden); AB (14. Februar 1948).

³³⁹ Artur Blaich (AB 21. Februar 1948) und Gustav Ascher (WZE/BN 25. Februar 1948).

³⁴⁰ Ebd.

³⁴¹ WZE/BN (28. Februar 1948).

³⁴² WZE/BN (3. März 1948).

Nonnenmacher erhielt 181, Dr. Erwin Zeisel 25, Hans Leistner 15 und Joachim Hasper 8 Stimmen. Und auch wenn keine amtlich hergestellten Stimmzettel verwendet werden konnten, waren nur 73 Stimmen ungültig.³⁴³

c) Die übrigen Wahlen des Jahres 1946

Um das Bild der von den Amerikanern zunächst auf Gemeindeebene begonnenen Demokratisierung zu vollenden, soll an dieser Stelle abschließend ein cursorischer Blick auf die den Gemeinderatswahlen nachfolgenden Kreis- und Landtagswahlen sowie auf die zwischen diesen beiden Wahlgängen liegende Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung geworfen werden. Nachdem im März 1946 vom württemberg-badischen Staatsministerium die Neuordnung der Landkreisverwaltung vorgenommen worden war, wurden am 28. April 1946 in den 28 Kreisbezirken Württemberg-Badens die Kreistage gewählt.³⁴⁴ Bei diesen handelte es sich um eine *öffentliche Gebietskörperschaft, die in eigener Verantwortung die gemeinschaftlichen Interessen der kreisangehörigen Gemeinden wahrnahm*.³⁴⁵ In den sechs Wahlbezirken des Landkreises Backnang waren dabei insgesamt 26 Kreisratssitze zu vergeben. Die einen eigenen Wahlbezirk bildende Stadt Backnang sollte sechs Kreisräte entsenden. Um diese sechs Plätze bewarben sich die CDU und die SPD mit jeweils sechs sowie die KPD mit vier Kandidaten, unter denen sich bei der CDU und SPD je vier und bei der KPD drei der amtierenden Gemeinderäte befanden, so daß Ämterhäufungen nicht ausblieben.³⁴⁶ Von allen drei Parteien erwies sich dieses Mal die CDU als am aktivsten. So setzten die Christdemokraten nicht nur am frühesten mit Wahlveranstaltungen ein, sondern sie übertrafen im April 1946 mit 29 abgehaltenen Versammlungen SPD und KPD, die auf 14 bzw. 9 Kundgebungen kamen, wenngleich die SPD insgesamt mehr Zuhörer verzeichnen konnte.³⁴⁷ Hinzu kam der schon von den Gemeinderatswahlen bekannte umfassen-



Abb. 18: Der Backnanger Wilhelm Traub – Mitbegründer der SPD im Jahre 1945 (Aufnahme aus den 60er Jahren).

de Einsatz von Flugblättern (6 400 gegenüber 1 800 SPD- bzw. 1 500 KPD-Flugblättern) durch die CDU. Am Wahltag³⁴⁸ konnte diese mit 57,3% der abgegebenen gültigen Stimmen fast an ihr Gemeinderatswahlergebnis anknüpfen. Die SPD kam auf 22,1%, und auf die KPD entfielen 20,5% der Stimmen. Damit stellte die Backnanger CDU vier Kreisräte, je einer kam von der SPD und der KPD, wobei deren Kandidat Eugen Wohlfarth nur 100 Stimmen weniger erhalten hatte als Karl Limbeck (CDU), der die meisten Stimmen (2 957) auf sich vereinigen konnte. Der für die SPD in den Kreisrat gewählte Hermann Lachenmaier lag dagegen mit 1 178 Stimmen weit abgeschlagen hinter den übrigen fünf aus der Stadt Backnang entsandten Kreisräten zurück. Und da auch in den anderen Wahlbezirken des Kreises die Taktik

³⁴³ Ebd.

³⁴⁴ Sauer (wie Anm. 2), S. 108f.

³⁴⁵ Ebd. S.108.

³⁴⁶ AB (20. April 1946).

³⁴⁷ Monthly Political Activity Report (30. März und 1. Mai 1946); RG 260 OMGWB 5/10-2/7/folder 1.

³⁴⁸ Wie wählte Württemberg-Baden? (wie Anm. 303), S. 62; wobei die Wahlbeteiligung bei 67,6% lag.

Kreistagswahlen (26. 4. 1946)

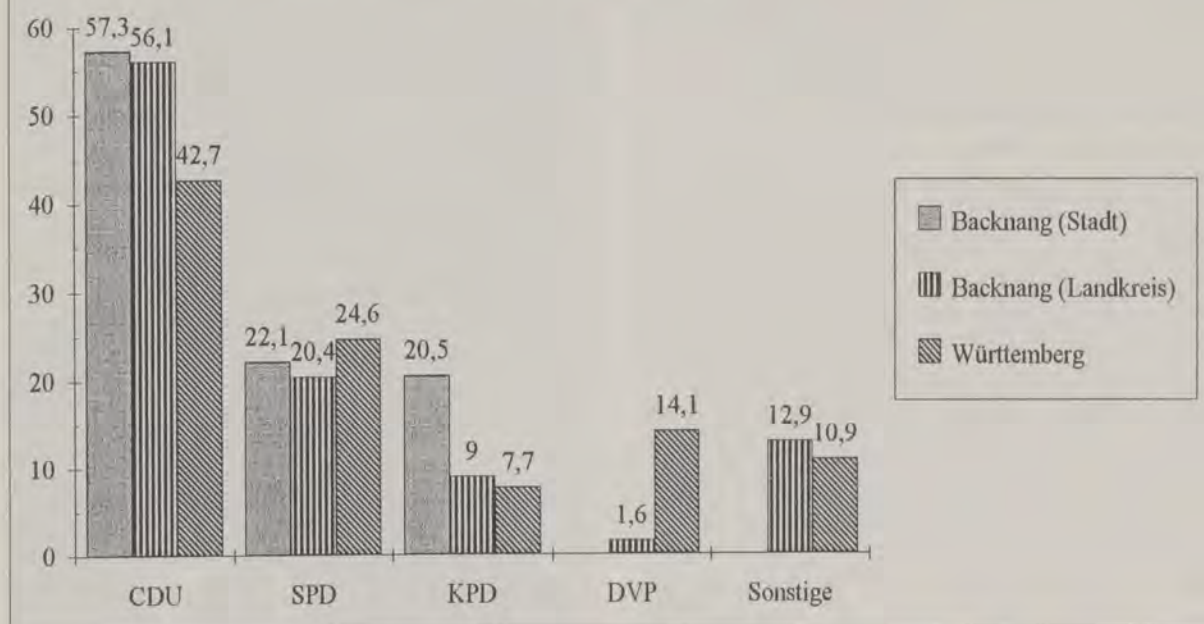


Abb. 19: Vergleich der Kreistagswahlergebnisse vom 26. April 1946 in der Stadt Backnang, im Landkreis Backnang und im Landesbezirk Württemberg (Wie wählte Württemberg-Baden? – wie Anm. 303).

der CDU (= prominente Kandidaten und massive Wahlwerbung) aufgegangen war, stellte diese im Kreisrat mit 15 Sitzen die Mehrheit. Je einen Kreisrat stellte die DVP und die KPD.³⁴⁹ Fünf Kreisräte gehörten der SPD an, während die übrigen vier parteilos waren. Am 7. Juni 1946 wurde schließlich Karl Limbeck mit 14:11 Stimmen zum Nachfolger des seit Dezember 1945 kommissarisch als Landrat tätigen Friedrich Tränkle gewählt.³⁵⁰

Bereits zwei Monate nach den Kreistagswahlen folgte am 30. Juni 1946 die erste überregionale Wahl Württemberg-Badens. Für diese Wahlen zur Verfassungsgebenden Landesversammlung kandidierten in Backnang erstmals vier Parteien. Neu hinzugekommen war die DVP. Da der Landkreis Backnang keinen eigenen Wahlkreis bildete und mit dem Nachbarkreis Schwäbisch Hall zu einem Wahlbezirk

vereinigt worden war, enthielten die Wahlvorschlagslisten jeder Partei je zwei Bewerber aus den einzelnen Kreisen. Mit Hermann Lachenmaier (Kreisrat und Gemeinderat) für die SPD, Eugen Wohlfarth (Kreisrat) für die KPD und Carl Robitschek für die DVP entstammte einer der beiden Backnanger Kandidaten dieser Parteien aus der Stadt selbst, während sich die CDU für zwei Vertreter aus dem Kreisgebiet entschieden hatte.³⁵¹ Auf Grund der in Schwäbisch Hall deutlich höheren Wahlbeteiligten von 61,46% (gegenüber 48,18% in Backnang) gingen zwei der in diesem Wahlbezirk vergebenen Mandate zur Landesversammlung (je eines für die SPD und DVP) an die Kandidaten dieses Landkreises. Der dritte Sitz fiel an den aus Reichenberg (Kreis Backnang) kommenden Forstmeister Theodor Hepp.³⁵² In Backnang selbst machte sich u. a. das erstmalige Auftre-

³⁴⁹ Für die KPD war dies der in Backnang gewählte Eugen Wohlfarth. Im übrigen ländlichen Kreisgebiet besaß die KPD dagegen kaum Anhänger, so daß sie im gesamten Kreisgebiet nur auf 9% der Stimmen (gegenüber 20,5% der Stimmen in der Stadt Backnang) kam.

³⁵⁰ Monthly Political Activity Report (1. July 1946); RG 260 OMGWB 5/10-2/7/folder T.

³⁵¹ AB (22. Juni 1946).

³⁵² AB (30. Juni 1946); allerdings finden sich dort keine Einzelergebnisse für die Kandidaten, so daß das Mitgliederverzeichnis der Verfassungsgebenden Landesversammlung [in: Wie wählte Württemberg-Baden? (wie Anm. 303), S. 79f.] herangezogen werden mußte, um die im Wahlkreis Backnang/Schwäbisch Hall gewählten Kandidaten zu vermitteln.

ten der DVP für die CDU negativ bemerkbar. Zwar erhielt diese mit 39,7% aller gültigen Stimmen noch immer die größte Zustimmung, an die bei den Gemeinde- oder Kreistagswahlen errungenen absoluten Mehrheiten aber reichte die CDU nicht mehr heran. Der von der DVP erzielte Stimmenanteil von 14,1% entsprach in etwa den von der CDU gegenüber den Kreistagswahlen erlittenen Stimmeneinbußen. Von den beiden Arbeiterparteien verzeichnete die SPD einen Stimmenzuwachs von +4,8 Prozentpunkten auf nunmehr 26,9% der gültigen Stimmen, während die KPD einen kleineren Verlust hinnehmen mußte und nur noch 19,1% (-1,4%) erhielt.¹⁵¹

Den Abschluß des „Superwahljahres“ 1946 in Württemberg-Baden bildeten die für den 24. November 1946 angesetzten Landtagswahlen, in deren Zusammenhang gleichzeitig über die inzwischen erarbeitete Verfassung abgestimmt werden sollte. Auf die wiederum zu einem gemeinsamen Wahlkreis zusammengefaßten Landkreise entfielen erneut drei Mandate,¹⁵² die

allerdings im Unterschied zu den vorhergehenden Wahlen ausnahmslos den Kandidaten aus Schwäbisch Hall zugute kamen.¹⁵³ Erstmals seit den Gemeinderatswahlen am Jahresanfang war in der Stadt Backnang wieder ein leichter Anstieg der Wahlbeteiligung auf 68,8% zu verzeichnen. Erneut mußte die bisher erfolgverwöhnte CDU Stimmenverluste gegenüber der DVP hinnehmen, die ihren Stimmenanteil im Vergleich zu den Wahlen zur Verfassunggebenden Landesversammlung um 5,3% auf 19,6% der gültigen Stimmen ausbauen konnte und nunmehr mit der KPD zusammen die dritte politische Kraft in Backnang hinter CDU und SPD bildete. Die DVP-Gewinne entsprachen damit genau den CDU-Verlusten (-5,3% auf 34,4%), während die Ergebnisse von SPD (26,6%) und KPD (19,4%) fast keine Veränderungen gegenüber den Juni-Wahlen 1946 aufwiesen (Vgl. Abb. 22). Im übrigen wurde die Landesverfassung für Württemberg-Baden mit 4 336 (83,7%) zu 843 (16,3%) Stimmen angenommen.¹⁵⁴

Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung (30. 6. 1946)

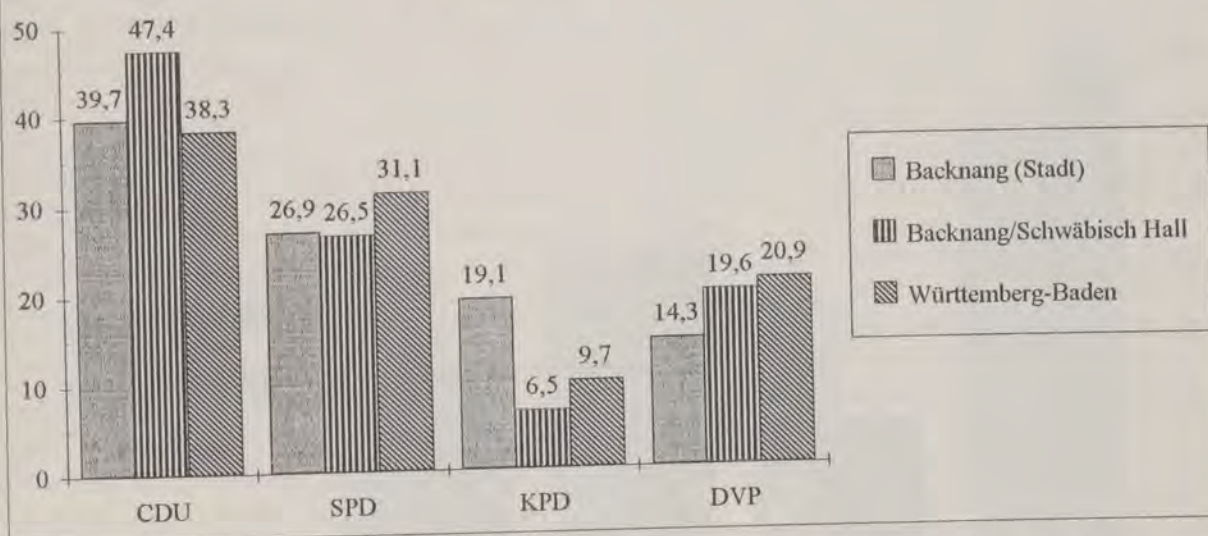


Abb. 20: Vergleich der Wahlergebnisse zu den Wahlen zur Verfassunggebenden Landesversammlung vom 30. Juni 1946 in der Stadt Backnang, im Wahlkreis Backnang/ Schwäbisch Hall und in Württemberg-Baden (Wie wählte Württemberg-Baden? – wie Anm.¹⁵¹).

¹⁵¹ Wie wählte Württemberg-Baden? (wie Anm. 303), S. 115ff

¹⁵² Je ein Mandat für die SPD, DVP und CDU.

¹⁵³ Wie wählte Württemberg-Baden? (wie Anm. 303), S. 90.

¹⁵⁴ Ebd. S. 115.

Landtagswahl (24. 11. 1946)

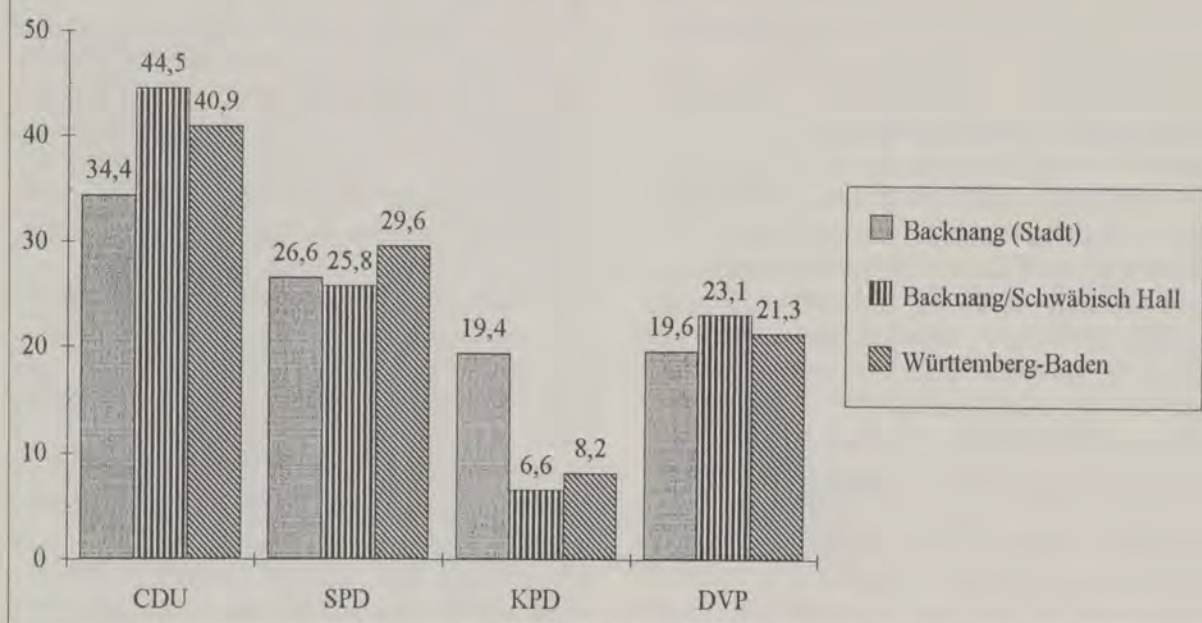


Abb. 21: Vergleich der Landtagswahlergebnisse vom 24. November 1946 in der Stadt Backnang, im Wahlkreis Backnang/Schwäbisch Hall und in Württemberg-Baden (Wie wählte Württemberg-Baden? – wie Anm.¹⁰¹).

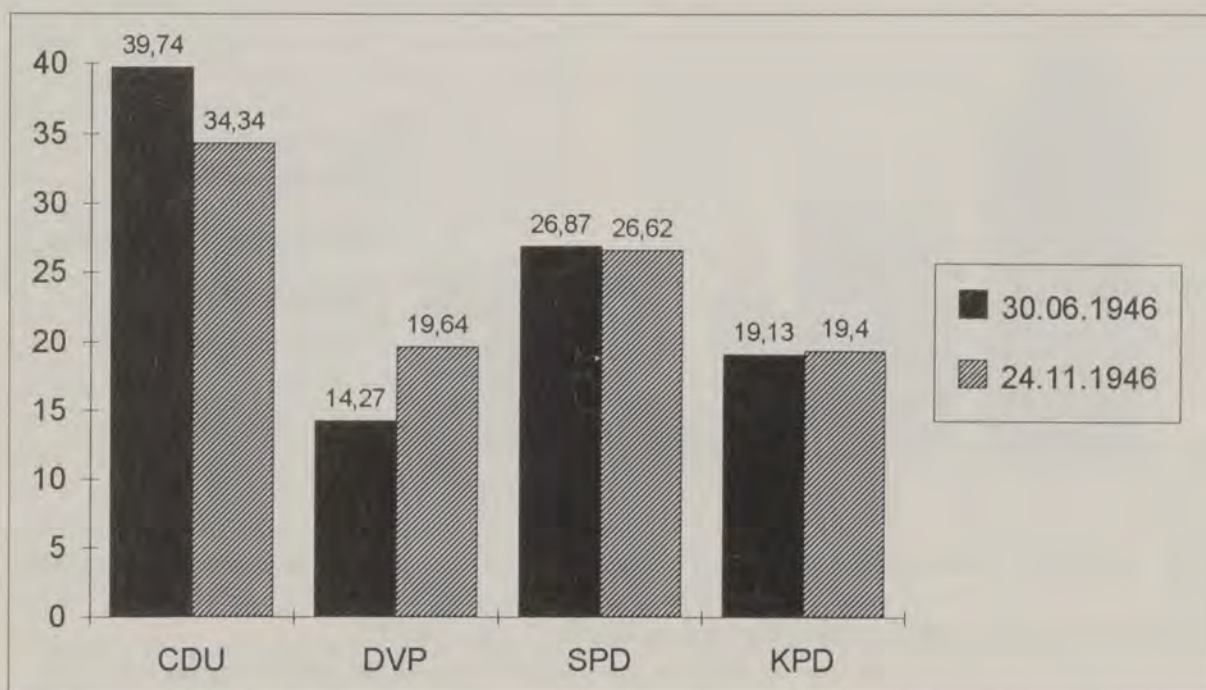


Abb. 22: Vergleich der Wahlergebnisse zwischen den Wahlen zur Verfassunggebenden Landesversammlung (30. Juni 1946) und den Landtagswahlen (24. November 1946) in der Stadt Backnang (Wie wählte Württemberg-Baden? – wie Anm.¹⁰¹).

Nachdem die Gemeinde-, Stadt- und Kreisverwaltungen Württemberg-Badens bereits seit Mitte des Jahres 1946 von gewählten Gemeinde-, Stadt- oder Kreisvertretungen kontrolliert wurden, hatte nun auch das Land eine demokratisch gewählte Volksvertretung erhalten. Ein gutes Stück des Weges zu einer freien politischen Selbstbestimmung der deutschen Bevölkerung war damit beschritten.

6. Zusammenfassung

Das Ziel dieser Arbeit war es, am Beispiel der Stadt Backnang die Situation der deutschen Bevölkerung vornehmlich in den beiden ersten Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges sowie die in dieser Zeit beginnende Wiedererweckung der kommunalen Selbständigkeit auf einer demokratischen Grundlage darzustellen. Quasi als Rahmen, in dem sich diese Entwicklung vollzog, nahm die Untersuchung in einer Betrachtung der von den unterschiedlichsten Faktoren abhängigen Besatzungspolitik der USA (als der für Backnang verantwortlichen Besatzungsmacht) und deren Militärregierungsorganisation in Deutschland ihren Ausgangspunkt. Der sich daran anschließende Blick auf die letzten Kriegstage und die Besetzung der Stadt an Hitlers Geburtstag zeigte, daß Backnang im Kriege weitgehend von Zerstörungen verschont geblieben war und erst unmittelbar bei Kriegsende durch Sprengungen der abrückenden Wehrmacht größere Schäden davongetragen hatte. Angehörige des von kommunistischer Seite organisierten Widerstands, der eine kampfbereite Übergabe Backnangs an die Amerikaner ermöglichte, sollten auch über das Ende des Krieges hinaus wichtige Rollen in der Stadt besetzen.

Das entsandte Militärregierungspersonal erwies sich als gut auf die bevorstehenden Aufgaben vorbereitet, wurde jedoch in seiner Effizienz durch Personalmangel, häufige Versetzungen und seine sich auf verschiedenste Zuständigkeitsbereiche erstreckende Verwendung beeinträchtigt. Der von der amerikanischen Militärregierung trotz dessen NSDAP-Mitgliedschaft im Amt belassene langjährige Bürgermeister Backnangs rückte sogar zum Landrat auf, während sein ebenfalls in der Verwaltung erfahrener Nachfolger auch der NSDAP angehörte. Schließlich betraute man Mitte Juni einen politisch nicht belasteten, in

der Kommunalverwaltung jedoch wenig bewanderten Bauingenieur mit der Führung des Backnanger Rathauses. Erst als dieser im Dezember 1945 gleichfalls zum Landrat avancierte, trat mit seinem bisherigen Stellvertreter Eugen Wohlfarth (KPD) ein Mitglied der Backnanger Widerstandsbewegung an die Spitze der Stadtverwaltung, das sich bis zur Wahl des Bürgermeisters durch den Gemeinderat im März 1946 in seinem Amt halten konnte.

Der sich daran anschließenden Darlegung der unmittelbaren Nachkriegssituation für die Bevölkerung sind eine ganze Reihe der Probleme und Schwierigkeiten zu entnehmen, die das damalige alltägliche Leben bestimmten. Beginnend mit der Schilderung der von der amerikanischen Militärregierung erlassenen „Sofortmaßnahmen“ über die Freilassung von *Displaced Persons*, der Wohnraumbeschaffung zur Unterbringung der amerikanischen Truppen und der Übernahme der Gerichtstätigkeit bis hin zu den mangelnden Informationsmöglichkeiten der deutschen Bevölkerung und deren Sorge um die Sicherung der einfachsten menschlichen Grundbedürfnisse, den Arbeits-(zwangs)einsätzen und den damit verbundenen Aufräumarbeiten, den fehlenden Transportmöglichkeiten und der in der zweiten Jahreshälfte von den Amerikanern betriebenen Entnazifizierung sowie dem ab Oktober 1945 einsetzenden Zustrom an Flüchtlingen aus den deutschen Ostgebieten sollte ein weitgefächertes Bild der alltäglichen Not, des Mangels und der Belastungen der Besatzungszeit sowie der ergriffenen „Gegenmaßnahmen“ gezeichnet werden.

Der sich gleichfalls innerhalb dieser Bedingungen unter amerikanischer Oberaufsicht vollziehende Wiederaufbau der kommunalen Selbstverwaltung und des politischen Lebens in Backnang setzte noch im Herbst 1945 mit der Einsetzung eines Beirates und der Wiederzulassung von Parteien ein. Dabei zeigte sich sowohl in der Zusammensetzung des Beirates als auch in der Betrachtung der aktiv an den Parteigründungen beteiligten Personen, daß ein nicht unerheblicher Anteil dieser Männer bereits während der Weimarer Republik politisch tätig war. Da SPD und KPD eher als die mehr oder weniger neugegründete CSV/CDU und DVP an frühere Parteistrukturen anknüpfen konnten, waren die beiden Arbeiterparteien nicht nur früher in Backnang aktiv, sondern

konnten auch verstärkt auf ehemalige Mitglieder oder Sympathisanten zurückgreifen. Die von einer kleinen Gruppe ehemaliger Zentrumsmitglieder initiierte CSV/CDU und die u. a. größtenteils aus der früheren Deutschen Demokratischen Partei Backnangs hervorgegangene DVP dagegen traten erst nach der KPD und SPD an die Öffentlichkeit und besaßen weit weniger Mitglieder. Dennoch gelang es der CSV, sich überraschend deutlich bei den ersten nach Kriegsende anstehenden Gemeinderatswahlen im Januar 1946 gegen SPD und KPD (die DVP kandidierte in Backnang erst im Juni zur Wahl der Verfassunggebenden Landesversammlung) durchzusetzen und dies, obwohl die Arbeiterparteien im vorausgegangenen Wahlkampf heftig gegen die CSV (bzw. deren „christlichen“ Anspruch) polemisierte und einzelne CSV-Kandidaten persönlich (verbal) angegriffen hatten. In einem eher allgemein gehaltenen Programm, einem sachlich und mit dem größten Werbeaufwand aller Parteien geführten Wahlkampf sowie einer breite Bevölkerungsschichten ansprechenden Kandidatenliste, auf der viele Honoratioren der Stadt vertreten waren, lagen die Gründe des CSV-Erfolges. Und wie der Vergleich mit den beiden letzten Gemeinderatswahlen vor 1933 ohne Beteiligung der NSDAP in Backnang beweist, waren auch nach Kriegsende keine wesentlichen Veränderungen der Stimmenanteile im Verhältnis zwischen den bürgerlichen Parteien auf der einen und den Arbeiterparteien auf der anderen Seite eingetreten.

Der im Backnanger Gemeinderat nun die Mehrheit stellenden CSV-Fraktion oblag es im März 1946, den ihr nahestehenden (gleichwohl nicht der CSV angehörenden) gelernten Verwaltungsfachmann Dr. Walter Baumgärtner für die kommenden zwei Jahre zum Bürgermeister zu wählen. Dieser konnte sich nach dem Ablauf seiner Amtszeit im Februar 1948 bei der nunmehr durch die Bevölkerung wahrgenommenen Bürgermeisterwahl eindeutig (96,0%) gegen seine sechs Mitbewerber behaupten.

Mit einem Blick auf die übrigen drei Wahlen des Jahres 1946, die den von den Amerikanern auf der Gemeindeebene begonnenen demokratischen Wiederaufbau auf der Kreis- und Landesebene fortsetzten, endet die Arbeit. Dabei vermochte es die zwischenzeitlich in CDU umbenannte CSV, zunächst die Kreistagswahlen in ähnlicher Deutlichkeit wie bei den Gemeinderatswahlen für sich zu entscheiden und ihren Vorsitzenden Karl Limbeck zum Landrat zu wählen. Damit saßen sowohl im Backnanger Gemeinderat als auch im Backnanger Kreisrat an den entscheidenden kommunalpolitischen Schalthebeln zumindest der CDU nahestehende Vertreter (Dr. Baumgärtner) bzw. deren Mitglieder. Das Auftreten der DVP im Juni 1946 anlässlich der Wahlen zur Verfassunggebenden Landesversammlung ließ der CDU jedoch einen bislang in der Stadt Backnang nicht (bzw. im Kreis nur minimal) in Erscheinung getretenen Konkurrenten um die Gunst der bürgerlichen Wählerstimmen entstehen, der trotz seiner schwachen Parteiorganisation zweistellige Wahlergebnisse verzeichnen konnte. Die seit den Gemeinderatswahlen im Januar kontinuierlich gesunkene und erst bei den Landtagswahlen im November 1946 wieder leicht angestiegene Wählerbeteiligung verdeutlicht ein angesichts der Fülle an Kriegsproblemen, der alltäglichen Sorgen und Nöte nachlassendes Interesse an über die eigenen Stadt- und Gemeindegrenzen hinausragenden politischen Entscheidungsprozessen.

Was den Wert einer derartigen Einzeluntersuchung anbelangt, so bietet diese die Gelegenheit, anhand der zeitlich und räumlich zu überschauenden Nachkriegssituation der Stadt Backnang einen Bildausschnitt von deren historischer Entwicklung während dieser Zeit zu entwerfen und mit konkreten Details zu illustrieren. Ein den Rahmen dieser Arbeit sprengender, sich gleichwohl anbietender Vergleich, etwa mit der Situation im übrigen Kreisgebiet oder einer anderen Stadt (z. B. innerhalb der Französischen Besatzungszone), zu dem diese Untersuchung nun die Vorarbeit geleistet hätte, könnte die hier gewonnenen Eindrücke relativieren, kontrastieren oder bestätigen.

7. Anhang

Der Backnanger Beirat (September 1945 bis Februar 1946)

Name	Beruf	Bemerkungen
Aichholz, Hermann	Kaufmann	ab 1946 Gemeinderat für die CSV bzw. CDU
Ehret, Robert	Kaminfegermeister	bereits vor 1933 Mitglied der SPD, von Nationalsozialisten inhaftiert, ab 1946 Gemeinderat für die SPD
Gläser, Wilhelm	Bäckermeister	
Hackenschuh, Eugen	Fabrikant	
Häberlin, Eugen	Schlosser	bereits 1925 KPD-Gemeinderatskandidat, ab 1928 KPD-Gemeinderat, von Nationalsozialisten inhaftiert, 1946 erneut Gemeinderat für die KPD
Heller, Gotthilf	Bauer	1946 Gemeinderat für die CSV
Hopfensitz, Franz	Schreiner	bereits 1922 KPD-Gemeinderatskandidat, ab 1925 KPD-Gemeinderat, 1931 wiedergewählt, von Nationalsozialisten inhaftiert, ab 1946 erneut Gemeinderat für die KPD und erster Nachkriegsvorsitzender der Ortsgruppe
Kopp, Albert	Bauer	1946 Gemeinderatskandidat der SPD, 1947 Gemeinderat für die CDU
Lachenmaier, Hermann	Wäschereibesitzer	bereits vor 1933 SPD-Mitglied, von Nationalsozialisten inhaftiert, ab 1946 Gemeinderat für die SPD und erster Nachkriegsvorsitzender des Ortsvereins
Pflüger, Richard	Studienrat	
Träg, Matthäus	Lederhändler	1947 Gemeinderatskandidat der DVP
Weiß, Rudolf	Gerber	von 1925 bis 1931 Gemeinderat für die KPD, 1932 aus der KPD ausgetreten, ab 1946 Gemeinderat für die SPD

Stimmenverteilung der 20 bestplatzierten
 Backnanger Gemeinderatskandidaten (am 27. Januar 1946)

CSV	Stimmen	SPD	Stimmen	KPD	Stimmen
Braendle, Theodor (Prokurist)	5 279	Ehret, Robert (Kaminfegermeister)	1 788	Hopfensitz, Franz (Bauaufseher)	1 216
Schwarz, Karl (Schlossermeister)	4 856	Lachenmaier, Hermann (Wäschereibesitzer)	1 763	Häberlin, Eugen (Hausmeister)	1 094
Limbeck, Karl (Ingenieur)	4 128	BareiB, Wilhem (Schreinermeister)	1 759	Schaaf, Hermann (Kassenbote)	980
Hackenschuh, Max (Betriebsleiter)	3 854	Weiß, Rudolf (Gerber)	1 538		
Kaelble, Hermann (Fabrikant)	3 780	Sanzenbacher, Albert (Schreiner)	1 481		
Dietermann, Eugen (Lagerarbeiter)	3 699				
Aichholz, Hermann (Kaufmann)	3 420				
Maneval, Karl (Studienrat)	3 240				
Erhardt, Georg (Bäckermeister)	3 119				
Kopp, Wilhelm (Sparkassendirektor)	3 002				
Dieterich, Jakob (Malermeister)	2 961				
Weller, Eugen sen. (Schreinermeister)	2 692				
Steinbach: Heller, Gotthilf (Bauer)	6 300	Steinbach: Büller, Wilhelm (Gerbereiarbeiter)	1 378		
Schöntal: Fischer, Karl (Bauer)	3 114				
Übrige Teilorte: Beck, Eugen (Landwirt)	3 111				